



auftrag

November 1987

167

● **auftrag**

Oktober 1987

Heft 167 — 27. Jahrgang

3	Joseph Kardinal Höffner †	<i>H. F.</i>
6	Zum Herrn berufen — Prälat R. Agenendt — Prälat H. Schneider	<i>H. F.</i>
7	Glaube und Kirche Kirche — nein! Maria — nein! Jesus — bedingt! Gott — selbstverständlich?	<i>Helmut Fettweis</i>
10	Neue Hoffnung	<i>Johannes Gofalka</i>
11	Zeichen der Zeit	<i>Wilhelm Lehmstämm</i>
21	Die Verantwortung des Christen für das Leben	<i>Lothar Groppe</i>
33	Presse — AKP in Hannover	<i>Helmut Fettweis</i>
37	Um Frieden und Gesellschaft Dienste für den Frieden	<i>Helmut P. Jermer</i>
47	Ernte	<i>Johannes Gofalka</i>
49	Legitimation, Auftrag und Wesen des Rechtsstaates	<i>Johannes Gofalka</i>
58	Dem Frieden verpflichtet	<i>Werner Balzer</i>
64	Wider die Unheilspropheten!	<i>Klaus Liebetanz</i>
70	Aus der nahen und weiten Welt	
	Japanische Kameraden und ein russischer Pope	<i>Helmut Richter</i>
75	Jahrestagung des AMI	<i>Willy Trost</i>
76	AKS und Katholische Aktion	<i>Michael Haubl</i>
80	20 Jahre Staatsvertrag zur Exklave Büsingen	<i>Wolfgang Altendorf</i>
84	St. Georgs-Kirche in der Burg zu Wr. Neustadt	<i>Michael Haubl</i>
87	Santiago de Chile	<i>Eduardo Cano</i>
88	25 Jahre Kommission für Zeitgeschichte	<i>Elke A. Fettweis</i>
89	Aus GKS und PGR	
	General Wilhelm Heß wird 80 Jahre alt	<i>H. F.</i>
90	St. Meinolf — AMI	<i>Hans-Georg Krompaß</i>
	Münster	<i>Hans Stilbach</i>
91	Bad Neuenahr-Ahrweiler	<i>Peter Groß</i>
92	Pöding	<i>Arthur Schopf</i>
93	Bonn	<i>Leonhard Schmidt</i>
99	Köln	<i>Hans-Dieter Vogels</i>
	Dernau	<i>Manfred Britten</i>
103	Hamburg	<i>Jürgen Voßberg</i>
105	Bonn	<i>Oliver Beste</i>
106	Dörverden	<i>K. L.</i>
107	Auszeichnungen	<i>H. F.</i>

Joseph Kardinal Höffner †

Eine Ära geht zu Ende!

Kardinal Höffner feierte am 14. September (zusammen mit Weihbischof Dr. Hubert Luthe, Köln) sein silbernes Bischofsjubiläum.

Kardinal Höffner trat nach elf Jahren, am 15. August, dem Feste Mariä Aufnahme in den Himmel, von seinem Amt als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zurück.

Papst Johannes Paul II. hat zum 14. September 1987 das (dritte) Rücktrittsgesuch des Erzbischofs von Köln, Kardinal Joseph Höffner, angenommen.

Es wäre leicht, einen ganzen Artikel nur aus den Überschriften einiger Tageszeitungen aus diesen Tagen zusammenzusetzen.

Obwohl der verehrte Kardinal aus Krankheitsgründen nicht am Festgottesdienst teilnehmen konnte, kamen die Großen aus Politik und Wirtschaft, aus Gesellschaft und Kirche, vor allem aber unendlich viele Gläubige in den Hohen Dom zu Köln.

Wer ist dieser überragende Mensch, der so lange, so eindrucksvoll das hohe Amt eines Kardinals und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz innegehabt, getragen und geprägt hat?

Geht man den Berichten nach, dann werden einige herausragende Eigenschaften erkennbar. Nimmt man dann noch die eigenen Beobachtungen — auf Pressekonferenzen, bei Empfängen oder Gesprächen — hinzu, denkt man an seine Antworten auf den letzten Katholikentagen, dann werden die Konturen noch deutlicher.

Kardinal Höffner wurde vor mehr als 80 Jahren (24. Dezember 1906) im Westerwald geboren. Er studierte in Trier, Rom und Freiburg. Er promovierte in Theologie und Volkswirtschaft. Seine Stärke ist die Verknüpfung von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit dem Leben der Menschen. Sein scharfer analytischer Verstand ist gepaart mit großer Selbstzucht und der Gabe, seine Gedanken deutlich auszusprechen. Im Laufe seiner langen Zeit ist ihm hinzugewachsen, aufgrund seiner verstandesmäßigen Erkenntnis, Verständigungsmöglichkeiten zu erkennen.

Sprichwörtlich ist seine minutiöse Pünktlichkeit. So kommt manchen Menschen leicht der Gedanke, daß das Wissenschaftliche überhand gewonnen habe. Sagte doch sein Amtsvorgänger im Vorsitz der Deutschen Bischofskonferenz, der damalige Kardinal von München Julius Döpfner: „Bei dem Kölner ist immer alles so einfach eingeteilt und katalogisiert.“ Das stimmt. Aber eben nur zum Teil. Weniger in der Öffentlichkeit, sondern mehr in der Stille hat der Seelsorger Höffner gewirkt. Und diese zarte Saite des Seelsorgers schwingt in seinem Abschiedswort mit.

Er liebt die Kirche, er leidet mit der Kirche und für die Kirche. Er ist in dieser Liebe zum Glauben an den gütigen Gott und seine Kirche den Menschen nah und weiß, daß er sie nur empfängt aus dem Urquell der göttlichen Liebe.

Seine Festigkeit im Glauben gibt ihm die Kraft, einen Arbeitstag durchzuhalten, der weit über das hinausgeht, was Managern zugeschrieben wird. Und dieser Glaube trägt ihn auch in seiner derzeitigen Krankheit.

Es würde nun zu weit führen, die vielen Aufgaben, die er meisterlich gelöst hat, aufzuführen. Die Versöhnung mit Polen, die Brücken zu Frankreich, die Kontakte zu den Völkern der Dritten Welt, in Lateinamerika, Afrika und Asien sind vielfach dokumentiert.

Darüber hinaus geht er auf die Menschen zu. Er weiß um den Auftrag seines Herrn, das Evangelium zu künden. Und er kündet es, ob gelegen oder ungelegen. Er drängt sich nicht auf, aber er verschließt sich auch nicht, wenn er gerufen wird.

Er sieht die Fehler in der Kirche und weiß, daß sie nur eine geschichtliche Erscheinung ist. Er ist aber auch erkennbar durchdrungen von dem Glauben an die Sendung durch Christus und an das Versprechen, daß diese Kirche nicht überwunden wird durch die Macht des Teufels.

Ihm ist deutlich, daß diese Kirche nicht von dieser Welt ist, aber in dieser Welt wirkt und lebt, wirken muß, weil sie von Christus dem Erlöser beauftragt ist.

So klingt dann auch das Handschreiben des Heiligen Vaters voller Hochachtung, Sympathie und Freundschaft.

Papst Johannes Paul II. lobt den bischöflichen Dienst, schätzt seine weitsichtigen Initiativen und rühmt Verdienste und Taten.

Der Papst weist ausdrücklich auf die Dienste hin, die der Kardinal der Kirche geleistet hat und die, die Grenzen des Bistums weit übergreifen. Mit dem Apostolischen Segen schließt dann dieses Schreiben.

Der persönliche Wunsch des Papstes an den verehrten Mitbruder Joseph der Hl. Römischen Kirche Kardinal Höffner, Erzbischof von Köln, soll auch unser Wunsch sein — und wer die Gläubigen im Hohen Dom zu Köln und in den Kirchen sah, weiß, daß auch sie es wünschen —:

„Er schenke Dir noch viele Tage im Ruhestand und lasse sie alle erfüllt sein von tiefem Frieden und innerer Zufriedenheit bis hin zur ewigen Belohnung Deiner Verdienste in seinem Reich.“

Am Freitag, den 16. Oktober 1987, 13.45 Uhr wurde Joseph Kardinal Höffner von Gott aus dieser Welt abgerufen und von seinem irdischen Leid befreit. Noch in seinem Totekampf gab der Hirte der Diözese Köln den Gläubigen ein eindringliches Zeichen gelebten Glaubens.

Seit einiger Zeit wußte der Kardinal, daß alle ärztliche Kunst für ihn keine Heilung mehr bringen würde. Er sagte zu seiner Umgebung: „Ich gebe mein Leben in Gottes Hand“. Er wollte kein Bedauern, im Gegenteil, er sprach von der „guten Hand“ Gottes.

Solange es sein Zustand erlaubte und er sich noch kräftig genug fühlte, die heilige Eucharistie würdig zu feiern, las er mit seinem getreuen und fürsorglichen Sekretär, Domvikar, Prälat Manfred Melzer die heilige Messe.

Im Glauben an den gütigen Gott und in der festen Zuversicht der Erlösung durch Jesus Christus lebte er in den letzten Wochen. Die Sakramente Christi waren ihm Hilfe und Beistand. So bestand er darauf, daß sein Leben nicht durch künstliche Hilfen verlängert werde.

Joseph Kardinal Höffner, einer der Großen in unserer Kirche, starb im tiefen Glauben, in stiller Demut und legte Zeugnis noch im Sterben ab für unseren Erlöser Jesus Christus. Wir sollten uns der aufrechten Haltung dieses Priesters und Bischofs erinnern, wenn wir in Bedrängnis sind.

Wir sollten aber auch seiner im Gebet gedenken. Denn wir wissen, daß diejenigen, denen ein hohes Amt anvertraut wurde, auch einen gerechten aber strengen Richter finden werden. Daher ist unser Gebet zugleich auch die Bitte, daß Gott unseren Hirten in die Schar seiner Auserwählten aufnehmen möge. Zugleich wollen wir durch ein solches Gebet — im Sinne unseres Bischofs — beitragen, daß die Gnade der Kirche wachse.

„Der Herr hat das Tor zum Leben aufgetan, zur Heimkehr in das Land, wo kein Tod mehr ist, in das Land der ewigen Freude.“ (Eröffnungsvers der Messe für Verstorbene)

H.F.

Zum Herrn berufen

Im Alter von 80 Jahren starb am 18.9.1987 in Köln der ehemalige Militärpfarrer Prälat Reinhard Agenendt. Dieser engagierte Seelsorger, der sich als Kölner Stadtjugendseelsorger bereits einen Namen gemacht hat, hat auch im Bereich der Militärseelsorge innovativ gewirkt. Er war einer der ersten von denen, die es ermöglichten, daß sich Soldaten zur Laienarbeit in der Kirche zusammenschlossen. Bereits Weihnachten 1956 lud er katholische Soldaten ein, mit ihm nach Modellen einer Laienarbeit zu suchen.

Damals war seine Pfarrkirche St. Maria im Kapitol noch eine Ruine, für deren Abriß manche Bürger in Köln plädierten. Ihm aber, der 1938 an diese romanische Kirche gekommen war, wurde der Aufbau zu einem Teil seines Lebens. So verband er den gütigen und verständnisvollen Geistlichen, den Seelenführer der Jugend mit der Tradition seiner „alten“ Kirche.

Es war deswegen nicht verwunderlich, daß der damalige Militärbischof Dr. Franz Hengsbach ihn auch zum ersten Seelsorger für die Zivildienstleistenden machte. Wir sollten Prälat Agenendt im Gebet gedenken.

— — —

Im Alter von 72 Jahren verstarb am 16.10.1987 unser ehemaliger Militärdekan, Prälat Heinrich Schneider, Ehrendomherr der Kathedrale zu Essen.

Heinrich Schneider war zunächst Wehrbereichsdekan III. Er baute in Nordrhein-Westfalen die Militärseelsorge auf. Schon in den Anfängen beteiligte er die Laien am Werk der Militärseelsorge. Er verband seine mehr administrative Aufgabe in besonderer Weise mit seinem engagierten Priestertum. Seine ruhige, gütige Art ließ ihn ausgleichen, was zuweilen durch Vorschriften eingeengt war. Von 1963 an war er, bis zu seiner Pensionierung 1980, Personalreferent im Katholischen Militärbischofsamt und Stellvertreter des Militärgeneralvikars.

Nach seiner Versetzung in den Ruhestand war er Diözesanbeauftragter für die Akademikerseelsorge im Bistum Essen. Zugleich aber leistete er priesterlichen Dienst in einer Pfarrgemeinde in Bonn.

Wenn man einen „schwierigen Fall“ hatte, so konnte man sich auf den Seelsorger Heinrich Schneider verlassen. So mancher ging getröstet von ihm weg.

Auch wir als Soldaten wußten unsere Anliegen bei ihm wohl aufgehoben. Er war einer von den Stillen, die im Verborgenen wirken.

Danken wir ihm seinen priesterlichen Dienst durch unser fürbittendes Gebet. Bewahren wir ihm, der so manches Kind unserer Militärkirchengemeinde getauft hat, auch ein ehrendes Andenken.

„Barmherziger Gott, du Herr über Leben und Tod, erhöere unsere Gebete für Deinen Diener.“

H.F.

Glaube und Kirche

Kirche — nein! Maria — nein! Jesus — bedingt!

Gott — selbstverständlich?

Helmut Fettweis

Auf den Straßen

Die Kirche

Seit Jahren hört man den Ruf „Kirche nein“. Die Begründungen sind unterschiedlich. Einmal behauptet man, die Kirche(n) sei(en) von Christus nicht gewollt. Andere sagen, daß sich die Kirche überholt habe. Man habe die Bibel, und damit könne man ohne Kirche auskommen. Wieder andere sehen die Begründung noch zeitbedingter. Sie weisen auf einen imaginären Reichtum der Kirchen hin und halten diese Institution für „überlebt“. Letztlich wird auch erklärt, daß die Kirche in unerlaubter Weise die Menschen (durch Beichte, Sünden- und Sonntagspflicht-Katalog) gängeln wolle, um Macht auszuüben.

Maria

Seit kurzem ist nun Maria in die „Schußlinie“ gekommen. Da wird nun alles mögliche behauptet. Da muß die falsch verstandene Darstellung der unbefleckten Empfängnis ebenso erhalten wie eine völlig unbiblische Behauptung, daß Maria eine Frau mit Vorleben gewesen sei und keineswegs die Gott gefällige Magd.

Jesus

Bei Jesus Christus ist man zwar etwas vorsichtiger. Man erklärt sogar, daß er ein wunderbarer, sozialer Mensch gewesen sei, sozusagen ein Vorbild für kommunikatives Verhalten.

Gott

Kommt die Sprache auf Gott, dann ertönt ein fast einmütiges „Ja“. Bohrt man allerdings weiter, dann werden die Aussagen immer verschwommener. Von der unpersönlichen Vorsehung bis zum Prinzip des Guten an sich ist alles vertreten.

Den persönlichen Gott, den Schöpfer Himmels und der Erde, den Erhalter unserer Welt(en) aber lehnt man ab.

Alle diese Behauptungen werden dann mit dem Hauch wissenschaftlicher Erkenntnis neuester Forschungen begründet. Wer etwas dagegen sagt, dem wird geantwortet, daß er X oder Y nicht gelesen habe, profunde Popularwissenschaftler, die aus erster Quelle die Auswertung der Funde von Qumran erhalten hätten und was der Dinge mehr sind. Leider verstummen dann viele. Und je nach Ansehen des Erzählers wird kopfschüttelnd die Möglichkeit solcher „Theorien“ eingeräumt. Unsere Gläubigen sind leider nicht mehr in der Lage zu antworten.

Die Gründe sind zweierlei: Viele haben keinen vernünftigen Religionsunterricht gehabt. Sonst müßten sie nämlich wissen, daß alle Anwürfe uralte sind. Sie werden dadurch nicht wahrer, aber sie beeindrucken ungemein den, der nichts genau weiß. Zum anderen sind viele so unsicher, daß sie nicht zu widersprechen wagen.

Es ist daher hoch an der Zeit, daß Christen, die sich noch zur Kirche bekennen, sich mit den Fakten vertraut machen.

Das kann nun nicht in einem einmaligen Kraftakt erfolgen, indem man zehn oder zwanzig Seiten einer Abhandlung liest oder sich in die Westentasche einen Katalog mit Frage und Antwort steckt. Es genügt auch nicht, daß man im stillen Kämmerlein die Bibel durchliest. Man muß sich schon mühen.

Was weiß man von Gott?

Nach langen Jahrhunderten eines Verneinens können heute auch Naturwissenschaftler Gott als Prinzip des Schöpfers nicht mehr ausschließen.

Die Naturwissenschaft kann aber nichts über Gott aussagen. Denn ihre Aufgabe ist ja eine andere. Wenn man in der Wissenschaft die Gesetze der Natur erforscht, dann ist es eine andere Aufgabe, nach dem Woher zu forschen.

Bei der Religion — bei allen Religionen — wird eine Dimension menschlichen Denkens offenbar, die nicht nach den Regeln der Naturwissenschaft ausgelotet werden kann. Gott ist zwar in seinen Werken sichtbar und erfahrbare, aber eben nicht beweisbar.

Dennoch: Gott, der Schöpfer auch der Menschen, hat sich diesen geoffenbart. Er hat Menschen die Gabe verliehen, über Gott nachzudenken. Und zu einem Zeitpunkt, den nur er bestimmt hat, hat er den Menschen sein Wort in einer Weise geschickt, die Menschen verstehen. Er kleidete sein Wort in Menschengestalt. Und das nicht durch die plötzliche Existenz eines Boten, der vom Himmel fiel, sondern durch einen Menschen, der den Weg des Menschen wie jeder andere durchmachen mußte — mit Ausnahme der Sünde.

Das Wort Gottes wurde für den Bereich der menschlichen Existenz von einer Frau geboren. So gab Maria dem Wort des allmächtigen Gottes menschliches Leben. Ihr Sohn — ist — wahrer Gott und wahrer Mensch.

Nun taucht die alte Frage auf, die schon Maria stellte, wie soll das geschehen? Wenn Gott wahrer Gott ist, das heißt alle Kräfte besitzt, die man haben muß, um eine Welt zu schaffen, dann hat er auch die Macht über die Gesetze, die er selbst geschaffen hat.

Auf diese Tatsache weist schon das alte Testament hin. Aus dem Volk, das den Glauben an *einen* Gott durch die Jahrtausende seiner menschlichen Geschichte hindurchgerettet hat, wurde eine Frau gewählt, um dem Wort Gottes menschliches Leben zu geben: *Maria*. Nun kann man über Maria streiten. Aber nach menschlichem Ermessen konnte Gott für sein Wort nur einen Menschen wählen, der dieser Aufgabe würdig war. Man kann also davon ausgehen, daß dieses „würdige Instrument“ nicht aus eigenem Vermögen, sondern durch Gottes Gnade würdig wurde. Es ist daher nicht unlogisch, wenn die Kirche sagt,

Maria wurde ohne Erbsünde empfangen. Gott hatte sie zum heiligen Gefäß bestimmt und daher geheiligt — erlöst — in diese Welt treten lassen. — Gewiß, Gottes Wege sind nicht die unsrigen. Er hätte auch eine Sünderin berufen können. Dennoch weisen die Schriften des Alten und Neuen Testaments darauf hin, daß Maria die reine Magd des Herrn war. Warum will man hier einen anderen Zusammenhang konstruieren? Denn schließlich wollte doch Gott den Menschen sein Wort so begreiflich machen, daß die Menschen es auch erfassen konnten. In der damaligen Zeit wäre eine Sünderin kaum als Gottesmutter akzeptiert worden. Gott macht es den Menschen nicht unnötig schwer. —

Mit der Frage, ob Maria Gottesmutter ist, fällt natürlich auch eine Entscheidung über Christus. Aus Gottes Kraft, von einer Jungfrau geboren, kann das Wort nur Gott *und* Mensch sein.

Das wußten und glaubten die ersten Christen, wie die Formen und Formeln der damaligen Zeit bekräftigten. Und als das Bewußtsein der Augenzeugen auszusterben drohte, wurden die Evangelien inspiriert und verfaßt. Und das Wissen für die Menschen der nachfolgenden Generationen hat Christus der Kirche, seiner Kirche anvertraut. Es soll und kann hier nicht einzeln aufgeführt werden wie Christus seine Kirche gestiftet hat. Dazu gibt es ausreichende Abhandlungen, z. B. „Kirche im Wandel . . .“ (S.41—45). Man kommt damit an das „Problem“ „*Phänomen Kirche*“.

Wenn man zu der Einsicht kommt, daß Christus eine Kirche gewollt und gestiftet hat, dann muß man sehen, was von dieser Kirche zu erwarten ist. Christus beauftragte Petrus, von dessen Schwäche er wußte. Christus wußte um die Verzagtheit seiner Apostel — und doch, er vertraute sein Werk diesen Menschen an. Und diese menschlichen Schwächen haften der Kirche seit Urbeginn an. — Aber Gottes Sohn, Jesus Christus, verhielt diesen schwachen Geschöpfen auch seinen Geist. Und dieser Geist befähigte viele der Schwachen, über sich selbst hinauszuwachsen.

Und dieses „Wachsen“ bescherte uns Kirchenlehrer, Märtyrer, heilige Männer und Frauen, die in unerklärbarer Weise über sich, über Angst und Not, über die menschliche Natur hinauswachsen, um Christus zu bezeugen, das Wort des Vaters, den Gekreuzigten, aber eben auch den Auferstandenen, der heute zur Rechten des Vaters sitzt und die Schöpfung heimführen wird. Die Kirche wird also auf dieser Erde der Pilgerstrom der Sünder sein, sie wird Mängel haben, die Mängel der Zeit, aber sie kann sich auf das Wort Gottes verlassen, daß sie vom Bösen nicht überwunden wird.

Und eine Gegenfrage sei gestattet: Woher wüßten denn die Menschen, die sich zwar Christen nennen, aber die Kirche ablehnen, etwas von Christus, seinem Leben und Leiden, seiner Lehre und seiner Auferstehung? Das Wissen hat doch die Kirche (seit dem Schisma und der Reformation: die Kirchen) getreu bis in unsere Zeit bewahrt.

Sieht man die Aussagen der Überschrift in diesem Licht, dann fällt es nicht so schwer, an den gütigen Gott, an Christus das Wort, den Erlöser zu glauben und an Maria, seine irdische, leibliche Mutter, die uns den Gottesmenschen schenkte aus der Gnade Gottes.

Dann bleibt auch die Kirche kein nebulöses Gebilde der Menschen, sondern Heilszeichen in dieser Welt. Es ist eine Entscheidung des Menschen, sich dem Anruf des Glaubens zu öffnen, so oft er die Kirche sieht. Machen wir sie sichtbar. Für die, die nicht glauben wollen, ist sie allerdings eine Torheit oder ein Ärgernis.

Neue Hoffnung

Schatten der Dämmerung,
wo zieht ihr hin,
hat unsre Hoffnung
noch einen Sinn?

Heiteres mildes Licht
in deinem Blick,
fürchte das Dunkel nicht,
kehrst du zurück.

Tränen in tiefer Nacht
trostvoll verloren,
Hoffnung ist neu erwacht,
der Tag wird geboren.

Johannes Cofalka

Zeichen der Zeit

— Frauen in Gesellschaft und Kirche —

Wilhelm Lehmkämer

Seit mehr als hundert Jahren gibt es die sogenannte Frauenfrage. Mit ihr haben sich in den vergangenen Epochen des vorigen und dieses Jahrhunderts nicht nur Verbände, Parteien und sonstige weltliche Institutionen, sondern — vornehmlich in jüngster Zeit — auch die Kirchen befaßt, ja mehr und mehr befassen müssen.

Vor fast 25 Jahren hat Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ drei besondere Merkmale als Zeichen der Zeit gewertet. An die erste Stelle setzt der Papst die Arbeiterfrage; an dritter Stelle nennt er die Probleme bezüglich der Entwicklung der Völker. „An zweiter Stelle“, sagt Johannes XXIII., „steht die allgemein bekannte Tatsache, daß die Frau am öffentlichen Leben teilnimmt, was vielleicht rascher geschieht bei den christlichen Völkern und langsamer, aber in aller Breite, bei den Völkern, welche als Erben anderer Überlieferungen einen anderen Lebensstil gewohnt sind. Denn die Frau, die sich ihrer Menschenwürde immer mehr bewußt wird, ist weit davon entfernt, sich als seelenlose Sache oder als bloßes Werkzeug einschätzen zu lassen; sie fordert vielmehr, daß sie sowohl im häuslichen Leben wie im Staat Rechte und Pflichten hat, die der Würde der menschlichen Person entsprechen.“¹⁾

Die Frau in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg sind Frauen in zunehmenden Maß berufstätig geworden, und dies meist nicht nur vorübergehend, sondern durchweg ein Leben lang. Es ist nicht mehr zu übersehen, daß viele Mädchen und Frauen heute bedeutend mehr als je zuvor in ihre Ausbildung investieren. In der industriellen Arbeitswelt spielen die weiblichen Arbeitskräfte eine überzeugende Rolle. Auf den Feldern des öffentlichen Dienstes wirken Frauen durchweg nicht weniger erfolgreich als Männer. In den Kommunal- und Landesparlamenten sind Frauen ebenso wie auf Bundesebene auf dem Vormarsch. In allen Parteien gewinnen Frauen an Einfluß.

Der Deutsche Städtetag fand z. B. heraus, daß der Anteil der Frauen in den Kommunalparlamenten von 12 % vor fünf Jahren auf jetzt 15,5 % angestiegen ist und damit fast jeder sechste Ratssitz von einer Frau eingenommen wird. Bezüglich des Erscheinungsbildes der Frau in der Parteienlandschaft ergibt sich folgendes: „Der Frauenanteil in der Union liegt bei 12,2 %, bei der SPD 16,3 %, bei den Wählergruppen 16,3 % und bei der FDP 15,7 %. Bei den Grünen sind die Frauen mit 29,9 % am stärksten vertreten. Insgesamt sind 44,2 % der 21690 Ratssitze in Kommunen mit über 20000 Einwohnern von der CDU besetzt. Auf die SPD entfallen 40,4 %, auf parteifreie Wählergruppen und Grüne jeweils 5,7 %, gefolgt von der FDP mit 3,3 % der Mandate.“²⁾

Der immer größer gewordene Anteil der Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zeigt, wie stark sich Rolle und Bewußtsein der Frau in den letzten Jahrzehnten gewandelt

haben: Die Frauen sind selbstbewußter geworden, aber auch sensibler für die Spannung zwischen Beruf und Familie.

Die Frau in der Kirche

1. Frauen in der frühen Kirche

sind die ersten Zeugen der Auferstehung Jesu und die ersten Verkünderinnen der Osterbotschaft. Von daher ergibt sich, daß Frauen seit je an der Ausbreitung des Christentums beteiligt sind. Im Pfingstbericht der Apostelgeschichte (Apg 2, 1—13) beginnt die Ausbreitung der Kirche damit, daß der Geist auf alle herabkommt, auf Männer und Frauen. „In der Tat“, so heißt es in der „Erklärung der Kongregation für die Glaubenslehre zur Frage der Zulassung der Frauen zum Priesteramt“, „stellen wir auch in der Apostelgeschichte und in den Briefen des hl. Paulus fest, daß die Frauen bei der Verkündigung des Evangeliums mit den Aposteln zusammenarbeiteten (vgl. Röm 16, 3—12; Phil 4, 3); er nennt mit Freude ihre Namen in den abschließenden Grußworten seiner Briefe; einige üben häufig einen bedeutenden Einfluß bei den Bekehrungen aus: Priscilla, Lydia und andere; Priscilla vor allem, die sich darum bemühte, die Glaubensunterweisung des Apollo noch weiter zu vervollkommen (vgl. Apg 18, 1—26); Phöbe steht im Dienst der Gemeinde Kenchreä (vgl. Röm 16, 1).“³⁾

Der Apostel Paulus ist bei seinen Missionsreisen auf viele kleine Ortskirchen gestoßen, die offensichtlich von Frauen gegründet und geleitet wurden. Es sind Privathäuser, die sogenannten Hauskirchen, in denen gläubige Menschen sich zusammenfinden, um dort ihren Glauben zu bekennen, Gottesdienst zu halten, das Brot zu brechen und sich gegenseitig im Glauben zu bestärken. Ein Privathaus, in dem man sich trifft, ist ohne die Frau, die dem Haus vorsteht, nicht denkbar; folglich hält sie wohl auch die Fäden der „Hauskirche“ in ihrer Hand. Häufig wird in der Apostelgeschichte darauf bezuggenommen (vgl. Apg 12, 12; 16, 14; Kol. 4, 15 u.a.). „Die den Hausgemeinden vorstehenden Frauen und Männer“, schreibt Alfons Weiser, „stellten sicher nicht nur die Räumlichkeiten zur Verfügung und schufen sicher nicht nur die für die Zusammenkünfte und Gottesdienste nötigen äußeren Bedingungen. Sie werden wohl auch ganz selbstverständlich die Gottesdienste geleitet haben durch Gebet, Verkündigung, Prophetie und weitere Funktionen der liturgischen Feier. Im Blick auf die Hausgemeinden wird nirgendwo im neuen Testament ein Unterschied zwischen den Rollen der Frauen und Männer artikuliert...“⁴⁾

Hauskirchen waren Zeichen der frühen Christenheit, an denen zumeist Frauen ans Wort kamen. Die Apostelgeschichte berichtet darüber ausgiebig. Den Bischöfen in der frühen Kirche werden neben Diakonen auch Diakonissen als Helfer — besonders für caritative und verwalterische Aufgaben — zugeordnet. Als solche sind nicht nur Männer, sondern auch Frauen Inhaber eines Dienst-Amtes. Eine Diakonisse wurde in Gegenwart der Presbyter, Diakone und anderen Diakonissen durch Handauflegung eingesetzt.

„Die früheste Beschreibung der Pflichten von Diakonissen“, schreibt Richard P. McBrien, „findet sich in der Zwölfapostellehre, die als ein Regelbuch für eine Gemeinde in Syrien

im frühen 3. Jh. verfaßt wurde. Die Diakonissen sollen gesandt werden, um anderen Frauen zu helfen, um sie bei der Taufe zu salben, um sie zu unterweisen, um die Kranken zu besuchen und um für die Bedürftigen zu sorgen.“⁵⁾

Mit der strafferen und immer vertikaler werdenden Gliederung der Kirche verliert das Diakonat mehr und mehr an Bedeutung. Eine Trennungslinie zwischen Klerus und Laien beginnt sich abzuzeichnen. „Die Konzilien von Epaon (517) und Orléans (533) ordneten an, daß das Amt der Diakonissen im Westen abgeschafft werden solle. Aber es bestand noch längere Zeit im Osten weiter, obwohl Frauen eher ins Mönchsleben einbezogen als zu einem seelsorglichem Amt bestimmt wurden.“⁶⁾

2. Die Frau in der Kirche des Mittelalters

paßt sich der neuen Lage an; sie nimmt den Schleier, gründet Klöster, widmet sich der Caritas, wirkt wortmächtig. Es ist offensichtlich, daß die Gründung der ersten Frauenklöster ungefähr mit dem Verschwinden der Diakonissen zusammenfällt.

Im 6. Jahrhundert nimmt Königin Radegunde, die Frau König Chlothars, die zunächst wie eine Diakonisse wirkt, und nachdem sie Chlothar, weil er ihren Bruder ermordet hat, verläßt, den Schleier und verrichtet an den Armen niedrigste Dienste. Dann errichtet Radegunde bei Poitiers ein Frauenkloster. Es wird zu einem Hort der Bildung und Kultur. „Hier dichtete“, lt. Erna Melchers, „der Dichterpriester Venantius Fortunatus, mit dem Radegunde... eine edle Freundschaft verband, die Hymnen ‚Vexilla Regis prodeunt‘ und ‚Pange lingua gloriosi‘, die heute noch in der Kirche gesungen werden. Radegunde starb hochbetagt am 13. August 587. Der hl. Gregor von Tours zelebrierte das feierliche Begräbnis...“⁷⁾

Nur ein wenig jünger als Radegunde, stirbt im Jahr 562 die heilige Scholastika, die Schwester des heiligen Benedikt von Nursia. Sie gilt als die eigentliche Mutter der Frauenklöster, die als eine der ersten die Regel des hl. Benedikt einführt und für das ganze weibliche Ordensleben der Nachzeit Bedeutendes gewirkt hat.

Im achten Jahrhundert helfen Klosterfrauen, die sich der Apostel Deutschlands, der hl. Bonifatius, aus seiner Heimat kommen läßt, bei der Missionierung Germaniens. Zu diesen Frauen, die Bonifatius in seine Missionsarbeit einreicht, zählen vornehmlich die hl. Lioba und die hl. Walburga. Lioba gilt als eine bedeutende Lehrerin und Erzieherin von großem Einfluß; auch am Hofe Karls des Großen weiß man ihr Wirken zu schätzen.

Walburga zeigt ein hervorragendes Organisationstalent, und versteht es u. a. glänzend, andere zu führen und zu leiten.

Das frühe Mittelalter erhellt, wie großartig Frauen in der wachsenden Kirche ihre Talente vor allem bei der Christianisierung Westeuropas zu Geltung und Erfolg gebracht haben. Darüber hinaus ist der Beitrag zur Förderung und Festigung der Kultur von unschätzbarem Wert.

Große Frauen beeinflussen und prägen das Leben der Kirche im Hochmittelalter. Die hl. Klara, Schwester des hl. Franz von Assisi, gründet Anfang des 13. Jahrhunderts den Orden der Klarissen, der heute noch Bestand hat.

1098 wird auf Burg Böckelheim die erste Mystikerin Deutschlands geboren: Hildegard von Bingen. Von ihr stammt das große mystische Werk „Scivias“ — Wisse die Wege —, eine Bilderschau ähnlich Dantes „Göttlicher Komödie“. Hildegard setzt, wie kaum eine Frau es je getan hat, das Nachdenken über Gott in Worte um. Königen, Kaisern und Päpsten redet sie ins Gewissen. Von ihrem Kloster auf dem Rupertsberg aus unternimmt Hildegard mehrere große Missionsreisen; sie predigt auf den Marktplätzen in Würzburg und Bamberg, tritt in Trier und Metz auf, wirkt in Maria Laach, Köln und an der Ruhr. Die Großen ihrer Zeit, auch Bischöfe und Äbte, erbitten ihren Rat und ihre Antwort auf vielfältigste Fragen. Die Äbtissin von Rupertsberg ist eine kluge Frau: bewandert in Medizin, Mineralogie, Botanik, Physik und Astronomie, ausgezeichnet aber vor allem durch ihr Wissen von Theologie und Mystik; in der Tat eine Prophetin Gottes.

Eine andere Prophetin erwächst der Kirche Mitte des 14. Jahrhunderts: Katharina von Siena. „Wir begegnen in Katharina einer Frau“, sagt Dr. Hanna Renate Laurien 1980 auf dem Katholikentag in Berlin, „die in unserer Kirche herausragend ausgezeichnet ist. Sie machte... eine kirchliche Karriere. Es begann mit ihrer Heiligsprechung 1461 durch Papst Pius II., den Sieneser. 1866 ernannte Papst Pius IX. sie zur ‚Zweiten Patronin Roms‘ und — abermals in bedrängter Zeit — 1940 wurde sie, gemeinsam mit Franz von Assisi, zur ‚Patronin Italiens‘ erhoben (Anm. d. Redaktion: Papst Pius XII.). Als Kirchenlehrerin... verkündete sie 1970 Papst Paul VI.“

Kurz nachdem Johannes Paul II. auf den Thron Petri erhoben ist, feiert er die heilige Messe in der Dominikanerkirche S. Maria sopra Minerva zu Rom am Grabe Katharinas. In seiner Predigt sagt der Papst u. a.: „Hier, am Grab der hl. Katharina, will ich nochmals der Weisheit Gottes danken, daß sie sich des Herzens dieser einfachen und sogleich so tiefen Frau bedienen wollte, um der Kirche und insbesondere den Nachfolgern Petri in Zeiten der Ungewißheit den Weg zu weisen. In der hl. Katharina von Siena sehe ich ein sichtbares Zeichen für die Sendung der Frau in der Kirche. Ich möchte noch viel zu diesem Thema sagen, jedoch läßt es heute die Kürze der Zeit nicht zu. Die Kirche Jesu Christi und der Apostel ist zugleich Mutter und Braut. Diese biblischen Bezeichnungen machen deutlich, wie tief die Sendung der Frau in das Geheimnis der Kirche eingeprägt ist... Wie die hl. Katharina von Siena in jenen Zeiten Lehrerin und Führerin der Päpste war, die von Rom weggegangen waren, so möge sie heute Ratgeberin des Papstes sein, der nach Rom gekommen ist.“⁸⁾

1347 geboren, stirbt Katharina, kaum 33 Jahre alt, am 29. April 1380.

Als Reformation und Gegenreformation die schwere und wenig glorreiche Zeit der Kirche beherrschen, beginnt ihr ein Stern zu leuchten, dessen Kraft auch die Gegenwart noch überstrahlt: Theresia von Avila. Wie Katharina von Siena hat auch sie der Nachwelt so tiefgründige Schriften hinterlassen, daß Papst Paul VI. Theresia ebenfalls in die Schar der

Kirchenlehrer aufgenommen hat. „Kaum glaublich scheint es“, berichtet Erna Melchers, „daß diese überragende Heilige trotz ihrer vielen Arbeit und ihren gewaltigen inneren Erlebnissen noch die Zeit gefunden hat zu schreiben. Das ‚Große Buch von den Erbarmungen Gottes‘ — ihre eigene Lebensgeschichte; ‚Der Weg der Vollkommenheit‘ — ein Lehrbuch mit Anweisungen für ihre Nonnen; sowie ihr mystisches Hauptwerk ‚Die Seelenburg‘ — sind alle in die Weltliteratur eingegangen.“⁹⁾

Das größte Werk, das Theresia vollbringt, ist die Reform des Karmeliterordens. In diesem bis auf den heutigen Tag gültigen Werk waltet ihr scharfsinniger Geist, ihre Begabung für das Praktische, ihr Organisationstalent und ihre katholische Weitsicht. „Sie erkannte den Verfall der Klosterzucht: ‚O schreckliche Übel, wenn in den Ordenshäuser — der Männer nicht minder als der Frauen — die Ordenszucht nicht beachtet wird...‘ und, ... was sollte aus der Welt werden, wenn Gott sie nicht um der Ordensleute willen schonte...“¹⁰⁾

Um der alten, strengen Karmeliter-Regel wieder volle Geltung zu verschaffen, begründet Theresia im Jahr 1562 das Josefskloster in Avila; im nächsten Jahrzehnt danach folgen weitere Klostergründungen. Um die strenge Karmeliter-Regel überall durchzusetzen und zu gewährleisten, übt Theresia eine konsequente Dienstaufsicht, indem sie alle Neugründungen bereist und visitiert.

„Die Lebensachse der Theresia und der Ausdruck ihrer Liebe zu Christus und ihres Wunsches der Rettung der Menschen war die Kirche. Theresia von Jesus ‚fühlte die Kirche‘, lebte die ‚Leidenschaft für die Kirche‘ als Glied des mystischen Leibes.

Die traurigen Ereignisse der Kirche ihrer Zeit waren wie fortschreitende Wunden, die Wogen des Glaubens und des Dienstes hervorriefen. Sie fühlte zutiefst die Spaltung der Christen wie einen Riß in ihrem eigenen Herzen. Sie antwortete wirkungsvoll mit einer Erneuerungsbewegung, um das Antlitz der heiligen Kirche im Strahlenglanz zu erhalten. Der Horizont ihrer Liebe und ihres Gebets dehnte sich in dem Maße aus, wie sie sich der missionarischen Ausbreitung der katholischen Kirche bewußt wurde; mit Augen und Herz nach Rom, dem Zentrum des Katholizismus, gerichtet mit kindlicher Verbundenheit zum ‚Heiligen Vater‘, wie sie den Papst nennt, die sie sogar dazu führte, einen brieflichen Schriftwechsel mit meinem Vorgänger, Papst Pius V., zu unterhalten. Es bewegt uns sehr, wenn wir das Glaubensbekenntnis lesen, mit dem sie das Buch der Wohnungen unterschreibt: ‚In allem unterwerfe ich mich dem Urteil der heiligen römisch-katholischen Kirche; in dieser Unterwerfung lebe ich; und in ihr leben und sterben zu wollen, erkläre und gelobe ich‘ (Seelenburg, Schluß 4).

In Avila wurde das kirchliche Freudenfeuer angezündet, das so viele Theologen und Missionare erleuchtete und heftig ergriff. Hier begann jener ursprüngliche Dienst der Theresia an der Kirche ihrer Zeit; in einem angespannten Augenblick von Reformen und Gegenreformen optierte sie für den radikalen Weg der Gefolgschaft Christi, für ein Aufbauen der Kirche aus lebendigen Steinen der Heiligkeit; sie hißte das Banner der christlichen Ideale, um die Führung der Kirche zu ermutigen. Und in Alba de Tormes, am Ende eines langen Stiftungsweges, rief die wahre Christin, die Braut, die bald ihren Gemahl sehen

wollte: ‚Dank sei dir, mein Herr... ‚, weil du mich zur Tochter deiner heiligen katholischen Kirche machtest‘ (Erklärung der Maria von hl. Franziskus: *Mystische Karmeliten – Bibliothek*). Oder, wie sich ein anderer Zeuge erinnert: ‚Geheiligt sei Gott, ... daß ich die Tochter der Kirche bin‘ (...). Ich bin Tochter der Kirche! So lautet der Ehrentitel und die Verpflichtung, die uns die Heilige vermacht hat, um die Kirche zu leben und ihr mit Großmut zu dienen!...‘ (Aus der Predigt Papst Johannes Pauls II. bei der Messe in Avila am 1. November 1982 anlässlich seiner apostolischen Reise vom 31. Oktober bis 9. November 1982 nach Spanien.)¹¹⁾

Die großen Frauengestalten des Frühen- und Hochmittelalters haben, im Gegensatz zu zahlreichen Frauen in der frühen Kirche, kein kirchliches Amt. Sie verlangen für ihren Dienst an der Kirche auch kein Amt, aber sie ergreifen das Wort, werden wortmächtig; sie mahnen und ermahnen, wirken prophetisch. Ihre Geschichte bekundet, daß alle, je nach ihrer Stellung, zum Wachstum der Kirche beigetragen haben.

3. Die Frau in der gegenwärtigen Kirche

versieht und erfüllt vielfältige Aufgaben. „In den letzten Jahren“, sagen die deutschen Bischöfe, „hat ihre Zahl in den haupt- und ehrenamtlichen Diensten erheblich zugenommen. Darüber hinaus arbeiten heute viele Frauen verantwortlich in der Verkündigung, im Religionsunterricht, in der Gemeindekatechese, in Liturgie und pastoralen Diensten, in der Jugend- und Erwachsenenbildung, in Forschung und Lehre an den Hochschulen, wie in der Entwicklungshilfe.“¹²⁾ Wahrlich, ein weites Feld, auf dem Frauen sich in der Kirche heute entfalten und erfolgreich sind. Vielen Frauen genügt das alles jedoch nicht, sie verlangen mehr: die Öffnung kirchlicher Ämter für Frauen!

„Die katholischen Frauenverbände“, schreibt Ludger Jägers in der katholischen Wochenschrift ‚Die christliche Familie‘ Nr. 38 vom 20. September 1987, „befinden sich in einer Aufbruchstimmung, verstärkt den Weg zur Gleichberechtigung in der Kirche zu gehen. Mit Blick auf die Bischofssynode im Herbst in Rom, die sich mit der Rolle der Laien in der Kirche befaßt, fordern sie nachdrücklich die Öffnung kirchlicher Ämter für Frauen.“ „Die Synode in Rom wird über die Zulassung weiblicher Diakone beraten“, meinte Ria Pechel, Präsidentin des katholischen Frauenbundes (KDFB), auf einer ökumenischen Fachtagung des KDFB, des Hedwig-Dransfeld-Hauses und der ökumenischen Erwachsenenbildung. „Kirche hat keine Zukunft ohne Frauen“, sagte sie in Bendorf.

Die Zuversicht darüber leitet sie aus der bislang ausgebliebenen negativen Antwort Roms auf die Forderungen der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik 1976 und der Diözesansynode Rottenburg-Stuttgart 1985/86 ab. Zuletzt hatte die Diözesansynode Rottenburg gefordert, „die in Teilen der alten Kirche geübte Praxis der Weihe von Diakoninnen wieder einzuführen.“ „Bestärkt werden die Frauen in ihrer Forderung durch neue theologische Forschungen, wonach neben den zwölf Aposteln auch Frauen zum Kreis Jesus gehörten, die mit ihm umherzogen“, wie die Grevener Theologin Dr. Ida Raming vor den 40 Tagungsteilnehmern betonte.

Die deutschen Bischöfe erklären 1981 u.a.: „Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß gesamtkirchlich und für den eigenen Jurisdiktionsbereich Frauen zu allen Diensten zugelassen werden, die theologisch möglich, pastoral sinnvoll, angemessen und notwendig sind...“¹³⁾

Diese Aussage klingt hoffnungsvoll, beinhaltet aber zugleich die Einschränkung, daß zur Zeit längst nicht alle Dienste in der Kirche für Frauen geöffnet werden können. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Zulassung der Frauen zum Priesteramt; hier stellen sich die deutschen Bischöfe einmütig hinter das Votum der römischen Kongregation für die Glaubenslehre; die Bischöfe stellen fest: „Die Frage nach der Teilhabe der Frau am besonderen Priestertum des Dienstes, d. h. die Zulassung der Frau zum Amt in der Kirche, wird in den letzten Jahrzehnten immer wieder, auch in der katholischen Kirche, gestellt. In der Erklärung der römischen Kongregation für die Glaubenslehre vom 15. Oktober 1976 über die Zulassung der Frauen zum Priesteramt wird die Tradition bestätigt. Das Dokument stellt fest: ‚Die Kirche hält sich aus Treue zum Vorbild ihres Herrn nicht dazu berechtigt, die Frauen zur Priesterweihe zuzulassen‘ (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 3, S. 5).“¹⁴⁾

Trotz des Votums der römischen Glaubenskongregation und der entsprechenden Haltung der deutschen Bischöfe verstummen die Rufe nach Zulassung der Frau zum Priesteramt nicht, im Gegenteil, sie werden lauter und dringlicher.

Vom 15. bis 23. Juli 1987 tagte in London die Generalversammlung der „Weltunion Katholischer Frauenorganisationen“ (WUCWO). Das Tagungsthema lautet: „Die Weiterentwicklung der Frauen bereichert alle“. „Das wohl bemerkenswerteste Ergebnis der Generalversammlung“, berichtete Christel Dolch in der Wochenschrift „Die christliche Familie“ (Nr. 87 vom 23.8.1987), „ist die ‚Botschaft‘ an den Papst und die Weltbischofssynode, die sich im Oktober mit der ‚Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt — 20 Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil‘ befassen wird. In ihrer Botschaft erinnert die WUCWO-Generalversammlung: ‚Mehr als die Hälfte der Laien sind Frauen. Die Delegierten der Generalversammlung der WUCWO fordern deshalb, daß bei den Laien, die zur Teilnahme an der Bischofssynode eingeladen werden, der zahlenmäßige Anteil dieser Tatsache entspricht und die WUCWO direkt vertreten sein kann‘... Außerdem wird erwartet“, berichtet Christel Dolch weiter, „daß die Bischofssynode zu neuen Einsichten in der Auslegung der Bibel und zu neuen Formen von Diensten und Ämtern führt, so daß Klerus und Laien als eine Gemeinschaft aller Gläubigen erfahren werden können. Weiter heißt es in der Botschaft: Es wird als dringend erachtet, daß die Synode sich den spezifischen Fragen der Frauen in der Kirche stellt und sich mit der gegenwärtigen Situation in Kirche und Gesellschaft auseinandersetzt.“

Auf der Tagung der WUCWO in London sahen sich die Frauen in ihrem Tun durch die Worte, die der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz von England und Wales, Kardinal Basil Hume, bei der Predigt anläßlich eines Gottesdienstes an sie richtete, bestärkt und ermutigt; der Bischof meint, es würden zu viele Entscheidungen in der Kirche

von Männern ohne Beteiligung der Frauen getroffen; es sei daher angebracht, den Frauen in der Kirche mehr Rechte einzuräumen. In diesem Zusammenhang meldet KNA unter dem 23.7.1987 folgendes:

„Für die Anerkennung der Rechte der Frauen in der Kirche will sich der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz von England und Wales, Kardinal Basil Hume, einsetzen. Es wäre allerdings ein tiefgreifender Fehler, einfach die Prinzipien und Praktiken säkularer Frauenbewegungen in der Kirche zu übernehmen, sagte Hume in der Londoner Westminster-Kathedrale vor rund 400 Delegierten aus 62 Ländern, die an der erstmals in England veranstalteten Generalversammlung der Weltunion katholischer Frauen-Organisationen teilnahmen. Die säkularen Frauenbewegungen hätten eine wichtige Debatte in Gang gebracht, an der auch die Kirche nicht vorbeigehen könne, betonte der Kardinal.“

Daß die Kirche nicht mehr daran vorbeikommt, beweisen weitere Stimmen: „Die sogenannte Frauenfrage hält der Bischof von Mainz und stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann*), für eine der dringlichsten Aufgaben der Kirche.“ In einem Gespräch mit dem Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände in Rheinland-Pfalz erinnerte Lehmann in Mainz daran, daß Papst Johannes XXIII. die Frauenfrage unter den drei ersten „Zeichen der Zeit“ genannt habe (KNA 30.7.1987).

„Los Angeles, 2. September (KNA). Eine stärkere Einbeziehung der Frauen in Führungsaufgaben innerhalb der Kirche hat der Erzbischof von Los Angeles, Roger M. Mahony, gefordert. „Wir müssen erreichen, daß Frauen und Männer in gemeinsamer Verantwortung Seite an Seite arbeiten“, betont Mahony in einem 16seitigen Hirtenbrief. „Frauen müssen in zunehmender Weise Positionen übertragen werden, wo sie an Entscheidungen innerhalb der Kirche beteiligt sein können“, fügt er hinzu.

Viel zu oft hätten die Männer in der Kirchengeschichte die Meinung der Frauen nur unzureichend eingeholt, heißt es in dem Hirtenbrief, der nach zehnmonatigen Beratungen in der Erzdiözese Los Angeles entstanden ist. Es sei auch nicht richtig, Gott mit männlichen Attributen zu belegen. Gott stehe über allen menschlichen Geschlechtskategorien und sei nicht ‚exklusiv männlich‘. Daher müsse auch die liturgische Sprache von Ausdrücken wie ‚Brüder‘ oder anderen einseitig männlichen Formulierungen bereinigt werden, fordert der Erzbischof. Auf der anderen Seite dürfe man jedoch nicht übersehen, daß in den letzten Jahren zahlreiche ehemals Männern vorbehaltene Aufgaben inzwischen von Frauen erfüllt werden, fügte Mahony hinzu.“ (KNA 3.9.1987)

Es sei eine nicht mehr zu übersehende Tatsache, daß viele Gemeinden z.B. in der Bundesrepublik keine eigenen Priester mehr haben. Priesterlose Gemeinden werden an Zahl weiter zunehmen, da die alten Priester, die längst pensioniert, aber immer noch in solchen Gemeinden Gottesdienst feiern, mehr und mehr wegsterben. Dieser Tatbestand ist sicher mit ein Grund, über das Öffnen des Dienst-Amtes für Frauen und den Zölibat nachzuden-

*) Anm.d.R.: Bischof Lehmann wurde am 22.9.87 zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz gewählt.

ken. Das geschieht. In diesem Kontext warnt der Pastoraltheologe Professor Dieter Emeis (Prof. für Pastoraltheologie und Katechetik an der Universität Münster) davor, den Zölibat zu tabuisieren. „Der Wille des Herrn“, schreibt Prof. Emeis u. a., „daß seine Gemeinden im Zeichen der Eucharistie seines Todes und seiner Auferstehung gedenken, steht höher als die Tradition des ehelosen Amtsträgers. Der Gehorsam gegenüber dem Vermächtnis des Herrn gebietet uns also, die Frage, wer für den priesterlichen Dienst in den Gemeinden geeignet ist, offenzuhalten. Die Tabuisierung dieser Frage birgt das Risiko des Ungehorsams gegenüber dem Willen des Herrn der Kirche in unserer kirchengeschichtlichen Situation.

Zur Situation in unseren Gemeinden gehört es, daß sich hier junge Männer und Frauen nicht nur für den pastoralen Dienst interessieren und qualifizieren, sondern auch gewonnen werden können für den priesterlichen Dienst, wenn dieser nicht an die Ehelosigkeit gebunden und nur Männern eingeräumt wird. Es mag sein, daß unsere Situation noch nicht reif ist für die Entscheidung, das priesterliche Amt für Verheiratete und Frauen zu öffnen. Aber sie ist reif dafür, daß wir darüber sprechen müssen. . . .“ („Die christliche Familie“ Nr. 36 vom 6. September 1987)

Mit diesen Problemen sieht sich auch Papst Johannes Paul II. bei seiner zehntägigen Pastoralvisitation im September 1987 in den USA konfrontiert. Die Bonner Rundschau, Nr. 213 vom 12.9.1987, hält dazu fest:

„Die amerikanischen Priester haben Johannes Paul II. am Donnerstag (Anm. d. R.: 10.9.1987) zum Auftakt seiner zehntägigen Pastoralvisite in den USA, in eindringlicher Form die Schwierigkeiten geschildert, denen sie sich im Zwiespalt zwischen den Anforderungen kirchlicher Doktrinen und den Realitäten des Lebens in einer modernen Gesellschaft gegenübersehen. Der Papst antwortet mit der Mahnung, die Lehren der Kirche zu beachten und Hilfe im Gebet zu suchen.“

Pater Frank J. McNulty aus Roseland (New Jersey) sprach im Namen von rund 57000 Geistlichen den „dramatischen Mangel“ an Priestern an, der kritisch genug sei, „um uns sorgen zu lassen für die Zukunft“. In zehn Jahren könne sich die Zahl der Priester um die Hälfte verringert haben.

McNulty gab zu bedenken, daß dieses Nachwuchsproblem auch mit der Frage des Zölibats der priesterlichen Ehelosigkeit zu tun habe. Der Wert des Zölibats „ist verfallen und fährt fort zu verfallen in der Meinung vieler“, sagte der Priester.

Unter dem Beifall der rund 750 Priester, die an der Begegnung mit dem Papst in der St.-Martha-Kirche in Miami teilnahmen, setzte McNulty sich außerdem für eine stärkere Rolle der Frau in der katholischen Kirche ein. Er bat den Papst darin fortzufahren, zusammen mit den örtlichen Kirchen den Bereich der Dienste zu erforschen, die Frauen der Kirche leisten könnten.

Am 1. Mai 1987 hat Papst Johannes Paul II. die Karmelitin und Wissenschaftlerin Edith Stein, die sich für ihr jüdisches Volk im Konzentrationslager Auschwitz opferte, in Köln selig gesprochen.

Die Wissenschaftlerin Edith Stein war u. a. auch Referentin für Fragen der Frau. Sie fand, daß die Frau gleich dem Mann sich in allen Berufen spezialisieren könnte. „Daß Frauen imstande sind, andere Berufe als den der Gattin und Mutter auszuüben, das hat wohl auch nur unsachliche Verblendung bestreiten können. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte und im Grunde doch die Erfahrung aller Zeiten hat es bewiesen. . . Es gibt keinen Beruf, der nicht von einer Frau ausgeübt werden könnte. . . Keine Frau ist ja nur Frau, jede hat ihre individuelle Eigenart und Anlage so gut wie der Mann und in dieser Anlage die Befähigung zu dieser oder jener Berufstätigkeit, künstlerischer, wissenschaftlicher, technischer Art usw. Prinzipiell kann die individuelle Anlage auf jedes beliebige Sachgebiet hinweisen, auch auf solche, die der weiblichen Eigenart fernliegen.“¹⁵⁾

Edith Stein lehnt es ab, gewisse Berufe nur Männern, andere nur Frauen zuzuweisen und dafür gesetzliche Schranken aufzuziehen. Auch bei den kirchlichen Ämtern ist sie gegen eine Differenzierung; sie hält sie für nicht nötig. In diesem Zusammenhang behandelt sie auch das Priestertum der Frau. Wenngleich sie nicht dafür eintritt, daß die Frau das Priestertum anstreben soll, sagt sie aber: „Dogmatisch scheint mir nichts im Wege zu stehen, was es der Kirche verbieten könnte, eine solche bislang unerhörte Neuerung durchzuführen. Ob es praktisch sich empfehlen würde, das läßt mancherlei Gründe für und wider zu.“¹⁶⁾

Was Edith Stein vor mehr als fünfzig Jahren schrieb, ist heute aktueller denn je, es ist Prophetie in heutiger Zeit; so hat auch die Kirche der Zeitgeschichte eine Frau und Heilige zu verzeichnen, auf die die Kirche hören sollte.

- 1) „Pacem in terris“, Enzyklika Papst Johannes XXIII. vom 11. April 1963.
- 2) „Bonner Rundschau“ vom 29.7.1987.
- 3) Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, 3, 15. 10. 1976, Bonn.
- 4) „Die Frau im Christentum“, Bd. 95, H. Merklein und K. Müller, Freiburg 1983.
- 5) Richard P. McBrien: Was Katholiken glauben, 2, Verlag Styria Graz, Wien, Köln 1982.
- 6) ebd.
- 7) Erna Melchers: Das Jahr der Heiligen, Südwest-Verlag, Neumann und Co. K.G., München 1965.
- 8) M. Malinski, Johannes Paul II. Sein Leben von einem Freund erzählt, Freiburg 1979, S. 206/7.
- 9) Erna Melchers: Das Jahr der Heiligen, München 1965.
- 10) ebd.
- 11) Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, 41, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn S. 28/29.
- 12) Die Deutschen Bischöfe zu Fragen der Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1981.
- 13) ebd.
- 14) ebd.
- 15) Edith Stein, Frauenbildung und Frauenberufe, München 1956, S. 93.
- 16) ebd. S. 170.

Die Verantwortung der Christen für das Leben

Lothar Groppe

Am 18. Mai 1976, dem Tag, da im Deutschen Bundestag die entscheidende Abstimmung über den § 218 stattfand, hielt der Freiburger Pathologe Professor Dr. Franz Büchner, auf Bitten des Erzbischofs eine Meditation im Freiburger Münster. Er sagte hierbei wörtlich:

„Der Mensch ist von der Zeugung an Mensch. In jeder Phase der embryonalen Entwicklung bedeutet der Schwangerschaftsabbruch deshalb Tötung eines Menschen.“

Nun gibt es bekanntlich auch Moraltheologen, die der Meinung sind, daß man erst nach der Einnistung des befruchteten Keims in die Gebärmutter von einer menschlichen Person sprechen könne. Vertreter dieser Auffassung ist beispielsweise Professor Böckle, der immer wieder auch in Fernsehdiskussionen auftritt. Professor Büchner sagt hierzu:

„(Professor Böckle) denkt leider nicht in unserem Sinne, wenn er sagt, zuerst werde ein menschliches Individuum gezeugt und dann werde daraus eine Person. Jeder Arzt ist verwundert, daß ein katholischer Moraltheologe zwischen Menschsein und menschlichem Personsein unterscheidet. Wir müssen zu der Heiligkeit des Menschen von der Zeugung an ja sagen.“¹⁾

Der Humanembryologe Professor Dr. Erich Blechschmidt schrieb an P. Josef Fuchs SJ, Professor für Moraltheologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana, einen ausführlichen Brief, aus dem die wichtigsten Stellen angeführt seien. P. Fuchs hatte im „Rheinischen Merkur“ vom 26. 12. 84 die „Personalität des Menschen von der Befruchtung an“ in Frage gestellt. Hierzu schreibt Professor Blechschmidt:

„Die heute lückenlos beschriebenen Stadien der menschlichen Ontogenese (Individualentwicklung) haben unmißverständlich ergeben, daß sowohl allgemein menschliche als auch individualspezifische Eigenart schon mit der Befruchtung gegeben ist.

1. Bei der Befruchtung vereinigen sich männliche und weibliche Chromosomen, die keinerlei Information für die Ausbildung nichtmenschlicher Merkmale enthalten.
2. Heute ist — für jeden verpflichtend — humanembryologisch bewiesen, daß die menschliche Entwicklung in jedem Stadium und in jeder Phase charakteristisch menschlich und nur menschlich verläuft. (Das sog. Biogenetische Grundgesetz von Ernst Haeckel ist als Irrtum nachgewiesen. Der Nachweis ist nicht etwa eine Frage der Interpretation, sondern der Sachkenntnis.) Das heißt, daß kein einziges nicht-menschliches Stadium demonstriert werden kann. Schon die befruchtete menschliche Eizelle und ihre ersten Zellunterteilungen sind wesentlich unterschieden von denen anderer Spezies. . .
3. Es gibt keinerlei Zäsur (Einschnitt) während der menschlichen Entwicklung, die es erlauben würde, zu sagen: von jetzt an haben wir einen Menschen vor uns mit Leib und Seele und vorher war es: — ein Nicht-Mensch? — Noch wertlos? — Wegwerfware?

Man kennt heute das ‚Gesetz der Erhaltung der Individualität‘ von der Befruchtung bis zum Tod. Dies bedeutet ein allgemeines, in der organischen Natur gültiges Prinzip. Nach

ihm verändert sich während der Entwicklung nur das Erscheinungsbild, während das Wesen (als Träger der Entwicklung) bleibt. Entwickeln kann sich nur, was dem Wesen nach schon da ist. . . Die Frage, wann der eigentliche, personale Mensch entstände, ist daher im Ansatz verfehlt. Der Mensch wird nicht Mensch, sondern ist Mensch. — Er entwickelt sich nicht zum Menschen, sondern als Mensch! . . .

Der Schlußsatz im ‚Rheinischen Merkur‘: Es sei Aufgabe der Ethiker, herauszufinden, wann (Zitat aus Ihrem Vortrag) ‚Verfügungen über das menschliche Leben dem Menschen im Hinblick auf seine gegenwärtige Gegebenheit und in Hinsicht auf menschliche Zukunft entsprechen‘ steht im Widerspruch zur katholischen Lehre. Nach ihr ist der Wille Gottes das oberste Gebot und nicht die Willkür und die eigenmächtige Entscheidung des Menschen. . . .“²⁾

Nach diesen grundlegenden Äußerungen unserer bedeutendsten deutschen Fachleute wollen wir uns die vorgeburtliche Entwicklung anschauen.

Die vorgeburtliche Entwicklung

Das menschliche Leben beginnt nach den Aussagen der Humanembryologie mit der Zeugung. Mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginnt die Geschichte eines Menschen, einer einmaligen Person, dessen Wesen unveränderlich bleibt und in all seinen Merkmalen unverwechselbar ist. Acht Wochen nach der Zeugung ist der Mensch 3 cm groß und körperlich ganz ausgebildet, d. h., alle Organe sind vorhanden: Gehirn, Herz, Lunge, Leber, Darm, Geschlechtsorgane, Ärmchen mit bereits deutlich erkennbaren Händen, ja Fingern, ebenso Beine und Füße mit ebenso erkennbaren Zehen. Bereits zwei Wochen später lutscht das Kind am Daumen. Wenn man es mit einem feinen Haar berührt, zuckt es zusammen. Schon in diesem Alter hat der kleine Mensch Empfindungen. Aber noch bis zu weiteren 2 Wochen später, also bis einschließlich der 12. Schwangerschaftswoche, darf bei entsprechender „Indikation“ abgetrieben werden, wenn die Mutter ihr Kind als „unzumutbare Belastung“ empfindet.

Aber was da in den Tod gesaugt, zerstückelt, verätzt wird, ist keine „Käulquappe“, wie Sebastian Haffner im „stern“ behauptete, kein „himbeerähnliches Gebilde“, eine „wuchernde Substanz der ersten Stunden“, wie der oberste deutsche Richter, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Professor Dr. Zeidler, befand, sondern personales menschliches Leben.

Gegen die Behauptungen Zeidlers stellte das Bundesverfassungsgericht am 25. Februar 1975 fest, daß „das sich im Mutterleib entwickelnde Leben . . . als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung (Art. 2 Abs. 2 Satz 1; Art. 1 Abs. 1 GG)“ steht. Es sei die Verpflichtung des Staates, das sich entwickelnde Leben in Schutz zu nehmen. Der „Mensch ist Mensch von Anfang an“. Dies ist keine juristische oder spezifisch katholische Aussage, sondern durch die Erkenntnis der kompetenten Fachwissenschaft erhärtet. Der ehemalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, bezeichnet die Behauptung, die befruchtete Eizelle sei ein „himbeerähnliches Gebilde“ als Ausdruck einer bemerkenswerten Ignoranz. Er fährt dann fort:

„Mit seinen Äußerungen hat der Präsident des obersten deutschen Verfassungsschutzorgans den Boden des Grundgesetzes nicht nur verlassen, sondern grundgesetzwidrige Aussagen gemacht. Unsere Verfassung ist durch Artikel 20 (4) des Grundgesetzes geschützt.“³⁾

Wenn der Zoologe Ernst Haeckel 1866 behauptete, daß der Mensch in seiner Individualentwicklung die Stammesentwicklung der Menschheit wiederhole, so weist Professor Blechschmidt überzeugend nach, daß sich kein Beleg für Haeckels Behauptung erbringen läßt. (Vgl. seinen Brief an Professor Fuchs.) So stimmt es nicht, daß der Embryo in seiner frühen Entwicklung Kiemen und Schwanz aufweise. Die angeblichen Kiemen der Ungeborenen sind Beugefalten im Gesichtsbereich, die dadurch entstehen, daß das Ungeborene seinen Kopf so weit nach vorn beugt, daß die Stirn fast die Brust berührt. Der angebliche Schwanz ist ein röhrenförmiges Gebilde, das sich später zur Wirbelsäule ausbildet.

Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus?

Wenn der Mensch vom Augenblick der Empfängnis an Mensch ist, dann ist Abtreibung Tötung eines Menschen, und zwar, weil es sich um einen unschuldigen, wehrlosen Menschen handelt, der heimtückisch umgebracht wird, Mord. Das Kind spürt, daß ihm das Leben genommen wird. Sonographische Aufzeichnungen zeigen deutlich, wie der Puls des Embryos in dem Augenblick auf 200 schnellte, da die tödlichen Instrumente zupacken wollen. Man sieht, wie es verzweifelt auszuweichen sucht, wenn die tödlichen Instrumente in die Gebärmutter eingeführt werden und wie es seinen kleinen Mund zu einem Schrei öffnet, wenn seine Ärmchen und einzelnen Glieder stückweise abgerissen werden. Der Embryo hat nicht nur Wahrnehmungen, sondern empfindet offensichtlich auch Schmerz. Er nimmt an allem teil, was die Mutter erlebt, an ihren Freuden, ihren Aufregungen, ihrer Angst usw. Dies alles spiegelt sich in seinen körperlichen Reaktionen wider: im Herzschlag, Kreislauf und in der Hormonausschüttung bei heftigen Gefühlsregungen.

Aus Beobachtungen mit dem Elektronenmikroskop wissen wir, daß sich die Synapsen, d.h. die Umschaltstellen zwischen den Nervenfortsätzen, die Kontaktstellen, die Nachrichten zwischen feinen Nervenfasern vermitteln, schon nach 6 Wochen ausbilden. Das Kind im Mutterschoß nimmt also Informationen in seiner kleinen Umwelt auf: seine Lage, Körperdruck, Temperaturschwankungen. Es saugt, schmeckt und schluckt das Fruchtwasser. Es „vergnügt“ sich mit Purzelbäumen. Erinnern wir uns an die Stelle bei Lukas: „Als Elisabeth den Gruß Marias hörte, hüpfte das Kind in ihrem Leib“ (1,41).

Bekanntlich wehren sich die Befürworter der Abtreibung, insbesondere jene, die das Schlagwort vom „Recht auf den eigenen Bauch“ im Munde führen, vehement, gegen die Bezeichnung „Mord“ für Abtreibung. Das sei eine niederträchtige Verleumdung, Brunnenvergiftung usw. Hierbei ist zu beachten, daß nach dem Wortlaut des § 218 StGB der Begriff „Mord“ tatsächlich nicht auf die Abtreibung zutrifft. Allerdings hat dies einen makabren Hintergrund. Der § 218 wurde nämlich am 4.9.1941 von den Nazis neu formuliert, um die Tötungen von Geisteskranken und die Ausrottung der Juden nicht als Mord

zu klassifizieren. Bis zu diesem Datum wurde im § 218 nicht der Mörder, sondern der Mord definiert: „Mord ist die mit Überlegung ausgeführte vorsätzliche Tötung eines Menschen.“ Dies zum Unterschied vom Totschlag, der ohne Überlegung begangen wird. Das StGB bestrafte den Mord mit dem Tode.

In der neuen Fassung lautet der § 211:

(1) Der Mörder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. (Durch Artikel 102 GG wurde die Todesstrafe abgeschafft.)

(2) Mörder ist, wer

aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen,

heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet.

Natürlich ist es aus rechtspolitischen Gründen durchaus berechtigt, bei Tötungsdelikten Unterschiede zu machen. So ist beispielsweise die Kindestötung — diesen Begriff gibt es nur für die uneheliche Mutter in oder gleich nach der Geburt — infolge der Umstände sicher anders zu qualifizieren als etwa der lang geplante heimtückische Mord. Aber moralisch gesehen handelt es sich auch hier, genau wie bei der Abtreibung, um Mord.

Die gebräuchlichsten Methoden der Abtreibung

Das Absaugen: Der Mutterschoß wird geöffnet und mittels eines Schlauches wird das Kind durch eine Vakuumpumpe herausgesaugt, wobei der Körper des Kindes buchstäblich in Stücke gerissen wird. Da der Kopf zu groß ist, wird er wie eine Nuß geknackt. Der Sog ist etwa zehnmal so stark wie bei einem Staubsauger. Diese Methode wird in etwa 77 % aller Abtreibungen gewählt. Das „Produkt der Schwangerschaft“ wird in ein Gefäß gesaugt. Manchmal sind einzelne Körperteile zu erkennen. Es ist eine irreführende Lüge, daß die Abtreibung im Krankenhaus ungefährlich sei. Die Uni-Frauen-Klinik Zürich gibt für das Jahr 1982 25,6 % Komplikationen an. Die häufigsten sind: Perforierung der Gebärmutterwand, auch mit Verletzungen des Darms, Muttermundeinrisse, schwere Blutungen, schwere Infektionen, Embolien, Todesfälle. In ca. 25 % Spätschäden, wobei die psychischen Schäden nicht miteingerechnet sind. Aus meiner Erfahrung als Seelsorger muß ich sagen, daß manche Frauen jahrzehntelang an dieser Schuld tragen.⁴⁾

Bei der Curettage, d. h. der Abtreibung durch Zerschneiden des Embryos, wird ein scharfes, gebogenes Messer verwendet. Dieses wird durch die Scheide an die Gebärmutter herangeführt. Der Muttermund wird geöffnet. Der Chirurg schneidet den kleinen Körper in Stücke und schabt die Plazenta von den Innenwänden der Gebärmutter. Für gewöhnlich sind mit dieser Methode starke Blutungen verbunden. Die Operationsschwester muß die einzelnen Stücke sammeln und den Embryo zusammensetzen, um sicherzustellen, daß die Gebärmutter auch völlig ausgeräumt ist. Anderenfalls käme es leicht zu Blutungen oder einer Infektion. Diese Methode wird zwischen der 7. und 12. Woche angewandt.

Die Verätzung mit einer Salzlösung spielt bei uns nach Aussage der Mediziner keine Rolle.

Bei der Prostaglandin-Hormon-Methode wird dieses Medikament in die Vene oder Gebärmuttermuskulatur eingespritzt und löst anhaltende Geburtswehen aus. Der Abgang des Kindes kann zu jedem gewünschten Zeitpunkt der Schwangerschaft bewirkt werden. Falls es die Belastung der Wehen übersteht, wird es lebend geboren und dann dem Tode überlassen. Dr. Pessel aus Iserlohn berichtet darüber:

„Wenn man, wie ich, erlebt hat, daß der intakte, etwa 4 bis 5 cm lange Körper des Ungeborenen ans Tageslicht befördert wird und plötzlich in der Schale vor einem liegt, so weiß man, daß es sich bei diesem Tun um die Tötung eines Menschen handelt. Der Embryo, dem man auch im 2. oder 3. Schwangerschaftsmonat schon deutlich ansieht, daß es ein Menschlein ist... schlägt für einige Sekunden voller Verzweiflung über das ihm widerfahrende Schicksal mit seinen Gliedern um sich, macht mit dem Mund vergebliche Atmungsversuche, ehe sein noch rosiger Körper leichenblaß wird, ein Zittern über ihn geht, sein Herz aufhört zu schlagen und er seine Ärmchen und Beinchen zum letzten Mal ausstreckt.“⁵⁾ Diese Abtreibungsmethode ist äußerst schmerzvoll durch Wehen und Krämpfe bis zum Kollaps.

Die Abtreibung durch Kaiserschnitt (Hysterotomie) gleicht bis zur Durchtrennung der Nabelschnur völlig einem normalen Kaiserschnitt. Während bei letzterem der Schleim des Babys abgesaugt wird und es der Intensivbehandlung zugeführt wird, um auf alle mögliche Weise für es zu sorgen, wird das so abgetriebene Baby in einen Behälter geworfen und dem Tod ausgeliefert. Alle Babys dieses Alters — bei der eugenischen Indikation bis zur 22. Woche, bei der medizinischen unbegrenzt — bewegen sich, atmen und manche schreien sogar.⁶⁾

Was ist die Tötung eines Embryos — moralisch gesehen, wenn auch nicht strafrechtlich, aber das waren nach der Gesetzgebung der Nazis die Tötungen der Geisteskranken und Juden auch nicht — anderes als Mord? Ob man nun dieses Wort gern hört oder nicht. Das II. Vatikanische Konzil spricht von einer „Schande“, einer „Zersetzung der menschlichen Kultur“ (Pastoralkonstitution, Nr. 27). In der Nr. 51 sagt es: „Das Leben ist daher von der Empfängnis an mit höchster Sorgfalt zu schützen. Abtreibung und Tötung des Kindes sind verabscheuungswürdige Verbrechen.“ Nach dem 2. Weltkrieg fand in Frankfurt/Main der erste Euthanasieprozeß statt. Ich habe diesem Verfahren so oft wie möglich beigewohnt. Am 21.3.1947 wurden die beiden Ärzte Dr. Menneke und Dr. Schmidt zum Tode verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Jedes Gesetz hat neben der formalen auch eine materielle — die inhaltliche — Seite. Hierbei ist zuzugeben, daß im allgemeinen die formelle Gesetzeskraft genügt, um dem Gesetz Gültigkeit zu verleihen und für Staatsbürger verpflichtende Kraft auszulösen. Die Möglichkeiten, den Inhalt des Gesetzes auf seine Gültigkeit hin nachzuprüfen, sind daher in der Regel dem Rechts- und Pflichtenkreis der Staatsbürger entzogen. Dieses ausdrücklich

anzuerkennen, ist zur Gewährleistung von Rechtseinheit und Rechtssicherheit dringend geboten...

Es gibt ein über den Gesetzen stehendes Recht, das allen formalen Gesetzen als letzter Maßstab dienen muß... Es ist das Naturrecht, das der menschlichen Rechtssatzung unabdingbare und letzte Grenzen zieht. Es gibt letzte Rechtssätze, die so tief in der Natur verankert sind, daß sich alles, was als Recht und Gesetz, Moral und Sitte gelten soll, im letzten nach diesem Naturrecht, diesem über den Gesetzen stehenden Recht, auszurichten hat. Diese letzten Rechtssätze im Naturrecht sind zwingend, weil sie unabhängig vom Wandel der Zeit und vom Wechsel menschlicher Anschauungen durch die Jahrtausende gegangen sind und über alle Zeiten hinweg den gleichen Bestand und die gleiche Gültigkeit besitzen; sie müssen deshalb einen unerläßlichen und fortwährenden Bestandteil dessen bilden, was menschliche Ordnung und menschlicher Sinn schließlich als Recht und Gesetz bezeichnen. Im Grunde gilt schon der Satz, daß Gesetz gleich Recht sein muß, aber es gilt nur mit dieser einzigen und ausschließlichen Einschränkung.

Verstößt ein Gesetz hiergegen und verletzt die ewigen Normen des Naturrechts, so ist dieses Gesetz seines Inhalts wegen nicht mehr dem Recht gleichzusetzen. Es entbehrt nicht nur der verpflichtenden Kraft für den Staatsbürger, sondern ist rechtsungültig und darf von ihm nicht befolgt werden. Sein Unrechtsgehalt ist dann so erheblich, daß es niemals zur Würde des Gerichts gelangen kann, obwohl der Gesetzgeber diesen Inhalt in die äußerlich gültige Form eines Gesetzes gekleidet hat. Einer dieser in der Natur tief und untrennbar verwurzelten letzten Rechtssätze ist der Satz von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und dem Recht des Menschen auf dieses Leben, das der Staat als Kulturnation nur fordern darf auf Grund eines Richterspruchs oder im Kriege. Daraus ergibt sich, daß die über die sog. Euthanasie ergangenen Erlasse oder auch Gesetze rechtsunwirksam sind, kein Recht geschaffen und somit niemals materielle Gesetzeskraft erlangt haben.

Die Handlungen der Angeklagten sind daher nicht erlaubt, sondern wider das Recht gerichtet gewesen. Sie sind damit als objektiv rechtswidrig zu bezeichnen.⁷⁾

Der Präsident der „World Federation of Doctors who respect human life“, Dr. K. F. Gunning, stellt zum Urteil im Frankfurter Euthanasieprozeß fest: „Wissenschaftlich steht fest, daß das menschliche Leben mit der Befruchtung anfängt und mit dem Tode endet. Eine Handlung, die absichtlich und mit Vorsatz gemacht wird, um den Tod eines ungeborenen Kindes zu verursachen, ist genauso objektiv rechtswidrig wie die Handlungen der Angeklagten aus Hadamar.

Wer ein ungeborenes Kind tötet, ist objektiv ein Mörder, auch wenn er meint, er sei zu dieser Tötung verpflichtet. Auch wenn es ein Gesetz gibt, das unter Umständen das Töten eines ungeborenen Kindes erlaubt, bleibt objektiv diese absichtliche und vorsätzliche Tötung gleich Mord. Und wenn man das zitierte Urteil ernst nimmt, so muß man sagen, daß ein solches Gesetz gegen den ‚Satz von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und dem Recht des (ungeborenen) Menschen auf dieses Leben‘ verstößt und daher ‚rechtsunwirksam‘ ist, kein Recht geschaffen und somit niemals materielle Gesetzeskraft erlangt hat.“⁸⁾

Der inzwischen auch bei uns, vor allem durch seinen Film „Der stumme Schrei“, bekannte amerikanische Arzt Dr. Nathanson war seinerzeit Direktor der größten Abtreibungsklinik der Welt in New York. Während seiner zehnjährigen Amtszeit wurden unter seiner Verantwortung 60 000 Abtreibungen durchgeführt. Pro Tag waren es 120, außer am 1. Weihnachtsfeiertag. Er hat persönlich noch etwa weitere 15 000 Abtreibungen in seiner privaten Klinik durchgeführt. Nathanson erfuhr eine Bekehrung und setzt sich seit dieser Zeit für das ungeborene Leben ein. In einem Vortrag sagte er: „Es ist ausgesprochen lächerlich, daß wir einerseits so viel Zeit darauf verwenden, den Tod zu definieren, und andererseits die Abtreibungsbefürworter erklären, das Leben könne nicht definiert werden. Wir müssen sogar das Leben definieren. Es ist eine Notwendigkeit sowohl für wissenschaftliche Zwecke als auch für rechtliche und moralische! Tatsächlich läßt sich das Leben klar definieren. Es beginnt bei der Empfängnis, der Befruchtung, und von da an ist die empfangene Person ein menschliches Wesen. Es gibt keinen Punkt in der Gebärmutter, an dem ein Wechsel stattfinden würde; von einem Nichts zu einem Etwas; von einer Unperson zu einer Person. Es gibt keinen plötzlichen Umschlag bei der Entwicklung im Uterus, und deshalb ist das Leben ein kontinuierliches Spektrum von seinem Anfang bis zu seinem Ende... Ich glaube, daß die Zulassung der Abtreibung die planmäßige Zerstörung dessen bedeutet, was unbestreitbar und eindeutig menschliches Leben ist. Ich glaube, daß es ein unentschuldbarer Akt tödlicher Gewalt ist... Als Wissenschaftler weiß ich — ich glaube nicht, ich weiß —, daß das menschliche Leben bei der Empfängnis beginnt. Obwohl ich formal nicht religiös bin, glaube ich von ganzem Herzen, daß es eine göttliche Existenz gibt, die von uns verlangt, diesem unendlich traurigen und unsagbar schändlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein endgültiges und unwiderrufliches ‚Halt‘ zu gebieten.“⁹⁾ Gegen diese unmißverständlichen Äußerungen der verschiedenen Wissenschaftler über den Beginn des menschlichen Lebens muten die Stellungnahmen des Berichts „Pro Familia“ von Professor Amendt und Dr. Michael Schwarz zum § 218 und zur Stiftung „Mutter und Kind“ vom 19. 1. 1984 geradezu grotesk an:

„Wann Leben beginnt und was menschliches Leben im Prozeß der vorgeburtlichen Entwicklung sei, muß dem einzelnen Bürger als eine höchst subjektive, in privaten Lebenserfahrungen und kulturellen Einbettungen vorgegebene Frage zur Entscheidung überlassen werden.“¹⁰⁾

Schizophrenie des Denkens

In seinem Beitrag „Abtreibung aus der Sicht des Mediziners“ weist Dr. Samuel Pfeifer zu Recht auf die Schizophrenie des Denkens hin. Wenn er seine Ausführungen auf die Medizin bezieht, ist das zweifellos richtig. Es wäre aber irrig, diese Schizophrenie des Denkens nur auf diese zu beziehen.

„Unsere Medizin ist schizophren. In der Säuglings-Intensivstation kämpfen Ärzte und Schwestern Tag und Nacht um das Leben eines eineinhalb Kilo schweren Würmlins, um es später gesund seiner übergelücklichen Mutter zu übergeben. Aber im gleichen Krankenhaus werden jedes Jahr Hunderte dieser kleinen Geschöpfe brutal umgebracht. Unsere

Gesellschaft ist schizophren. Tausende gehen auf die Straße, um für die Menschenrechte zu demonstrieren, für den Umweltschutz, für den Frieden. Häufig sind es jedoch dieselben Demonstranten, die lauthals ‚das Recht auf den eigenen Bauch‘ proklamieren und eine hemmungslose Freigabe der Abtreibung fordern. Wer anderer Meinung ist, wird niedergeschrien.“⁽¹¹⁾

Vgl. hierzu das Verhalten der Grünen und ihrer langjährigen Galionsfigur Petra Kelly. Wenn dieser gewiß intelligenten Frau die Schizophrenie des eigenen Denkens nicht bewußt wird, was soll man dann vom Durchschnittsbürger erwarten? Denn Frau Kelly setzte sich einerseits gegen die Aufstellung der amerikanischen Pershing II ein, die einen neuen Krieg nach Möglichkeit verhindern soll, andererseits engagiert sie sich für die praktische Freigabe der Abtreibung, d.h. die Massenvernichtung unschuldigen, ungeborenen Lebens. Und auf die Frage: „Was ist für Sie das größte Unglück?“ erklärte sie: „Daß Kinder sterben müssen — sei es durch Hunger, Krieg, Not oder Krankheit.“⁽¹²⁾

Dr. Pfeifer sagt dann weiter:

„Es gibt auch die verfeinerten, humanen Abtreibungsbefürworter, Ihnen geht es nur um das Wohl der betroffenen Frau, nur um eine Freigabe in den ersten drei Monaten. Ihre Sprache ist wertneutral: sie sprechen von der Entfernung der Fruchtblase, als handele es sich um die Beseitigung eines störenden Hautflecks.

Wir alle stehen unter dem ständigen Trommelfeuer der Abtreibungspropaganda in Zeitung, Radio und Fernsehen. (Hier wäre besonders der ‚stern‘ zu erwähnen, der über 2 Jahrzehnte für die Abtreibung zu Felde zieht. Anm. d. Verf.)

Da werden Statistiken gezeigt und Wissenschaftler zitiert, Psychologen, Soziologen und Mediziner. Und alle sagen sie dasselbe: Die Abtreibung muß liberalisiert werden, nur so können wir den betroffenen Frauen helfen. Die raffinierte Mischung aus brutalen Slogans und feinfühligem Kommentaren hat ihre Wirkung auch auf bibeltreue Christen nicht verfehlt. Es gab eine Zeit in meinem Leben, wo auch ich die Abtreibung als alleinige Angelegenheit einer Frau ansah, die sie mit ihrem Arzt und ihrem Gott aushandeln müsse. Als Christ kannte ich wohl die Aussagen der Bibel, aber als moderner Mediziner wollte ich flexibel und human sein. Drei Dinge gaben mir den Anstoß, meine Meinung zu ändern: Zum ersten las ich die psychiatrischen Gutachten, die Frauen und Mädchen den Weg für den Eingriff ebneten — eine Sammlung von Halbwahrheiten und Übertreibungen. Drei Tränen genügten oft, um eine schwerste Depression zu diagnostizieren.

Und dann erlebte ich, wie ein junger Gynäkologe weinend zusammenbrach und ausrief: ‚Heute habe ich meine fünfzigste Abtreibung gemacht und ich weiß, daß es Mord ist. Die Schuld lastet so schwer auf mir...‘ Doch der Chef sagte seinem Assistenten: ‚Wenn Sie nicht abtreiben wollen, müssen Sie sich eine andere Stelle suchen!‘

Eines Tages stand ich dann selber im Operationssaal und sah bei einer Abtreibung zu. Die Saugurette wurde eingeführt, die Vakuumpumpe angestellt. Langsam kletterte der Zeiger des Manometers höher. Plötzlich zerriß ein lautes gieriges Schlürfen die Stille des OP.

Damals, als der mörderische Schlund des Saugrohrs das werdende Leben verschlang und schaumiges Blut, zeretztes Gewebe und abgehackte Händchen ausspie, da wurde ich zum vehementen Abtreibungsgegner. Ich habe mich seither geweigert, auch nur eine Narkose für diesen Eingriff zu machen.“¹³⁾

Mir scheint, wir sollten noch etwas anderes bedenken. Im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Reichskristallnacht und an den 40. Jahrestag der Kapitulation wurde uns immer wieder eingehämmert, wir müßten die Erinnerung an die furchtbaren Verbrechen der Nazis wachhalten. Dabei ist erwiesen — ich habe selber jahrelang über diesen Komplex gearbeitet — daß einmal sehr viele Menschen wirklich weder von der Art noch dem Umfang der Verbrechen wußten. Diejenigen, die gerücheweise oder vielleicht sogar durch Bekannte oder Opfer von den Greueln erfahren, sahen beim besten Willen nicht, wie sie helfen konnten, ohne zumindest selbst das KZ zu riskieren. Zu Beginn dieses Jahres wurde die Serie „Shoah“ im Fernsehen gezeigt. Bezeichnenderweise stimmten überlebende Opfer wie Mörder darin überein, daß alles unter größter Geheimhaltung geschehen sei. Wenn einer nur den Mund aufgemacht hätte, wäre er selbst ermordet worden. Inzwischen sind seit den grauenhaften Verbrechen mehr als 4 Jahrzehnte vergangen. Von den 61,5 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik lebten 50 Millionen noch nicht oder waren Kinder. Dennoch sollen wir uns ständig an diese Verbrechen erinnern, die von einem verschwindend kleinen, überhaupt nicht ins Gewicht fallenden Prozentsatz unseres Volkes verübt wurden. Aber von den Verbrechen der Abtreibung, diesem weitaus größten Massenmord der Geschichte, sollten wir nicht als Mord sprechen dürfen, weil dies Brunnenvergiftung sei? Und diese Verbrechen werden nicht etwa, wie während des Dritten Reichs, in aller Stille verübt, nein, sie werden als gutes Recht der Selbstbestimmung in aller Öffentlichkeit erörtert und verteidigt. Zeigt sich nicht hier wieder die oben angesprochene Schizophrenie unseres Denkens?

Können wir etwas tun, wenn ja, was?

In jeder größeren Stadt gibt es heute Initiativen und Aktionskreise zum Schutz der Ungeborenen. So versteht sich etwa die „Aktion Leben“, aus deren Schriften hier immer wieder zitiert wird, als bewußt christliche Initiative „zum Schutz des menschlichen Lebens von der Befruchtung bis zum natürlichen Tod... Schwerpunkt der Arbeit... ist die Information über das Wesen der Abtreibung, weil die richtige Information in vielen Fällen Hilfe bedeutet; denn wüßten die Frauen, Männer, Familien, Freunde und Bekannten einer sich in Schwierigkeiten befindlichen Frau, was Abtreibung wirklich ist, würden sie die Frauen nicht dazu drängen, wie das in den überwiegenden Fällen geschieht, und sie nicht mit den Problemen alleinlassen, sondern Hilfe anbieten.“

Die „Aktion Leben“ ist überkonfessionell, überparteilich und finanziert sich ausschließlich von Mitgliederbeiträgen (6,— DM im Jahr) und Spenden. Sie wirbt um Mitglieder, die sich mit ihren Zielen solidarisieren. Sie gehen keine Verpflichtungen ein, können aber, je nach Neigung, Möglichkeit und Fähigkeiten mitarbeiten:

1. Beim Verteilen von Flugblättern vor Kirchen, Bahnhöfen, in Fußgängerzonen, in Briefkästen — was ohne polizeiliche Erlaubnis möglich ist.
2. Beim Aufstellen von Informationstischen bei öffentlichen Veranstaltungen.
3. Sie können Vorträge halten, Dias oder Filme vorführen, zu Gesprächen einladen.
4. Sie können Leserbriefe schreiben, sich an Politiker, Bischöfe usw. wenden, an Rundfunk und Fernsehen.
5. Ist Hilfe durch Spenden möglich.
6. Unterstützung durch Gebet. Viele beten täglich für die Ungeborenen, ihre Väter und Mütter, für Ärzte und Politiker und deren Berater. Immer wieder ruft die „Aktion Leben“ zu gemeinsamem Gebet auf, wie im Juli d.J. gemeinsam mit Mutter Teresa in Bonn.

Kapitulieren wir nicht vorschnell, auch wenn wir nicht gleich, vielleicht überhaupt nicht, persönlich eine Reaktion vernehmen. Gerade ein Seelsorger erlebt immer wieder mit Stauen, wie gar nicht selten ein Wort, ein Satz, dem man selber keine besondere Bedeutung beigemessen hat, bei diesem oder jenem nachwirkt, ihn zum Nachdenken bringt. Andererseits dürfen wir nicht übersehen, daß uns schon seit langem der Wind ins Gesicht bläst. Zahlreiche Medienleute sind nicht nur nichtchristlich, sondern suchen auch christliche Stellungnahmen zu verhindern. Frau Professor Dr. Noelle-Neumann belegte dies im November 1985 mit demoskopisch erhobenen Zahlen: Mehr als 40% der deutschen Fernsehjournalisten gehören keiner Konfession an, und 80% aller ARD- und ZDF-Redakteure haben mit der Kirche nichts im Sinn. (DT 15.11.85)

Dabei ist die Verwerfung der Abtreibung gar kein spezifisch christliches Anliegen. Bekanntlich hat Hippokrates (460—377 v.Chr.) seine Schüler bereits schwören lassen: „...Ich werde auch keiner Frau ein Mittel zur Vernichtung keimenden Lebens geben...“⁽¹⁴⁾

Und in der Deklaration des Weltärztebundes von 1948, der ja keine konfessionelle Vereinigung ist, heißt es: „...Ich werde die höchste Achtung vor dem menschlichen Leben bewahren, vom Beginn der Empfängnis an; auch unter Drohungen werde ich meine medizinischen Kenntnisse nicht im Gegensatz zu den Gesetzen der Menschlichkeit anwenden...“⁽¹⁵⁾

Wie bei uns kräftig manipuliert wird — immerhin sind nach eigenen Angaben 32% der deutschen Zeitungsjournalisten links, 37 weitere Prozent bezeichnen sich als „links von der Mitte“, für die Position der Mitte und rechts von der Mitte, aber nicht „rechts“ entscheiden sich 31% (Die Welt, 7.4.84) —, kann ich aus eigener Erfahrung schildern:

Am 20. Juli 1984 sprach ich anlässlich des 40. Jahrestages des Attentats auf Hitler in Hannover. Durch Zufall erfuhr ich, daß diese Ansprache simultan im Rundfunk übertragen wurde. Der Offizier, der neben dem Aufnahmewagen stand, erzählte mir beim Mittagess-

sen, der Aufnahmeleiter habe Anweisung gegeben, die „katholischen Stellen“ wegzulassen. So eine „katholische Stelle“ war meine rhetorische Frage:

„Wenn wir uns daran erinnern, daß zahllose Menschen für ein besseres Deutschland starben, daß Graf Stauffenberg für ein ‚heiliges Deutschland‘ in den Tod ging, hatten sie dann ein Land vor Augen, das bereit ist, Robben zu schützen und menschliches Leben auszulöschen?“

Nicht selten werden Leserbriefe unterdrückt. Aber daß es dennoch nicht sinnlos ist, sich an Rundfunk und Fernsehen zu wenden und Leserbriefe zu schreiben, wird an der „Schwarzwaldklinik“ deutlich. Dort wurde in einer Folge eine brutale Vergewaltigung gezeigt. Dies löste eine empörte Reaktion bei den Zuschauern aus. Mehr als 200 Anrufe erreichten noch am selben Abend das ZDF in Mainz. Desgleichen wurde in zahlreichen Leserbriefen gegen diese Sendung protestiert. Der gebündelte Protest zeitigte Wirkung: 2 Tage später brachten die Zeitungen die Meldung, die vorgesehene Wiederholung dieser Sendung sei abgesagt worden. (Dom, 16.2.86)

Wir sollten nicht sagen und letztlich damit für gewöhnlich nur unsere eigene Bequemlichkeit kaschieren, der einzelne könne doch nichts ausrichten. Sicher, nicht der einzelne, wenn er allein bleibt, wohl aber viele einzelne vermögen durchaus etwas zu bewirken. So hat sich die Einstellung zum ungeborenen Leben, wenn man den Meinungsumfragen glauben darf, in den letzten Jahren doch erheblich verändert. 1984 ermittelte Allensbach folgende Zahlen: 77% der westdeutschen Bevölkerung empörten sich über Tierquälerei, aber nur 34% empfanden es als ungeheuerlich, wenn „eine gesunde Frau einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen läßt“.¹⁶⁾

Nun haben sich neben der „Aktion Leben“ das Zentrum, die „Christliche Partei für das Leben“, intensiv auch die „Christdemokraten für das Leben“ engagiert. Es ist natürlich allenfalls für Fachleute auf dem Gebiet der Meinungsforschung möglich, zu ermitteln, welcher all dieser Aktivitäten — neben den unermüdlichen Bemühungen vor allem der katholischen Kirche — zuzuschreiben ist, daß es inzwischen einen gewaltigen Meinungsumschwung gegeben hat. Denn im März 1986 waren nach Allensbach inzwischen 66% der Bürger der Bundesrepublik mit der gegenwärtigen Abtreibungspraxis nicht einverstanden. (Die Welt, 7.3.86)

Vor allem die Christen haben sich von der wohl etwas zu vollmundig verkündeten „Wende“ eine Rückbesinnung auf die christlichen Werte, zumindest auf die strikte Einhaltung der Normen unseres Grundgesetzes hinsichtlich der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens erhofft. Die weitbekannte Psychagogin Christa Meves erklärte gegenüber dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz:

„1986 gibt es kein Schlupfloch der Entscheidungslosigkeit mehr. Es ist unstrittig geworden, daß Schwangerschaftsabbruch Tötung menschlichen Lebens bedeutet... Entweder entscheidet sich der Christ für sein Gewissen zum Gottgehorsam und erhebt seine Stimme gegen die fortgesetzte Schande oder er entscheidet sich zur Anpassung an ein himmel-schreiendes Unrecht.“ Es sei nötig, „daß die Stimme der entschiedenen Christen so laut

wird, daß sich die opportunistische Mehrheit unseres Parlaments“ zur Minderheit schrumpfe. Denn diese Mehrheit basiere zum erheblichen Teil auf einer Anpassung an die vermutete Mehrheit der abtreibungsbefürwortenden Wähler.¹⁷⁾

Die Zentrumsparterie tritt für eine Politik auf der „Grundlage der Zehn Gebote Gottes“ ein.¹⁸⁾

Hier wird aber wohl doch die entscheidende Frage übersehen, ob es in unserem Land eine ins Gewicht fallende Mehrheit entschiedener Christen gibt, die bereit sind, „Politik auf der Grundlage der Zehn Gebote Gottes“ zu machen oder nicht. Geben wir uns keinen Täuschungen hin. Schon das II. Vatikanische Konzil sagte in seiner Pastoralkonstitution 1965: „Breite Volksmassen geben das religiöse Leben praktisch auf. Anders als in früheren Zeiten sind die Leugnung Gottes oder der Religion oder die völlige Gleichgültigkeit ihnen gegenüber keine Ausnahme und keine Sache nur von einzelnen mehr. Heute wird eine solche Haltung gar nicht selten als Forderung des wissenschaftlichen Fortschritts und eines sog. Humanismus ausgegeben.“ (Nr. 7)

Vom 27.6.—11.7.85 veranstaltete Allensbach im Hinblick auf die Römische Bischofssynode eine Meinungsumfrage unter den Katholiken der Bundesrepublik. Danach gingen von den über 16jährigen nur noch 17% jeden Sonntag zum für sie verpflichtenden Gottesdienst. Wann werden sie mit ihrem Glauben und der Lehre ihrer Kirche vertraut? Alarmierend ist die Tatsache, nicht zuletzt für unsere Frage, daß die Altersgruppe der 16- bis 29jährigen sich zu 82% nicht verpflichtet fühlt, letztinstanzliche Entscheidungen des Papstes anzunehmen, wenn sie selbst anders denkt.¹⁹⁾

Dies ist vor allem die Gruppe derer, die für Zeugung, Geburt — oder eben auch Abtreibung — in Frage kommt. Nicht weniger beunruhigend ist, daß sich 1985 nur noch 22% der katholischen Frauen unter 30 Jahren als gläubige Mitglieder ihrer Kirche bezeichneten, während es 1968 immerhin noch 50% waren.²⁰⁾

Wenn wir unseren Rechtsstaat nicht preisgeben wollen, ist es für jedermann, insbesondere aber für alle Christen unerläßlich, sich für *das* grundlegende Menschenrecht schlechthin, den ungeschmälernten Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod, einzusetzen. Trotz aller Schwierigkeiten dürfen gerade Christen nicht resignieren. Für sie darf es keinen Rückzug aus der Politik geben, wenn sie nicht jenen das Feld überlassen wollen, die auf das Recht des Stärkeren, d.h. das Gesetz des Dschungels pochen. Alle Kräfte, die zum Schutz des Lebens entschlossen sind, sollten ihre Kräfte nicht in nutzlosen Richtungskämpfen verzetteln, sondern sich zur Aktionseinheit zusammenschließen. Denn die ehrlichsten Bemühungen, das Bewußtsein von der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens zu wecken und im Gewissen der Mitbürger unauslöschlich zu verankern, verpuffen wirkungslos, wenn es nicht gelingt, eine politische Mehrheit für den rechtsstaatlichen Schutz des Lebens zu finden. Alle Menschen guten Willens, unbeschadet ihrer persönlichen politischen Einstellung, sollten sich darum bemühen, „sittlichen Wertvorstellungen von allgemeiner Gültigkeit Gehör zu verschaffen und damit einer Selbstzerstörung von Gesellschaft und Staat zu wehren, die unvermeidlich aus dem Verzicht auf ei-

nen Grundbestand an sittlichen Überzeugungen als verbindlicher Norm für die Gesellschaft und für die Gesetzgebung des Staates folgen würde“.²¹⁾

Anmerkungen:

- 1) ibw journal, Zeitschrift des Deutschen Instituts für Bildung und Wissen, Mai 1985, S. 17.
- 2) Christ und Zukunft, 1/1985, S. 276 f.
- 3) Katholischer Berufsverband für Pflegeberufe, Mitteilungsblatt Februar 1986, S. 7.
- 4) Aktion Leben, Faltblatt: Leben oder Tod, o.J., S. 3. — Leider gibt die Aktion Leben eine Reihe von Faltblättern mit sehr informativem Inhalt heraus, ohne Datum. Interessenten wenden sich bitte an die Aktion Leben e.V., Hohbergstr. 38, 6941 Abtsteinach/Odw.
- 5) a.a.O., S. 2.
- 6) a.a.O., S. 2.
- 7) Zitiert nach der Dokumentation von W. Pietrek, Auseinandersetzungen um die „Abtreibungsklinik“ Lindenfels, S. 73 f. Ohne Erscheinungsort und -jahr.
- 8) a.a.O., S. 74.
- 9) Christ und Zukunft, Weihnachten 1984.
- 10) a.a.O., Weihnachten 1984.
- 11) Aktion Leben, Faltblatt.
- 12) FAZ-Magazin vom 22.7.1983.
- 13) ???
- 14) Kurt Pollak, Die Jünger des Hippokrates, Düsseldorf 1963, S. 128 f.
- 15) a.a.O., S. 387 f.
- 16) Theologisches, August 1984, Sp. 5945 f.
- 17) idu, Nr. 7/86.
- 18) idea Nr. 14/86 vom 17.2.86.
- 19) Theologisches, Januar 1986, Sp. 6847 f.
- 20) ASZ vom 28.3.86.
- 21) Das Gesetz des Staates und die sittliche Ordnung, Trier 1970, S. 6.

Presse

Zweite Jahrestagung der konfessionellen Presse
28. Sept. bis 1. Oktober 1987 in Hannover

Helmut Fettweis

Die diesjährige Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft katholische Presse (AkP) fand zusammen mit der Versammlung des Fachbereichs Zeitschriften im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. statt.

Diese Tagung machte in ungewöhnlicher Weise deutlich, daß die konfessionelle Presse — ob katholisch oder evangelisch — von gleichen Sorgen geplagt ist. Aber — auch das wurde deutlich — sie ist getragen aus dem Glauben an den gleichen Herren und Erlöser Jesus Christus.

Das Thema hieß: Aufgaben christlicher Publizistik in unserer Gesellschaft — Ihr Stellenwert heute. Die Arbeit wurde bewältigt in vier Arbeitsgruppen und in zwei bzw. drei Hauptveranstaltungen.

Die Stadt Hannover bot Gastlichkeit und die Voraussetzungen für ein gutes Tagungsklima. Nun muß man natürlich bedenken, daß Hannover eine spröde Stadt ist. Sie erschließt sich den Fremden erst im zweiten Anlauf.

Um so überraschter waren die Gäste aus nah und fern, daß sie am Ende der Tagung eigentlich eine Fülle von Höhepunkten aufzählen konnten.

Den Auftakt bildete bereits der Empfang durch die Landesregierung. Der Gastgeber, Kultusminister Prof. Dr. Wolfgang Knies, brachte in seiner Begrüßung bereits die Sprache auf die Probleme, die sich der christlichen Presse stellen.

Erster Höhepunkt war dann zweifellos die Hauptveranstaltung, die durch den Besuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ausgezeichnet wurde.

Auf das in Diktion und Inhalt — obwohl gegen einzelne Thesen durchaus Vorbehalte angemeldet wurden — großartige Referat von Prof. Dr. Eugen Biser, München — „Christliche Publizistik zwischen Ethik und Konsum“ — folgte eine Begrüßung durch den Bundespräsidenten, die zwar näher am realen Geschehen orientiert war, aber einen tiefen Bezug zu den Worten seines Vorredners herstellte.

Ein weiterer „Glanzpunkt“ war dann der ökumenische Gottesdienst, den Landesbischof Dr. Eduard Lohse und Bischof Dr. Josef Homeyer hielten. Die Auslegung von Lesung und Evangelium durch die Bischöfe beeindruckte durch das Erlebnis der gemeinsamen Orientierung am Wort Gottes. Das Wort — den Menschen anvertraut! Im gemeinsamen Vaterunser und in den ausgesuchten gemeinsamen Liedern wurde in der Marktkirche eine Ökumene deutlich, die Sehnsucht nach der einen Kirche weckte. Sehr einfühlsam unterstrich der Organist Herr Manfred Brandstetter mit seinem meisterlichen Orgelspiel diese Gedanken.

Und dennoch wurde dem Berichtler wiederum so sehr schmerzlich bewußt, daß die Eucharistie — Symbol des Opfers und der Auferstehung Christi — und in der Wandlung „Sein Leib“ — fehlte — leider noch fehlen mußte. Dieses Kernstück einer katholischen Messe ist eben etwas, das der Verfügung des Menschen entzogen ist. Wort und Auslegung sind dem Menschen anvertraut, das Geheimnis der Wandlung von Brot und Wein in Christi Fleisch und Blut liegen allein in Gottes Hand. Daher ist es ja auch so unerlässlich, daß die Wandlungsworte keiner persönlichen Veränderung oder gar Willkür anheimgegeben werden dürfen. Und nur in Christi Nachfolge und Auftrag kann das Wunder nachvollzogen werden. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß Ministerpräsident Ernst Albrecht still in den Gottesdienst kam, Beter unter Gläubigen. Er war auch beim Abendessen bei uns, lehnte aber einen Vortrag ab, da er als Hörer unter uns weilen wollte.

Der nächste Höhepunkt war dann der kurze Bericht von Sr. Emmanuelle Cinquin. Diese Ordensfrau, die als Mutter der Müllkinder von Kairo bekannt geworden ist, berichtete in ausdrucksstarkem, gepflegtem Französisch über ihre Arbeit. Ihre Aussage gipfelte in dem Bekenntnis, Christus rief mich — und ich folgte.

Wenn man den Lebensweg dieser feurigen 79jährigen Französin verfolgt, dann muß man diese Aussage sehr ernst nehmen.

Sr. Emmanuelle war Lehrerin für französische Sprache. In einem Alter, da sich andere zur Ruhe setzen — mit 62 — begann sie ihr Werk. Aber sie brachte nicht nur Lebensmittel oder Kleidung. Sie verlangte von ihren Schützlingen Mittun. Lernen in der Schule, Nähkurse und andere Arbeiten waren der Weg zur Lebenshilfe. Inzwischen dehnt sie ihre segensreiche Tätigkeit in den Sudan aus. Völlig unbefangen berichtete sie, daß der Herr sie morgen abberufen könne, es seien genügend Schwestern da, um das Werk — nicht *ihr* Werk — fortzusetzen. Eine imponierende Frau. Man sollte ihr Werk unterstützen.

Auch die evangelischen Publizisten, die dieser Veranstaltung der AkP auf Einladung in größerer Zahl gefolgt waren, konnten sich dem Geheimnis des Wirkens dieser Frau nicht entziehen.

Und wieder werden Gedanken wach an große Frauen in unserer Kirche, Hildegard von Bingen, Katharina von Siena usw. (vgl. S. 14). Nicht zuletzt ist auch Sr. Emmanuelle ein Beispiel für die Hineingabe in den Willen Gottes, das einst Maria so schlicht und vollständig in ihrem „fiat“ — mir geschehe — gesprochen hat. Frau in der Kirche!

Die abschließende Begegnung mit der Bischofsstadt Hildesheim — dem Dom und der Michaelskirche — brachte dann noch einmal die Gedanken hin zu dem Thema dieser Tagung: Aufgaben christlicher Publizistik in unserer Gesellschaft.

Wir „Schreiber“ haben die Aufgabe, das Wort unserer Hirten als Verdeutlichung des Wortes Gottes zu den Gläubigen zu transportieren. Wir haben aber auch die Aufgabe, die Probleme und Sorgen der Gesellschaft den Hirten zu sagen, damit sie Antworten aus dem Glauben zu geben in der Lage sind.

Viele Dinge wurden dann im Ablauf der Tagung noch angeschnitten. Manche Tageordnungspunkte mußten erledigt werden. Aber eines wurde deutlich, es gibt keine andere Möglichkeit, als sich um das Wort des Herrn — des einzigen Herrn — zu mühen. Die Kirche ist dazu mit allen Gliedern gefordert. In der Sendung gibt es keinen Unterschied, aber in der Zuteilung der Aufgaben sind Unterschiede deutlich. Im Vertrauen auf den, der sich als den Weg — den einzigen — bezeichnete, wird jene Hoffnung Realität, die im Glauben an Sein Wort begründet ist.

Um Frieden und Gesellschaft

Dienst für den Frieden — Eine Klarstellung und Argumente

zur Auseinandersetzung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) mit Positionen der „katholischen Friedensbewegung“

Helmut P. Jermer

Stein des Anstoßes

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) verfolgt mit zunehmender Sorge die Diskussion, die der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) seit einiger Zeit um die „Dienste für den Frieden“ führt. Im November 1985 legte der BDKJ-Bundesvorstand eine Dokumentation über den Stand der Meinungsbildung zu diesem Thema vor, in der die Katholische Junge Gemeinde (KJG) mit einer radikalpazifistischen Position die ethischen Fundamente bundesdeutscher Sicherheitspolitik in Frage zu stellen versucht.

Mit der „Feuersteiner Erklärung“ vom November 1986 hat PAX CHRISTI (PC) — nach ihrem Selbstverständnis (internationale) katholische Friedensbewegung — nun den Bogen überspannt. PC fordert mit diesem Papier uns Soldaten unter der Überschrift: „Gewaltfrei widerstehen — Kriegsdienste verweigern — Abschreckung überwinden“ auf eine bisher nicht erlebte Weise heraus.

Einspruch

Wir katholischen Soldaten wehren uns gegen die Behauptung, wir beteiligten uns an einem Drohsystem, „das die permanente Aufrüstung vorantreibt, die Kriegswahrscheinlichkeit erhöht und der Forderung von Gerechtigkeit entgegensteht“.

Wir halten es für unerträglich und anmaßend, wenn PC glaubt, sie könne einer durch demokratische Willensbildung bestätigten Politik der Kriegsverhütung durch Abschreckung jegliche Legitimation absprechen.

Wir sehen in der Forderung, jeder Soldat und Reservist müsse sich fragen, wie er seinen Dienst als „Ausführungshelfer dieses in sich unverantwortbaren Abschreckungssystems“ verantworten könne, eine subtile und unverfrorene Form von Wehrkraftersetzung.

Wir halten es für eine Dreistigkeit besonderer Art, wenn schließlich Wehrpflichtigen, aber nicht nur ihnen, angetragen wird, ihre Bereitschaft zur Verteidigung von Recht und Freiheit noch einmal zu überdenken. Das heißt doch im Klartext, sie hätten ihr Gelöbnis, wir hätten unseren Eid ohne Berufung auf das Gewissen, ohne moralisches Bedenken dahingeklappert.

Wir wenden uns gegen die Aufdringlichkeit, die „Kriegsdienstverweigerung als eine heute ethisch gebotene (!) Handlungsweise“ zum kategorischen Imperativ zu erheben.

Betroffen, aber nicht getroffen

Nicht nur PC und der BDKJ, sondern auch und gerade wir Soldaten machen uns Sorgen über mögliche Kriegsgefahren. Während sich die „katholische Friedensbewegung“ in ihren Papieren mit einer meist pauschalen, oft eindimensionalen Kritik beschäftigt, die sich an bedauerlichen Symptomen aufhält, fragen wir nach den eigentlichen Ursachen des Unfriedens und klagen diese laut und deutlich an, weil wir nicht die Absicht haben, um des „lieben Friedens“ willen klein beizugeben. Wir entscheiden uns im Zweifelsfalle für Freiheit und Menschenwürde.

Konkret: PC kritisiert das Symptom Rüstung, geht aber nicht auf dessen Ursachen ein. Dieser Mangel führt zu falschen Prämissen, diese wiederum zu wirklichkeitsfernen Folgerungen und schließlich zu falschen Verdächtigungen, entstehenden Interpretationen und bösen Unterstellungen, womit sich der Teufelskreis schließt.

So begegnet uns ein aus einer naiven Weltsicht geborenes neues Pharisäertum, das offensichtlich beabsichtigt, uns Christen in der Bundeswehr die Ehre abzuschneiden, frei nach dem Evangelisten Lukas (18, 11): „Gott, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie jene Soldaten...“.

Verstehen, aber nicht entschuldigen

Allerdings verstehen wir, wenn sich Bürger, gerade Jugendliche, durch die Fülle von Daten, Fakten und Hintergründen des so schwierigen und umfangreichen Problemfeldes Sicherheitspolitik überfordert und den einen Zusammenhang oder die andere Abhängigkeit mangels Wissens oder Erfahrung nicht nachzuvollziehen in der Lage sehen. Angesichts dieser Schwierigkeiten haben wir jedoch keinen Anlaß, einer Akzeptanzkrise oder gar einem Legitimationsdefizit unserer Sicherheitspolitik das Wort zu reden, wenn in der Dokumentation des BDKJ die für unser Land und seine Verbündeten geltende Sicherheits- und Friedenspolitik mitunter entstellt und mißinterpretiert wird. Keine Entschuldigung haben wir allerdings für offen oder zwischen den Zeilen versteckte Unterstellungen und Verleumdungen.

Christ und Soldat — unsere Position

Wir sind Soldaten, die sich zum katholischen Glauben bekennen, die sich in ihrer Kirche geborgen fühlen und die mit ihrer Entscheidung für die Bundeswehr zugleich eine Verpflichtung gegenüber Staat und Gesellschaft eingegangen sind, die sich also bewußt in das Spannungsfeld zwischen christlichen Imperativen und weltlichen Ansprüchen hineinbegeben haben.

In der katholischen Kirche ist das Problem Frieden immer ein Thema gewesen, wie schon allein ihre hochentwickelte Friedensethik belegt. Neue und neueste Dokumente geben katholischen Christen, die sich in ihrer Kirche und in der Welt von heute engagieren, wichtige Denkanstöße und Orientierungshilfen, wie sowohl der Einzelne als auch die Gesellschaft als ganze den „Prozeß Frieden“ voranbringen könnten.

Unser ethisches „Koordinatensystem“

Um unsere Position in der sicherheits- und friedenspolitischen Diskussion deutlich zu machen, nehmen wir einige Gedanken aus der katholischen Soziallehre auf und konzentrieren uns dabei auf das Konzilsdokument „Gaudium et Spes“ (GS) sowie auf das Wort der Deutschen Bischofskonferenz „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (GsF). Dort steht, was wir für richtig halten und was für PC und manchen Jugendverband im BDKJ auch gelten mußte: „Allerdings — der Krieg ist nicht aus der Welt geschafft. . . Die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen. . . Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (GS, Nr. 79)

Die deutsche Bischofskonferenz hat diese Gedanken übernommen und bekräftigt: „Wenn und solange die Sicherheitspolitik ethisch zulässige, ja verpflichtende Ziele — Verhinderung des Krieges, Verteidigung der sittlich-politischen Wertordnung gegen totalitäre Bedrohung, Ermöglichung von Abrüstung — verfolgt und sich dabei ethisch annehmbarer Methoden und Mittel bedient, ist der Dienst des Soldaten unverzichtbar und ethisch gerechtfertigt. . . Der Soldat trägt selbst durch ein waches Bewußtsein seiner moralischen Verantwortung zum Dienst am Frieden bei.“ (GsF, S. 69f)

Und im Februar 1987 aktualisiert der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, in einer Predigt diese Passage aus dem Hirtenwort von 1983, indem er feststellt: „Die Aussagen des Konzils und des Papstes zeigen, daß diejenigen nicht im Sinne der Kirche sprechen, die den Dienst des Soldaten als unmoralisch hinstellen.“

Katholische Christen in der Bundeswehr orientieren sich an den von ihrer Kirche vorgegebenen ethischen Forderungen. Als Staatsbürger in Uniform verfolgen sie sicherheitspolitische Entwicklungen gerade im Hinblick auf ihre friedensstabilisierende und -fördernde Wirkung.

Unser Friedensverständnis

Nach unserem Verständnis ist Frieden weniger ein Zustand als vielmehr ein Prozeß. Entwicklung und Frieden sind miteinander verbunden: Entwicklung alles Konstruktiv-Heilsamen (Shalom). — Wer glaubt, sich mit dem „Nicht-Kriegs-Zustand“ abfinden zu dürfen, macht sich mindestens einer Unterlassungssünde schuldig, oder anders: der seit 1945 in Europa vorherrschende Waffenstillstand ist natürlich entwicklungsbedürftig, aber dank unserer Verfassung auch entwicklungsfähig!

Wenn Menschen in Freiheit leben dürfen, wenn sie nach Gerechtigkeit streben, indem sie sich für das rechte Maß sensibilisieren, und wenn sie sich in Solidarität üben und der eine des anderen Last mitzutragen bereit ist, dann wird Frieden einkehren. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durchdringen als Grundwerte unsere Verfassung, damit also auch jene Gerechtigkeit, die Frieden schafft.

Glaube und Friedenspolitik

Jeder Christ sieht sich auf vielfältige Weise herausgefordert, im Geiste der Brüderlichkeit alles zu überwinden, was dem Menschen und der (politischen) Gemeinschaft, in der er lebt, schadet. Wir halten die Sicherheitspolitik, in deren Dienst wir stehen, für friedenspolitisch besonders wirksam. Sie stellt sich zwei wesentliche Aufgaben: den Frieden sichern, indem sie alles Böse, Bedrohliche und Anfeindende abweist — und den Frieden mit all denen fördern, die mit uns nach einer gerechteren und damit friedlicheren Welt suchen! So schließt sich für uns der Kreis zum Konstruktiven.

Sicherheitspolitische Bedenken

Jeder geschichtsbewußte und sich politisch verantwortlich führende Bürger sieht gerade als Christ und Soldat seinen Sinn für die Wirklichkeit in besonderer Weise herausgefordert. Durch kein anderes Land dieser Erde geht eine so unmenschlich-grotesk-anachronistische Grenze wie durch Deutschland. Diese mitten durch unser Land gezogene künstliche und willkürliche Grenze trennt nicht nur unser Volk, sondern auch Welten. Und sie grenzt nicht nur ab — das kleinere Übel —, sondern vor allem aus — das große Übel. Unser Mitgefühl gilt den Menschen, die deswegen leiden, weil sie von Staats wegen um ihre Freiheit gebracht werden. Nicht gegen sie haben wir etwas, sondern gegen Terrorregime, die ihre Macht zur Unterdrückung von Menschen, die als Geschöpfe Gottes eine unveräußerliche Würde in sich tragen, mißbrauchen.

Die Bedrohung

Wir sehen uns, so haben es auch die Bischöfe aufgenommen (GsF, S. 49), „vor allem zwei drohenden Gefahren gegenüber: der Bedrohung der Freiheit von Nationen und deren Bürgern durch totalitäre Systeme, die in ihrem Herrschaftsbereich elementare Menschenrechte außer acht lassen und die außerdem versucht sein könnten, ihre Macht zur Expansion oder zur politischen Einflußnahme und Erpressung zu nutzen“. Diesen Sachverhalt suchen wir beim BDKJ und in der PC-Erklärung vergebens, wenngleich er Antwort auf die Frage nach der Ursache der Bedrohung des Friedens in Europa und anderswo gibt. „Zum anderen (stehen wir unter) der Bedrohung durch eine Rüstungseskalation mit einer ungeheuren Anhäufung nuklearer und konventioneller Waffen, die eines Tages, wie viele fürchten, in die Katastrophe eines Krieges führen könnte. Beiden Gefahren ist gleichzeitig zu begegnen, und zwar vor allem mit politischen Mitteln.“ — Nach unserem Verständnis ist die hier kritisierte Rüstungsdynamik aber nicht Ursache, sondern ein Symptom, das sich aus der erstgenannten Gefahr, dem Totalitarismus, entwickelt hat.

Unsere Antwort — eine dynamische Komplementaritätsformel

Die NATO hat ihre Antwort auf diese Bedrohung bereits im Jahre 1967 im „Harmel-Report“ formuliert: „Die Atlantische Allianz hat zwei Hauptfunktionen. Die erste besteht darin, eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität aufrechtzuerhalten,

um gegenüber Aggressionen und anderen Formen der Druckanwendung abschreckend zu wirken und das Gebiet der Mitgliedschaft zu verteidigen. (Die zweite) ... die weitere Suche nach Fortschritten in Richtung auf dauerhafte Beziehungen, mit deren Hilfe die grundlegenden politischen Fragen gelöst werden können. Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.“

Dieser Harmel-Report, ein Dokument sicherheitspolitischer Klugheit und friedenspolitischer Weitsicht, wird von uns wie folgt interpretiert: Allem, was uns bedroht, was unsere Staats- und Gesellschaftsordnung (von außen) stören oder gefährden könnte, begegnen wir mit einer ausreichenden Fähigkeit zur Verteidigung und einem für diesen Zweck hinlänglichen Rüstungspotential (soviel wie nötig); mit allen, die für eine konstruktive und harmonische Friedensordnung eintreten, bemühen wir uns um Entspannung, die wir als Synonym für Vertrauensbildung, Gewaltverzicht, Annäherung, Versöhnung, Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung etc. begreifen (soviel wie möglich!). Eine so verstandene Entspannungspolitik ist Friedensförderung im politisch weiteren Sinne.

Unsere Politik ist sowohl im Bereich der Friedenssicherung als auch der Friedensförderung dynamisch und kann sich auf die jeweilige politische Lage konstruktiv einstellen. Sie hat die Aufgabe, das bisher Erreichte zu sichern — nicht im Sinne von „konservieren“, sondern von „hegen, pflegen“ — und somit überhaupt erst einer Politik der Friedensgestaltung/-förderung eine Chance zu geben. Wir wollen das eine tun, ohne das andere zu unterlassen!

Unter dem Primat der Politik

Entspannung kann aber nur gelingen, wenn mit der Bundeswehr als Instrument der Sicherheitspolitik unter dem Primat der Politik die bisher erreichte Qualität des Friedens gesichert und damit, aber nicht nur damit, die Voraussetzung zur Selbstbestimmung unseres Volkes geschaffen wird, indem wir unseren Willen zur Selbstbehauptung täglich demonstrieren. Es hieße den von vielen gewünschten Entspannungsbemühungen und damit der Friedensförderung einen Bärendienst erweisen, wenn die bisher erreichten kriegsverhindernden Wirkungen geringgeachtet würden und leichtsinniger-, ja dummerweise aufs Spiel gesetzt würden.

Mit einer in diesem Sinne doppelten Sicherheit, bei der sich Verteidigungs- und Entspannungsbemühungen ergänzen, verfolgt die NATO eine dynamische Übergangsstrategie von der Konfrontation zur Kooperation, die von ihrer Anlage her so lange gelten mag, wie das Bündnis sich einer militärischen Bedrohung ausgesetzt und sich durch seinem Welt- und Menschenbild widerstrebende Ideologien herausgefordert sieht. Darin liegt die unbestechliche Logik unserer Sicherheitspolitik, daß sie mit ihren beiden Komponenten sowohl das Störende und Gefährdende berücksichtigt als auch für das Konstruktive und Harmonisierende eintritt.

Die Philosophie der Abschreckung

PC und BDKJ kritisieren Geist, Logik und Praxis der Abschreckung. Wir Soldaten fragen uns allerdings, ob die Kritiker das gleiche unter Abschreckung verstehen wie wir und diejenigen, die in der NATO ihre Implementierung definieren und interpretieren.

Mit Abschreckung verbinden wir zunächst keine Drohung. Vielmehr machen wir deutlich, daß wir im Frieden in unserer selbst gewählten Ordnung leben wollen. Erst dann, wenn wir eine Bedrohung unserer freiheitlich verfaßten und demokratisch angelegten Ordnung wahrnehmen, signalisieren wir dem Aggressor, daß wir uns zu wehren wissen. Wir sehen also in der Philosophie der Abschreckung keine politisch-psychologische Doktrin um ihrer selbst willen, sondern ein Mittel der Friedenssicherung.

Abraten im guten Sinne

In einer Zeit, die den Krieg hoffentlich — wenn auch bisher leider nur regional — überlebt hat und in der vernünftige und verantwortungsbewußte Menschen erkannt haben, daß sich Konflikte nicht mit Soldaten und Waffen lösen lassen, kann doch Abschreckung — und um deren psychologische Wirkung geht es hier — nur bedeuten, dem ideologischen Gegner den auch in seinem Interesse gutgemeinten Rat zu geben, uns in unserer freigeählten politischen Ordnung in Frieden leben zu lassen und sich niemals zu unserem militärischen Feind zu machen.

In diesem Zusammenhang fragen wir uns allerdings, ob der Terminus „Abschreckung“ in der Perzeption sowohl beim Gegner als auch bei bestimmten Gruppen unserer Bevölkerung — auch und gerade bei der „Friedensbewegung“ — so verstanden wird, wie er gemeint ist. Wir wollen nämlich an die Vernunft des Gegners appellieren und nicht Angstgefühle bei ihm auslösen, die ihn möglicherweise zu Fehleinschätzungen oder gar Fehlreaktionen verleiten könnten. Deshalb meinen wir, daß der im Französischen gebräuchliche Begriff „Abraten“ (la dissuasion) auch im diplomatischen Sinne „den Nagel auf den Kopf träfe“.

Unsere defensive Militärstrategie

Im Unterschied zu Clausewitz, der unter Strategie noch die „Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges“ verstand, fragen wir heute: Wie nutzt ein Staat oder ein Staatenbündnis seine ideellen, personellen und materiellen Kräfte, um einen Krieg zu verhindern oder, falls dieses Bemühen scheitert, ihn schnellstens zu beenden?

Solange die UdSSR an ihrem Sicherheitsverständnis, nämlich allein stärker zu sein als alle, die sie als Feinde des Sozialismus betrachtet, festhält, solange sie ihre und ihrer Verbündeten nationale Verteidigung auf das Territorium des Gegners zu verlagern gedenkt, schafft sie mit dieser Angriff-ist-die-beste-Verteidigungs-Mentalität mehr Probleme, als durch Gespräche, Verhandlungen oder Verträge gelöst werden können.

Die Atlantische Allianz gibt mit der „Flexible Response“ die nach ihrer Meinung angemessene Antwort auf die militärische Bedrohung des Warschauer Pakts im allgemeinen und auf seine Militärdoktrin im besonderen. Sie reagiert auf seine Strategie und Taktik, auf die Fähigkeiten der Truppen des östlichen Militärbündnisses, richtet danach ihre Optionen aus und bemüht sich in diesem Sinne um ein ausgewogenes Kräfteverhältnis.

Was wir für unsere Landesverteidigung als notwendig erachten, ergibt sich aus dem Bedrohungspotential, das der politische Gegner besitzt. Wir stellen dieser militärischen Bedrohung aber nicht eine phantasielose spiegelbildliche (Gegen-)Drohung gegenüber, sondern eine auf reine Verteidigung zugeschnittene Antwort, eben eine „Flexible Response“.

Der defensive Ansatz der militärstrategischen Konzeption der NATO wird also in mehrfacher Hinsicht deutlich: Reaktion, Angemessenheit, Kriegsverhütung, Kriegsbeendigung/Schadensbegrenzung!

Das Gespenst der Offensivfähigkeit

Als Soldaten wissen wir, daß die Bundeswehr weder angriffs- noch invasionsfähig ist. Weder ihre Struktur noch ihre Bewaffnung und Ausrüstung, noch die Ausbildung ihrer Soldaten und schon gar nicht deren Einstellung — und dies wäre ein wichtiges Indiz — sind auf Offensive ausgerichtet.

Allerdings werden wir im Falle einer gegen uns gerichteten Aggression nicht mitansehen, wie unser Land zum Schlacht- und Trümmerfeld wird. Vielmehr halten wir uns im Bündnis Optionen offen, dem Angreifer unannehmbaren Schaden auf seinem eigenen Territorium anzudrohen. Wir werden zu verhindern wissen, daß sich die einem ersten Ansturm folgenden Kräfte entfalten können, um ihren uns aufgezwungenen Krieg nachzufüttern. Nur in diesem Zusammenhang geben die FOFA-Pläne (und das Airland-Battle-Konzept der US-Army) einen Sinn. Beide Konzepte bringen keine neue Strategie mit sich, sondern wirken sich lediglich auf die operativ-taktische Gefechtsführung aus. Der Verzicht auf Möglichkeiten, die solche und ähnliche Konzepte eröffnen, würde die gewünschte Abschreckungswirkung untergraben.

Zur Ambivalenz der Abschreckung

Das westliche Bündnis unterscheidet zwischen zwei Funktionen der Abschreckung: Sollte die Politik der Kriegsverhinderung nicht mehr greifen, müßte sie sofort um die Strategie der Kriegsbeendigung erweitert werden, um alsbald den Frieden und mit ihm den Status quo ante wieder herzustellen.

Um also einem möglichen Aggressor schon heute deutlich machen zu können, daß ihm ein Angriff in jedem Falle mehr Schaden als Nutzen einbrächte, muß die NATO entsprechende Möglichkeiten bereithalten. Sie muß jeden Krieg niederkämpfen, also Krieg mit diesem Ziel führen können. Dazu muß sie die Methoden und Mittel ihrer Reaktion frei wählen und wohllosiert abrufen können, die ihr am besten geeignet erscheinen, dem ver-

brecherischen Treiben so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten und Schaden soweit wie möglich zu begrenzen.

Wir sehen darin den besten Schutz vor Massenvernichtung und betonen ausdrücklich, daß unsere Strategie keine Automatismen in sich birgt, zumal wir an einer Apokalypse nicht interessiert sein können, geht es uns doch um Verteidigung und nicht um Zerstörung.

Uns ist bewußt, daß diese Strategie mit der zu ihr passenden Rüstung ein zweischneidiges Schwert darstellt: auf der einen Seite Kriegsverhinderung als die von uns allen erwünschte vorrangige und hoffentlich immer überzeugende Funktion des Abratens, auf der anderen Seite schnelle Kriegsbeendigung als hoffentlich nie notwendige Funktion des Abschreckens.

Krieg im nuklearen Zeitalter

Weil wir wissen, daß ein Krieg im nuklearen Zeitalter an die Substanz der Schöpfung gehen könnte und daß ein umfassender Atomkrieg praktisch nicht gewonnen werden kann, ist der Einsatz nuklearer Waffen auf den äußersten Notfall begrenzt. Atomwaffen taugen weniger für das Gefechtsfeld als vielmehr im Sinne einer ultima ratio dazu, auf den Willen des Angreifers einzuwirken, ihn zur Kriegsbeendigung zu veranlassen. Die von uns eingeübte Verteidigung darf allerdings „nur“ Mittel zum Zweck des Schutzes unserer Ordnung, nicht aber Selbstzweck sein. Insofern heiligt auch dieser von uns so hochgeschätzte Zweck nicht jedes Mittel, denn um der zu schützenden Güter willen können wir nur auf Gedeih (Kriegsbeendigung), nicht aber auf Verderb (Apokalypse) Opfer im Sinne des kleineren Übels verantworten.

Vom Wandel der Strategie

In der „Flexible Response“ sehen wir eine fortschreibungsfähige Strategie, die wir auch deshalb ethisch rechtfertigen können, weil sie drei Bedingungen erfüllt, die ihren defensiven Charakter unterstreichen: Hinlänglichkeit der Kräfte (keine Aufrechnung Mann gegen Mann, Waffensystem gegen Waffensystem, keine Überlegenheit/keine Überrüstung); Begrenztheit der Ziele (nur militärische, strategisch und taktisch bedeutsame Ziele zum Zwecke der Verteidigung); Verhältnismäßigkeit der Mittel (angemessene Reaktion, weder Apokalypse noch Kapitulation).

Diese Strategie weist uns den Weg, der vom Vergeltungs-, Zerstörungs- und Vernichtungsdenken der einstigen „massiven Vergeltung“ weg- und zum Verhinderungsdenken hin- führt, was uns eines Tages die Möglichkeit eröffnen dürfte, Massenvernichtungswaffen um ihre Wirkung zu bringen und damit sinnlos werden zu lassen.

Das drängende „Noch“

Solange aber betrachten wir Nuklearwaffen als einen Appell an die Vernunft. Die so erwünschte psychologische Wirkung möge die politisch Verantwortlichen zu der Einsicht bringen, daß Atomwaffen als politische Mittel nicht zu militärischen Zwecken miß-

braucht werden dürfen. Auf diese Weise rät unsere Strategie von jedem Angriff ab. Noch — und dieses „Noch“ ist ein zeitliches und ein konditionales — bleibt uns nichts anderes übrig, als mit der „hässlichen Krücke“ (General Altenburg) der Nuklearwaffen den Umweg der Abschreckung zu gehen und die Spannung zwischen Kapitulation und Zerstörung auszuhalten.

Die drei Kriterien der katholischen Bischöfe

Die militärstrategische Konzeption der NATO und die um ihrer Glaubwürdigkeit willen bereitgehaltene Rüstung erfüllen die von den Bischöfen aufgestellten Kriterien. Wir katholischen Soldaten begrüßen diese qualifizierten Aussagen der deutschen Bischöfe, die Philosophie der Abschreckung dauernd kritisch zu hinterfragen und jede Rüstungsmaßnahme an den folgenden Kriterien zu messen:

- (1) „Bereits bestehende oder geplante militärische Mittel dürfen Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen.“
- (2) „Nur solche und so viele militärische Mittel dürfen bereitgestellt werden, wie zum Zweck der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind.“
- (3) „Alle militärischen Mittel müssen mit wirksamer beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbar sein.“

Wir drängen nicht nur auf politische, sondern auch auf technologische Lösungen, die einen Austausch der Offensiv- durch Defensiv-Systeme ermöglichen, damit wir, je früher um so besser, die Option hätten, in einem Krieg nicht mehr Waffen gegen Menschen, sondern nur noch Waffen gegen Waffen einsetzen zu müssen.

Ächtung des Krieges

Angesichts des Zerstörungspotentials der modernen Rüstungen, insbesondere der wissenschaftlichen Waffen, sieht unser Land und mit ihm das westliche Bündnis im Angriffskrieg kein Mittel mehr, den politischen Verkehr (mangels Phantasie) nicht fortzusetzen.

Im Atomzeitalter herrschen andere Bedingungen als zu Clausewitz' Zeiten, der heute wahrscheinlich „Vom Frieden“ und nicht „Vom Kriege“ schreiben würde. Seine Lehren gelten nach wie vor, müssen aber vor den veränderten Verhältnissen neu interpretiert werden. Zu seiner Zeit waren Kriege Mittel für den Souverän, seinen Willen durchzusetzen und damit eben Mittel seiner Politik; er konnte auf Sieg setzen. Heute gibt es den Sieg im klassischen Sinne nicht mehr. Der sich in der Rolle des Siegers Wahnende hätte mehr Schaden als Nutzen.

Mit dem in unserer Verfassung verankerten Friedensgebot und besonders deutlich mit dem Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges im Artikel 26GG dokumentieren wir, daß wir Lehren aus der Geschichte gezogen haben. Würden uns alle Völker bzw. Regierungen in dieser Einsicht folgen, gäbe es keinen Krieg mehr!

Militärische Gewalt zur Friedenssicherung

Wenn alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten im zwischenstaatlichen Verkehr versagt haben, wenn die Vernunft des ideologischen Gegners von aggressiven Plänen verdrängt ist, gibt es für uns keinen anderen Weg, als dieser akut gewordenen Gefahr unsere militärische Macht gegenüberzustellen — oder unsere Ohn-Macht zu demonstrieren, was einer Kapitulation gleichkäme. Da letzteres für uns keine Alternative darstellt, bekennen wir uns zur Landesverteidigung und sehen in ihr nicht nur ein notwendiges, sondern erst recht ein moralisch legitimes Mittel zur Sicherung des Friedens in Freiheit.

Schließlich sehen wir in unserer Verteidigungsfähigkeit einen sittlichen Imperativ und ein moralisch legitimes Mittel. Das nationale Notwehr-Recht eines Volkes ist wie das kollektive Notwehr-Recht eines Bündnisses zudem völkerrechtlich verbrieft und eine ethisch hochwertige Verpflichtung, die sich aus der Verantwortung für die Gemeinschaft ableitet. Ein Staat, der die Freiheit und den Frieden seiner Bürger nicht schützen will, verspielt seine Legitimität. Ein einzelner mag auf sein sittlich erlaubtes Recht auf Notwehr verzichten können, der Staat jedoch nicht.

Staatliche Gewalt als Ordnungsmittel

Wir sind der Auffassung, daß Gewalt, auch militärische, an sich nicht grundsätzlich destruktive Züge trägt. Staatliche Gewalt ist notwendig, um den Bürger in seinem Recht zu schützen, ihn aber auch zu seinem und anderer Schutz in Pflicht zu nehmen (z.B. allgemeine Wehrpflicht). Wie anders soll ein Staat dafür sorgen, daß jeder zu seinem und die staatliche Gemeinschaft zu ihrem Recht kommt!

Gewaltenteilung ja — Gewaltlosigkeit nein

Um jeder Willkür und Tyrannei vorzubeugen, wurde die Staatsgewalt nicht einer einzigen Institution oder nur einer Person(engruppe) überantwortet. Der Gesetzgeber (Legislative) nennt die „Spielregeln“, die vollziehende Gewalt (Exekutive) setzt sie durch bzw. sorgt für ihre Einhaltung, und die Rechtsprechung (Judikative) schließlich wacht darüber, daß keine Institution und keine Person(engruppe) sich etwas anmaßt, wozu ihr/ihnen nach Recht und Gesetz die Autorität fehlt. Als Staatsbürger in Uniform akzeptieren wir diese Zusammenhänge und sind stolz darauf, daß wir unseren Rechtsstaat schützen dürfen.

Wir kennen die Imperative der Bergpredigt und sind deshalb für einen verantwortlichen und sparsamen Umgang mit Gewalt: Wer aber die reine Gewaltlosigkeit in dieser unvollkommenen Welt propagiert, handelt nach unserem Ermessen verantwortungslos. Wer Gewaltlosigkeit als ein besonders deutliches Zeichen für Friedensliebe ansieht, „macht die Rechnung ohne den Wirt“.

Allerdings haben auch wir die Vision von einer dereinst befriedeten Welt, in der alle Menschen die Gewalttätigkeit durch tätige Liebe und Solidarität überwunden haben werden.

Dienst für den Frieden

Für diese neue Welt schaffen wir mit unserem Friedensdienst eine wesentliche Voraussetzung, indem wir nämlich das sichern, was bis heute durch unsere Sicherheits- und Friedenspolitik erreicht werden konnte. Darüber hinaus wollen wir mit anderen Menschen guten Willens den Frieden weiterentwickeln.

Soldaten mit einer christlich motivierten Grundeinstellung vermögen allein durch ihre Existenz, aber auch durch gewissenhafte Pflichterfüllung zumindest indirekt Frieden zu stiften. Sind sie doch, gerade im Atomzeitalter, der sichtbare Appell an die Vernunft der politisch Verantwortlichen, den Krieg als Mittel der Politik zu vergessen.

Sie sind das bohrende Gewissen der Völker, Ungerechtigkeit, die durch sie verursachte Not und die durch sie geradezu geförderte destruktive Gewalt endlich zu überwinden, denn Krieg zerstört, Gerechtigkeit aber schafft Frieden.

Regel und Ausnahme

Darstellungen, die implizieren, es gebe eine gesetzlich begründete Wahlfreiheit zwischen dem Friedensdienst mit und einem ohne Waffen, sind falsch.

Der Gesetzgeber und das Bundesverfassungsgericht haben immer wieder deutlich gemacht, daß die allgemeine Wehrpflicht — wie der Terminus sagt — die Regel, das individuelle, für eine Gewissensnotlage eines einzelnen geschaffene Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe und folglich der zu leistende zivile Ersatzdienst — man achte auf den Terminus — die Ausnahme darstelle.

Der Dienstpflicht zum Wohle der staatlichen Gemeinschaft kann sich kein tauglich gemusterter und damit wehrpflichtiger junger Mann entziehen, es sei denn durch Unehrllichkeit, durch Inkaufnahme einer Strafe oder durch Flucht. Deshalb haben wir kein Verständnis für Totalverweigerer.

Hingegen respektieren wir jeden Menschen, der das durch die Verfassung verbrieftete Recht für sich in Anspruch nimmt, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern, und tolerieren seine Entscheidung. Die Bereitschaft zur Verteidigung unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung ist allerdings Voraussetzung dafür, daß einzelne das Recht auf Verweigerung für sich in Anspruch nehmen können.

Wehrdienst aus Gewissensgründen

Gerade durch unseren Dienst als Soldaten sollen die politischen Grundlagen zur freien und friedfertigen Selbstbestimmung geschaffen werden. So kann der jetzt schon erlebbare, aber noch entwicklungsbedürftige Frieden verbessert und erneuert werden. In dem Maße nämlich, wie Spannungsbemühungen gelingen, wird Sicherheitspolitik auch äußerlich zur Friedenspolitik.

Eben weil wir zum einen von der Qualität unserer politischen Ordnung überzeugt sind und zum anderen eine Bedrohung dieser Ordnung nicht hinzunehmen gewillt sind, erklä-

ren wir uns bereit, für das, was wir für verteidigungswert erachten, nach besten Kräften einzustehen, im Bewußtsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen, und setzen damit ein besonders deutliches Zeichen christlichen Friedenshandelns.

Wir geben zu bedenken, daß auch und gerade die Soldaten, die freiwillig und für längere Zeit Wehrdienst leisten, ihr Gewissen nicht nur einmal mit 18 Jahren befragt und geprüft haben dürften.

Ernstfall Frieden

Wir Soldaten wollen uns im Frieden bewähren. Unser erster und eigentlicher Auftrag lautet, Kriege zu verhindern, nicht, sie zu führen. Wir vergleichen uns mit Feuerwehrleuten, die kein Feuer legen, sondern löschen wollen. Diese Bewährung kann ein im Glauben verwurzelter, sittlich gebundener, politisch gebildeter, fachlich kompetenter und gewissenhaft dienender Soldat am besten bestehen.

Uns drängt es nicht danach, im Ernst zu zeigen, was wir gelernt und geübt haben. Wir wollen kämpfen können, damit wir nicht kämpfen müssen. Um der Freiheit und des Friedens willen können und wollen wir diese innere Spannung und scheinbare Widersprüchlichkeit des soldatischen Dienstes aushalten.

Ernte

Reifes Korn, fruchtbeschwert,
neigst dich zur Erde nieder,
wenn die Sonne wiederkehrt,
hört man Schnitterlieder.

Morgen in so manche Not,
in die leeren Hände,
bricht man dieses heil'ge Brot,
daß die Angst sich wende.

Johannes Cofalka

1. Standortbestimmung

Wer den Rechtsstaat im Sinne einer freiheitlich-demokratischen und auf den Grundrechten und Grundwerten ruhenden Rechtsordnung meint, wird auch sogleich den freien Bürger eines freien Landes meinen, der dem Staat dieses Rechts trauen kann und mit seiner persönlichen Entscheidung den Rechtsstaat mitträgt.

Recht und Staat in einem Begriff, das bedeutet, der Staat bindet sich an Rechte, Gesetze und Werte.

Der Staat verfügt über die Ausübung staatlicher Gewalt, aber er gewährleistet auch die Freiheitssicherung der einzelnen und ihrer Vereinigungen, Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit. In der Gewaltenteilung unterwirft sich die staatliche Macht dem Recht, indem sie in drei verschiedene verfassungsmäßige Organe, die legislative, exekutive und judikative Gewalt, aufgeteilt ist, die zugleich kontrollierend und ergänzend wirksam werden. So jedenfalls ist es in der Bundesrepublik.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es in Art. 1 (3): „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“

Die Grundrechte und Grundwerte, wie sie im Grundgesetz verankert wurden, sind Bestandteil der Rechtsordnung, das heißt, objektives Recht. Sie sind aber auch subjektives Recht, von dem jeder Gebrauch machen kann. Art. 93 (4a) GG sagt unmißverständlich, daß jeder, der meint, „durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte ... verletzt zu sein“, das Bundesverfassungsgericht anrufen kann.

Rechtsstaat, wie er zum Inhalt des Grundgesetzes wurde, meint nicht „Herrschaft des Rechts überhaupt — das kann auch im diktatorischen Staat möglich sein —, sondern ein bestimmtes Rechtsdenken, das von der Freiheit des Menschen und der Mäßigung der Staatsgewalt ausgeht“ (Ulrich Scheuner)¹⁾.

Das Grundgesetz spricht in Art. 20 (1) vom demokratischen und sozialen Bundesstaat und im Art. 28 (1) vom republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wobei sowohl gemeint ist, daß „alle Gewalt vom Volke ausgeht“, als auch eine ausgleichende und die Schwächeren stützende Gerechtigkeit (U. Scheuner).

Als Rechtsstaat ist er den Grundrechten verpflichtet und gehalten, die persönliche Freiheit zu achten und zu schützen, als sozialer Rechtsstaat ist er dem Gemeinwohl verpflichtet und muß von den einzelnen Mitverantwortung, aber auch Selbstverantwortung und Verpflichtung gegenüber dem Grundgesetz abverlangen. Der Staat ist nicht gehalten, seinen Bürgern ein unbegrenztes Konsumrecht auf allen Gebieten einschließlich der Bildung ohne Leistung und ohne Bildungsbemühen einzuräumen.

„Nach christlichem Verständnis ist die Staatsgewalt mit dem Staat naturgegeben, und zwar ‚auch gegen den Willen der Bürger‘ (Franz de Vitoria, *Getino II*). Ohne die einheitliche, zum Gemeinwohl hinordnende staatliche Autorität ist die Verwirklichung des Staatszieles unmöglich, ‚da die einzelnen jeweils ihren privaten Vorteilen nachjagen, die häufig im Widerspruch zum Gemeinwohl stehen‘ (Franz Suarez, *De Legibus III*). Da der Staat der höchste Hüter des Gemeinwohls ist, muß seine Gewalt einheitlich, umfassend, souverän und zwingend sein. Es widerspricht freilich dem christlichen Denken, in der staatlichen Souveränität eine innerlich und äußerlich völlig unumschränkte, ja unbegrenzte Macht zu sehen.“ (Kardinal Joseph Höffner, *Christliche Gesellschaftslehre*, S. 253)

2. *Das Wesen des Rechtsstaates*

Der Rechtsstaat unterscheidet sich von jenem Staatswesen, das Recht aus absolutem Machtanspruch und Willkür definiert, durch eine Ordnung des Rechts und der Gerechtigkeit, der sich auch die Staatsgewalt unterordnet.

Recht im Sinne des Rechtsstaates ist nicht zu denken ohne die Rechtsverantwortung gegenüber der Unverletzlichkeit der Person in ihrer individuellen Würde. Diese Rechtsverantwortung ist bereits traditionelles Rechtsbewußtsein. Die Würde der Individualität ist inzwischen zu einem unantastbaren Wert geworden.

Recht muß der Gerechtigkeit und damit der Wahrheit entsprechen. Gerechtigkeit jedoch wird daher, ohne grundlegende und unumstößliche Rechtsnormen übergeordneter Art, der Person, die vor Gott steht, nicht gerecht, weil Gerechtigkeit ohne die eine, verbindliche, übergeordnete, umfassende, offene und verlässliche Seinsnorm der Beliebigkeit unterworfen wird.

Die Grundwerte menschlichen Daseins spielen eine so wichtige Rolle, daß ohne sie auch das Recht nicht ausreichend begründbar wäre.

Die Freiheit des einzelnen in seiner politischen Entscheidungsverantwortung und Entscheidungsmacht ist im demokratischen Rechtsstaat mit der souveränen Willensbildung untrennbar verbunden.

Da in den Rechtsstaat alle eingebunden, vor dem Recht alle gleich sind und niemand sich anmaßen kann, über oder außerhalb des Rechts zu stehen, das Recht selbst aber auch in einer Rangordnung steht und an Grundrechte, Grundwerte, Menschenrechte, Völkerrecht gebunden ist, hat das Volk und mit ihm der einzelne eine durch die Verfassung verbürgte Autorität.

Das Volk überträgt seine Autorität an die von ihm gewählten Träger staatlicher Gewalt, muß aber von der Staatsgewalt im Rahmen der Gewaltenteilung stets Rechenschaft verlangen dürfen. Das Grundgesetz ist im Hinblick auf das Rechtsbewußtsein und die Rechtssicherheit eine bleibende bewundernswerte Leistung derer, die es geschaffen haben.

Die Rechtmäßigkeit des Rechtsstaates zielt auf das Gemeinwohl in Mitverantwortung (Subsidiarität).

Dagegen gilt das Staatsinteresse des Machtstaates, der alle Gewalt in einer Hand vereint wissen möchte, der Festigung und Ausweitung seiner Interessen sowie dem Einfluß und der Wirkung seiner Ideologie und der sie stützenden Macht.

Unsere Verfassung hat mit den natürlichen Grundrechten²⁾, mit den Grundwerten³⁾ und den sozialen Grundrechten⁴⁾ eine objektive Werteordnung⁵⁾ anerkannt, die allgemein verbindlich Mitverantwortung nicht nur entstehen läßt, sondern auch voraussetzt.

Aber nicht nur die Gesetzgebung und auch nicht die Rechtsprechung allein begründen den Rechtsstaat und sein Recht, sondern die „innere Beschaffenheit des Gesetzes“ und des Rechts (R. Marcic).⁶⁾

Die in der Gesellschaft vorhandene Ethik hat auch Auswirkungen auf die Ethik des Rechtsstaates überhaupt.

Öffentliche Meinung, persönliche Willensbildung aus weltanschaulicher Orientierung und -Entscheidung, Gewissen und Urteilsfähigkeit sind unerläßliche Voraussetzungen im „außerstaatlichen“ Raum, da diese inneren Werte ethischer und charakterlicher Art direkt auf das, was den demokratischen Rechtsstaat ausmacht, einwirken. Urteilsfähigkeit, nicht nur politischer Art, und die politische Willensbildung haben so Rückwirkungen auf das geschichtliche Schicksal des Volkes und Staates.

Struktur, Inhalt und Einrichtungen (Materialobjekt), die den formalen Rechtsstaat ermöglichen, sind nicht zufälliger Art. Sie sind in ihrer „Beschaffenheit“ abhängig von der geistigen und ethischen Verfassung derjenigen, die in der politischen Entscheidung und Wahl als der Souverän bezeichnet werden.

3. Der Rechtsstaat aus katholischer Sicht

Wenn Recht den Lebensraum schafft, in dem der einzelne mit seinen Gruppierungen sich in Freiheit und Gewissensentscheidung zu entfalten vermögen, wobei seine Entscheidungen auch auf sein persönliches Schicksal zurückwirken, muß sich das Recht an übergeordneten offenbarten Wahrheiten orientieren.

In diesem durch das Recht geschaffenen Raum sollen sich aber auch Gesellschaft, Kult und Kultur entfalten können. Auch Kirche und das uneingeschränkte Glaubensleben bedürfen dieses Lebensraumes, nicht nur zur Gewährleistung sich entfaltenden Lebens, sondern weil die Glaubenden in einer besonderen Weise diesen Staat und sein Recht stützen.

Das hat Augustinus unbestechlich und klar in seinem Gottesstaat zum Ausdruck gebracht: Ja erst der Christ bildet die ganze Verantwortung gegenüber dem Staat heraus, weil er eben in dem Wissen um das Gebet: „Dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden“, um Gottes Willen Verantwortung trägt.⁷⁾

Die Ordnung des Lebens, wie Augustinus sie als Grundlage kirchlichen und staatlichen Lebens beschrieben und verkündet hat, ruht auf den Fundamenten der Offenbarung.

Das Staatslexikon (katholische Auffassungen) sagt, „daß es ethische Pflicht aller Getauften ist, sich der objektiven Ordnung des übernatürlichen Lebens einzuordnen, daß es ihre urenigste Aufgabe ist, diese Ordnung mitzuverwirklichen. Die Ordnung ist als solche öffentlich-rechtlicher Natur. . .

...Die Wahrung der personellen Rechte und der rechtlichen Ordnungen (Naturrecht) bildet einen integrierenden Bestandteil der kirchlichen Glaubens- und Sittenlehre, wie sie in den Urkunden ihrer Verkündung gegeben ist, und . . . von hier ist es einsichtig, . . . daß die Kirche sich selbst auch als rechtlich verfaßt von Christus, ihrem Herrn, gestiftet bekennt“.⁸⁾

Rechtliche und staatliche Ordnung steht im Zusammenhang übernatürlicher und sozialer Werte, Inhalte und Ziele. Wert der Person und Würde des Menschen werden erst durch die Offenbarung in ihrem Sinn und letzten Ziel verständlich, aber auch die von den Menschen begründeten Ordnungen, die dem Ganzen des Lebens zu dienen haben.

Die *lex naturalis* ist, wie Thomas von Aquin mehrfach betont, ein im Menschen selbst begründeter Wert. Recht und Gerechtigkeit müssen auf die übergeordneten Normen der göttlichen Wahrheit hingeordnet sein.⁹⁾

Ordnung als geordnete Vielfalt kann nur dann der persönlichen Freiheit des einzelnen und seiner Gemeinschaften und damit dem Frieden dienen, wenn die Vielfalt der Interessen letztlich ein gemeinsames Wertziel hat, das jeder menschlichen Willkür entzogen ist und den übergeordneten Willen Gottes anerkennt.

Nach den Schrecken des letzten Krieges und unter dem Eindruck der Not, die er hinterlassen hat, erklärte Papst Pius XII. am 20. Februar 1946: Ist der Staat nicht so weit gekommen, „auf seine Sendung als Schützer des Rechts zu verzichten, um der Leviathan des Alten Testaments zu werden, der alles beherrscht, weil er fast alles an sich reißen will?“¹⁰⁾

Es ist daher heute, wie Kardinal Höffner zum Ausdruck brachte, „Aufgabe der Kirche, in der pluralistischen Gesellschaft die sittlichen Grundwerte, ‚sei es gelegen, sei es ungelegen‘ (2. Tim 4,2), zu verkünden“. Er wies aber auch nüchtern darauf hin, daß die Kirche „im modernen religiös-weltanschaulichen Pluralismus nur so weit gegenwärtig und wirksam zu sein vermag, als das Zeugnis der Christen reicht“.¹¹⁾

„Nach christlichem Verständnis steht der Staat im Dienst der Ordnung. Er ist der auf Recht und Macht gestützte oberste Garant des Gemeinwohls. Ordnung, ein Schlüsselbegriff der katholischen Soziallehre, ist dann verwirklicht, wenn eine Vielfalt von einem Sinn durchwaltet und zu höherer Einheit verbunden ist.“¹²⁾ Ordnung bedeutet daher, wie Kardinal Höffner ausführte, „nicht Gleichschaltung und Unterdrückung, sondern Dienst an den Gliedern und Teilen, die ohne ordnende Kraft nicht bestehen können“.¹³⁾

4. Legitimation und Auftrag des Rechtsstaates

Mit dem Grundsatz: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (Art. 20 GG [2]), wird Staatsgewalt „vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Ge-

setzung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung (Art. 20 GG [2]). (d.h. vom politisch geeinten Staatsvolk)¹⁴⁾ ausgeübt“.

Als Rechtsstaat können die staatlichen Organe nur entsprechend der Verfassung, nach Gesetz und Recht tätig werden.

Der demokratische Rechtsstaat ist daher vom Volke legitimiert und in seinem Auftrag und in allen seinen Organen dem Volk und seiner Verfassung verantwortlich.

Das Staatswesen, wie es das Grundgesetz vorsieht, ist auf den freien Bürger, auf seine selbstverantwortliche Mitarbeit, aber auch auf seine Verbundenheit mit den Organen des Staates angewiesen. Der demokratische Staat bedarf der Mitwirkung aller gesellschaftspolitischen, kulturellen, sozialen, kirchlichen, wissenschaftlichen, freizeitbezogenen Einrichtungen und Gruppierungen.

Subsidiarität und Solidarität, das haben die Jahre seit dem Bestehen der Bundesrepublik gezeigt, sind keine Schlagworte, sondern sie haben sich als unentbehrliche Prinzipien im Lebensrhythmus des Staates erwiesen. Es gehört mit zum Auftrag des Rechtsstaates, daß er die Entfaltung der Einzelpersönlichkeit mit dem Ziel einer urteilsfähigen Verantwortung dem Staat und dem einzelnen gegenüber fördert.

Diese Selbstentfaltung im Sinne des demokratischen Rechtsstaates kann aber nur Gelingen, wenn alle mitwirkenden Kräfte nicht etwa der Nivellierung unterworfen und so zu einer kollektiven Hörigkeit unter einem einzigen staatlichen Willen geführt werden, sondern wenn der Wertordnung, den Grundwerten und Grundrechten höchste Priorität eingeräumt wird.

Jede kollektive Ausrichtung vernichtet die Grundlagen des Rechtsstaates.

Wenn auch die Bildung der staatlichen Organe von der Urteilsfähigkeit und der politischen Meinung der einzelnen Bürger abhängig sind und die Politik der Bundesrepublik durch die Abgeordneten der Parteien mitbestimmt wird, so ist doch der Rechtsstaat kein Parteiorgan!

Parteien als staatstragende Kräfte definieren sich aus der Sammlung gleichgesinnt interessierter Staatsbürger mit dem Ziel, den politischen und weltanschaulich geprägten Willen zu verwirklichen, ohne dabei die Verfassung zu gefährden.

Da der Weg zu den Parlamenten und damit zur Mitwirkung im staatspolitischen und staatenpolitischen Leben über die Parteien führt, gehört die politische Information durch die Parteien mit zu deren Aufgaben.

In Art. 21 (1) GG heißt es: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Art. 21 (2) spricht von der Verfassungswidrigkeit der Parteien, die „darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“.

Der Auftrag des Rechtsstaates hängt auf das engste zusammen mit den durch die von den Staatsorganen definierten Zielen des Staates.

Neben den allgemeinen Zielsetzungen, die den Grundrechten und dem Gemeinwohl dienen, werden entsprechend den staatspolitischen und staatenpolitischen Zusammenhängen innen- und außenpolitische Aufgaben mit wechselnden Schwerpunkten den politischen Willen des Volkes mit ihren Lösungen erkennbar machen.

Legislative, Exekutive, Rechtsprechung und in ihnen Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Gerichte, Verwaltung, Länderparlamente, Landesregierungen, Kreistage und Kreisverwaltungen sowie die Gemeindeebene bilden in der Gewaltenteilung ein rechtsstaatliches Machtsystem, das sowohl dem Ganzen wie dem einzelnen dient, das aber auch nur voll wirksam werden kann, wenn die einzelnen mit ihrer Verantwortung das Ganze mittragen.

Ein scheinbar selbstverständliches Zusammenspiel, das gar nicht so selbstverständlich ist, das erst 38 Jahre besteht, aber unserer ganzen Kraft bedarf, um an Vertrauen und Beständigkeit zu gewinnen.

Legitimation und Auftrag des Rechtsstaates, unseres Rechtsstaates, bewähren sich nicht nur durch das Vertrauen und die Entscheidungsverantwortung der Bürger. Ihre dauerhafte Ausprägung und ihren Niederschlag in Rechtsbewußtsein und Rechtssicherheit erhalten sie erst durch die im täglichen Vollzug bewiesene Verantwortung der staatstragenden Gewalten gegenüber dem Grundgesetz und seiner Verfassung, gegenüber dem ethisch-religiösen und moralischen Anspruch des Volkes in der europäischen Schicksalsgemeinschaft.

Artikel 20 (1) GG bestimmt einerseits, daß alle „Staatsgewalt vom Volke“ ausgeht, aber auch, daß die Abgeordneten „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind (Art. 86 [2]). Damit sind die Abgeordneten als Vertreter des Volkes auf sich selbst geworfen und müssen hier erkennen, daß sie unbestechlich und nur nach dem Maß ihrer Urteilsfähigkeit, das heißt aus Charakter, Bildung, Wissen und aus der Verantwortung vor Gott handeln müssen. Weder öffentliche Meinung noch Massenmedien, noch Befehle dürfen ihr Urteil trüben. „Mehrheit ist kein Beweis für die Richtigkeit, und die Bundesrepublik ist keine Fernseh-Demokratie“ (Kardinal Joseph Höffner auf der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda 1986: Der Staat, Diener der Ordnung).

5. Fragen und Gefahren

Wenn nicht einmal vierzig Jahre nach Begründung des Grundgesetzes und unserer jungen Demokratie nach den Gefahren gefragt wird, die diesen Rechtsstaat gefährden, so mag das provokativ klingen. Das Geschehen der letzten vier Jahrzehnte indessen mahnt zur Wachsamkeit.

Das Recht ist im allgemeinen immer in Gefahr und will gehütet, nach innen und außen geschützt werden. Im besonderen aber müssen die Kräfte und Strömungen, die Zeiterscheinungen und Einflüsse wahrgenommen und beurteilt werden. Die Verletzlichkeit des

Rechts durch das Faktische, durch die sich einschleifenden Praktiken erweist sich zumeist erst nach längerer Zeit. Dann aber haben die gefährdenden Kräfte schon ihre Wirkungen und Spuren hinterlassen.

Zur Zeit des Nationalsozialismus wurden gewisse Gemeinschaften und sogenannte Feinde des Volkes seit Anfang der dreißiger Jahre mit Ungeziefer identifiziert, so daß spätere Vernichtungsaktionen mit gutem Gewissen betrieben werden konnten. Die Hemmschranken gegen das Böse waren inzwischen abgebaut worden, und das Töten vollzog sich mit gutem Gewissen.

Heute haben die getöteten Ungeborenen eine hohe millionenfache Zahl erreicht, und das Töten der Kinder im Mutterleib geht guten Gewissens weiter. Es bedarf keiner psychologischen Vorbereitung, keines Abbaus von Schranken mehr. Kardinal Ratzinger sagt in einer 1977 veröffentlichten Schrift: „Wo Tötung von unschuldigem Leben zu Recht erklärt wird, wird Unrecht zu Recht gemacht. Wo Recht menschliches Leben nicht mehr schützt, ist es als Recht in Frage gestellt. ... Die Natur selbst, weil Schöpfung, ist eine Quelle des Rechts. Sie weist Grenzen, die nicht überschritten werden können. ... Solches zu sagen bedeutet nicht, christliche Spezialmoral in einer pluralistischen Gesellschaft allen anderen aufdrängen zu wollen, hier geht es um die Humanität, um die Menschlichkeit des Menschen, der nicht das Zertreten der Schöpfung zu seiner Befreiung erklären kann, ohne sich zutiefst selbst zu betrügen.“⁽¹⁵⁾

Spätestens im Jahre 2000 dürfte sich bereits zeigen, was dieser Menschenverlust für die Zukunft des deutschen Volkes bedeutet. Gegenüber den Grundwerten macht sich seit Beginn der sechziger Jahre eine Trendwende bemerkbar, die in dem Schlagwort von der „Entideologisierung“ zum Ausdruck kam, aber in der absoluten Hinwendung zum Pragmatischen, Zweckdienlichen, zum Nutzen um jeden Preis das Bewußtsein beeinflusste. „Die Politik hatte starken Anteil an diesem Prozeß“⁽¹⁶⁾, wie Felix Raabe in einer Untersuchung sein Ergebnis zusammenfaßte.

Die Tatsache, daß man im Schulwesen aller Schultypen Geschichte als nicht mehr wünschenswert behandelte und im Unterricht geschichtliches Wissen wie in einem Steinbruch herausbrach und ohne Zusammenhänge vermittelte, ließ in vielen jungen Menschen mehrerer Generationen ein Vakuum an Geschichtsbewußtsein entstehen. Selbst Abiturienten verließen die Schule, ohne sagen zu können, wie sie die heutige Gegenwart geschichtlich zu beurteilen oder einzuordnen hätten.

„Geschichtliche Kontinuität wurde zunehmend als reaktionär und repressiv denunziert.“⁽¹⁷⁾

Bereits 1974 warnte Kardinal Joseph Höffner im Hinblick auf das Eherecht: „Mir fällt auf, wie folgerichtig in den Reform-Entwürfen zum Eherecht und vor allem zum Scheidungsrecht die „Privatisierung“ der Ehe durchgeführt ist. Die Scheidung der Ehe wird künftig stärker als bisher in das Belieben der Eheleute gestellt. Rücksichten auf die Familie, insbesondere auf die Kinder, sind kaum noch erkennbar. Möglicherweise auftretende Härten

werden nur als finanzielles Problem gesehen und in die Unterhaltsregelung verwiesen.“¹⁸⁾ Ist es seitdem besser geworden?

Im gleichen Jahr beklagte der Kardinal die Zerschlagung der Bekenntnisschulen¹⁹⁾ und warnte vor den daraus sich ergebenden Folgen ideologischer Einflüsse.

Vortragsveranstaltungen mit ethisch-weltanschaulichen Inhalten werden von destruktiven Gruppen so nachhaltig gestört, so daß sie nicht stattfinden können und damit schutzlos bleiben.

Droht der Staat gegenüber der steigenden Kriminalität machtlos zu werden?

9 000 Verkehrstote im Jahr, 500 000 Tote auf den Straßen seit 1953, darunter viele Kinder, verursacht zum großen Teil durch bedenkenlose Raserei. Ein Schulbeispiel für Staat und Staatsvolk, denn beide tragen hier hohe Verantwortung für das Leben. Können wir uns angesichts sinkender Geburtenzahlen und des Bevölkerungsschwundes diesen Blutzoll leisten?

Was ist wichtiger, der Mensch oder die Industrie mit ihrer unverantwortlichen Werbung? Der Staat muß auch den Mut haben, Entscheidungen, die dem Gemeinwohl dienen, durchzusetzen.

Eine unmenschliche Akkordarbeit im Schwerlastverkehr bedeutet nicht nur zusätzliche Gefährdung aller, sondern ist auch beschämend. Der Gesetzgeber ist hier herausgefordert.

Ende der sechziger Jahre wurde der politische Begriff „demokratischer Sozialismus“ in die politische Auseinandersetzung hineingetragen. Keine der staatstragenden Parteien hat die Frage für notwendig gehalten, ob dieser Begriff überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Daher gab es auch keine Antworten.

Ökologie als pädagogisches Problem ist nicht nur eine theoretische Umweltfrage. Es geht alle an, den Staat und seine Bürger. Daß nicht genug getan wird, zeigen Katastrophen und Beobachtungen der letzten Monate. Wenn nicht die Lebenshaltung und die Haltung zum Leben sich für den Staat und seine Bürger sich ändern, werden wir aus Katastrophen lernen müssen.

Diese wenigen Hinweise mögen genügen, um aufzuzeigen, daß die Bürger für die Erhaltung des Rechts und der Ordnung mitverantwortlich sind und dafür einzutreten haben. Der Presse und den Medien sind hier hohe Aufgaben erwachsen. Recht gibt es nicht umsonst. Auch der Staat bemüht sich mit seinen Organen, die ihm anvertrauten Grundwerte und Grundrechte zu schützen, woraus der Wille zum Rechtsstaat ablesbar bleibt und erkennbar wird, welche Ethik in die politische Verantwortung hineinreicht.

Schlußgedanken

Der Rechtsstaat wurzelt im Staatsvolk. Die „innere Beschaffenheit“ des Volkes hat durch die in ihr ruhende Konsequenz auch Rückwirkungen auf das, was den Rechtsstaat eben zum verlässlichen Träger der Gerechtigkeit macht.

Recht entsteht nicht durch schwankende Meinungen, die von Schlagzeilen oder das „on dit“ geprägt sind, sondern ruht auf unumstößlichen Normen und Wahrheiten, die unänderlich und darum gottgegeben auch verlässlich bleiben.

Der Rechtsstaatsbegriff, wie er sich im Grundgesetz findet, ist zwar verbindliche Grundlage aller in der Gewaltenteilung tätigen Organe des Staates, aber er bedarf der Konkretisierung „nach sachlichen Gegebenheiten“. Damit tragen alle, die im Auftrag des Staates tätig werden, persönlich Verantwortung. Aber auch diejenigen, die ihr Wahlrecht ernst nehmen, konkretisieren mit ihrer Entscheidung den Rechtsstaat in einem unwiederholbaren und unwiederbringlichen Augenblick.

Der Christ in seiner Zeit lebt seit der Menschwerdung Gottes in einer absoluten Geschichtlichkeit. Diese Geschichtlichkeit auszugestalten ist sein Auftrag in der Welt, in seinem Vaterland, in seiner Nation, in seinem Volk.

Geschichtlichkeit ist kein abstrakter Begriff und vollzieht sich auch nicht im leeren Raum, sondern stets in der Gemeinschaft mit anderen Menschen in sozialer Verantwortung.

Die Eigenständigkeit gesellschaftlicher Bereiche, wie Staat, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur, werden vom Christlichen nicht bevormundet. Aber alle Bereiche unseres Lebens stehen unter dem Wort: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist“ (Mt 22,21). Kein Slogan. An diesem Wort erkennen sich alle wie in einem Spiegel wieder. Hieran scheiden sich die Geister, eben auch die, die Gott aus dem Leben ausklammern, aber auch diejenigen, denen das Desinteresse am Staat über alles geht. Das Konkrete auf dieser Welt ist das Leben, das durch den Menschen ausgestaltet werden soll, unausgestaltet bleibt oder verunstaltet und zerstört wird. Es gibt schon in dieser Welt ein Selbstgericht der Geschichte (und der Natur), das sich vor unseren Augen vollzieht.

Anmerkungen

- 1) Neumann, Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte, Handbuch der Theorie und Praxis, Bd. 2, München 1954.
- 2) Natürliche Grundrechte. „Ausgehend von der Annahme und Anerkenntnis der naturgegebenen Würde des Menschen als Person bezeichnen Grundrechte allgemein nicht nur bestimmte Rechtsgrundsätze, die bestimmte Rechtsbeziehungen der Menschen schützen sollen, sondern vielmehr bezeichnet der Begriff ‚Grundrechte‘ ein ganzes Geflecht von Rechtsgütern, die für die menschliche Gemeinschaft wesentlich und für ihr geordnetes menschenwürdiges Funktionieren konstitutiv sind.“ (W. Hamel, Die Bedeutung der Grundrechte im sozialen Rechtsstaat, 1957, unter Berufung auf F. Naumann und R. Smend, und J. Neumann, Menschenrechte, Köln 1976. Artikel 1 GG sagt hierzu: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“ „Der Mensch ist somit nicht nur Objekt, sondern Subjekt des Rechts; er dient nicht dem Staat, sondern der Staat und alle menschlichen Institutionen sind um des Menschen willen da. Der Mensch ist damit zwar nicht zum Maßstab, wohl aber zur schutzwürdigen Mitte aller menschlichen Ordnung und jeder menschlichen Gesellschaft erklärt. — Siehe auch Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen vom 10. 12. 1948, die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. 11. 1950, die deutschen Landesverfassungen. ... Das Wesen des Menschen drückt sich aus in seiner Freiheit und in dem daraus fließenden Offensein für sittliche Werte und geistigen Sinn. Somit meint die Anerkennung der ‚fundamentalen Gleichheit‘ und der daraus abgeleiteten Würde der menschlichen Person ein Doppeltes: Einmal drückt diese Formel die Bejahung eines naturgemäßen, vorstaatlichen und überpositiven Rechtes eines jeden Menschen aus; zum anderen weist die solchermaßen naturrechtlich begründete Würde des Menschen auf seinen transzendenten Ursprung ebenso wie auf seine transzendente Berufung hin. Der Mensch ist also mehr als ein rein zweckorientiertes Wesen! Darum verletzt jede reine ‚Verzweckung‘ des Menschen seine

Würde als einmalige Person.“ (Joh. Neumann, Menschenrechte, Köln 1976, S. 17). Im GG Artikel 1–19, Die Grundrechte.

- 3) Grundwerte. „Grundwerte bestimmen sich nicht nach den Interessen und Wünschen der einzelnen, sondern gelten für jedermann, weil er Mensch ist. Ihre Verwirklichung dient ... der Erfüllung des Sinns menschlichen Lebens. ... Grundwerte sind insbesondere Liebe, Wahrheit, Treue, Würde, Freiheit, Solidarität. Frieden. Alle diese Grundwerte sind aufs engste miteinander verbunden. Sie bilden einen Gesamtzusammenhang, eine Grundwertordnung, in der jeder einzelne Wert von den anderen mitbestimmt ist. Übersieht oder vernachlässigt man einen, so hat das Auswirkungen auf alle anderen. Die Verwirklichung dieser Grundwerte macht das Besondere der Humanität aus. Diese Humanität hat aber ihren Ursprung im Person-Sein des Menschen; das heißt in der Tatsache, daß der Mensch sein Recht auf Leben und seine Würde nicht anderen Menschen verdankt, und nicht von der Gesellschaft verliehen bekommt, sondern daß er sie unveräußerlich durch sein bloßes Dasein besitzt. Weil das so ist, ist er für seinesgleichen unverfügbar und gestaltet sein Leben in eigener Verantwortung.“ (F. Raabe, Der Streit um die Grundwerte, in: Kirche und Gesellschaft, Köln, 77, Bachem, S. 4).
- 4) Soziale Grundrechte. „Die sozialen Grundrechte bedürfen ... erst der Konkretisierung durch den Gesetzgeber also beispielsweise eines Sozialhilfegesetzes, eines Mutterschutzgesetzes, eines Familienförderungsgesetzes, eines Schulgesetzes, eines Sozialversicherungsgesetzes usw. Erst aufgrund dieser Gesetze erwerben die Bürger im Rahmen eben dieser Gesetze einen Leistungsanspruch. Jene sozialen Grundrechte sind also Verfassungsnormen, die unmittelbar nur den Gesetzgeber verpflichten.“ (W. Geiger, Grundrechte und Rechtsprechung, München 1959) U. a. auch Recht auf Fürsorge/Sozialhilfe, Recht auf Schule, Recht auf Familienschutz, Recht auf Altersversorgung.
- 5) Objektive Werteordnung. Das Naturrecht und die für das menschliche Dasein unaufgebbare objektive Werteordnung „verpflichtet den staatlichen Gesetzgeber, sich an seinem Inhalt zu orientieren. Dabei ist durchaus offen, daß er diesen bei der Ordnung eines Sachgebietes in verschiedener Weise gerecht werden kann. ... Es bricht sich am Naturrecht jede positiv gesetzte staatliche Rechtsvorschrift, die in striktem Widerspruch zu einer ranghöheren staatlichen Norm, insbesondere zu einer Vorschrift der Verfassung, nichtig ist. ...“, denn „Naturrecht ist ein Syllogismus auf der Grundlage von Seinsstrukturen, einer objektiven Werteordnung und einer näheren Bestimmung des Verhältnisses dieser objektiven Werte zueinander“ (W. Geiger, Die Wandlung der Grundrechte, in: Gedanke und Gestalt des demokratischen Rechtsstaates, Hrsg. M. Imboden, Wien, 1965).
- 6) René Marcic, Die Sache und der Name des Rechtsstaates, in: Gedanke und Gestalt des demokratischen Rechtsstaates, Wien 1965.
- 7) Augustinus, De civitate Dei, XIX, 15 Patrologiae latinae, 32–43.
- 8) Staatslexikon, Görresgesellschaft, Rechtsstaat, s. Quellen G. Winterich, Zur Problematik der Grundrechte, Frankfurt, 1977, S. 11. Das Recht in theologischer Sicht, Recht, Kathol. Auffassungen.
- 9) Thomas von Aquin, Summa theol. II-II q 19 a, 10. Deutsch-lat. Ausgabe, München 1941.
- 10) Papst Pius XII. Ansprache vom 20. 2. 1946, zitiert nach Jos. Kardinal Höffner, Der Staat, Diener der Ordnung, Eröffnungsreferat bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, Fulda am 22. 9. 1986, Hrsg. Sekr. d. Deutsch. Bischofskonf. Bonn.
- 11) dgl.
- 12) Jos. Kardinal Höffner, Der Staat ... , S. 13.
- 13) ders.
- 14) Jos. Kardinal Höffner, Christliche Gesellschaftslehre, S. 254.
- 15) Kardinal Jos. Ratzinger, Der Gott Jesu Christi, München 1977, S. 38.
- 16) Felix Raabe, Der Streit um die Grundwerte, Kirche und Gesellschaft, Bachem, Köln 1977.
- 17) dgl. S. 19.
- 18) Jos. Kardinal Höffner, Der Christ in Staat und Gesellschaft, S. 6.
- 19) dgl.

Quellen und Arbeitshilfen

Kardinal Joseph Höffner, Christliche Gesellschaftslehre, Pressamt des Erzbistums Köln 1983

Johannes Neumann, Menschenrechte, Köln 1976

Wolfgang Huber, Heinz Tödt, Menschenrechte, Berlin 1977

Staatslexikon, Hrsg. Görresgesellschaft, Recht, Rechtsstaat, Freiburg 1957, Bd. 1–8, und Ausgabe 1983

Max Imboden, Hrsg., Gedanken und Gestalt des demokratischen Rechtsstaates, Wien, 1965

Ulrich Scheuner, Die Verfassung der Bundesrepublik, in: Schicksalsfragen der Gegenwart, Hrsg. Bundesministerium für Verteidigung, Tübingen 1957

Rudolf Smend, Verfassung und Verfassungsrecht, in: Staatsrechtliche Abhandlungen, Göttingen, 1955
 R. König, Soziologische Orientierungen, Köln 1965
 D. Claessens, A. Klönne, A. Tschoepe, Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1965
 W. Geiger, Grundrechte und Rechtsprechung, München 1959
 A. Maunz, Deutsches Staatsrecht, Frankfurt 1962
 W. Geiger, Die Wandlung der Grundrechte, in: Gedanke und Gestalt des demokratischen Rechtsstaates, Wien 1965
 Kardinal Joseph Höffner, Der Staat, Diener der Ordnung, Hrsg.: Sekr. der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 1986
 H.P. Schwarz, Die gezähmten Deutschen, Stuttgart 1985
 W. Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1970
 E. Fraenkel, K. Sontheimer, B. Crick, Beiträge zur Theorie und Kritik der pluralistischen Demokratie, Bonn 1970
 Handbuch zur Politikwissenschaft, Hrsg. W. Mickel, München 1983, Der Rechtsstaat

Dem Frieden verpflichtet

Stellungnahme¹⁾ des Kreises Köln der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zur Stellungnahme der BDKJ-Stadtversammlung Köln vom 5. 5. 1987 „Deutliche Zeichen für den Frieden setzen! — Friedensdienste in der Diskussion — das Abschreckungssystem überwinden!“

Werner Balzer

Nach einer vorangegangenen „Analyse“ (Nr. 44 ff) sind die Delegierten der Stadtversammlung des BDKJ in der Stadt Köln zu der Überzeugung gelangt, „daß die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe das deutlichere Zeichen ist, um als Christ den heutigen militärstrategischen und sicherheitspolitischen Bedingungen etwas entgegenzusetzen“. Diese Überzeugung wird mit der „Einbindung“ der „Bundeswehr in die NATO-Verteidigungsstrategien, die auf der Abschreckung beruhen und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen vorsehen“ (a.a.O.), begründet.

Aus verschiedenen Gründen wenden wir uns als Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die wir uns als eine Gemeinschaft von Katholiken in der Bundeswehr und von Soldaten in der katholischen Kirche sowie von katholischen Soldaten in Staat und Gesellschaft verstehen, gegen diese Auffassung. Dabei sind die Aussagen der Heiligen Schrift sowie die Überlieferung und Lehre der katholischen Kirche von grundlegender Bedeutung für das Selbstverständnis unseres soldatischen Dienstes für den Frieden. Besondere Orientierung finden wir in der Friedenslehre der Päpste und des II. Vatikanischen Konzils und der deutschen Bischöfe. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und das Soldatengesetz mit der in ihm geforderten Treue zur Bundesrepublik Deutschland und zur tapferen Verteidigung von Recht und Freiheit des deutschen Volkes sind uns bindende Verpflichtung. Seine konkrete Realisierung findet unser soldatischer Auftrag auf der Basis des Nordatlantischen Verteidigungsabkommens im Rahmen eines multinationalen Verteidigungsbündnisses (NATO).

Da die Stellungnahme der BDKJ-Stadtversammlung Köln auf der Linie der „Feuersteiner Erklärung“ der deutschen Sektion von Pax Christi liegt, legen wir bei unserer Stellungnah-

me die Stellungnahme zugrunde, die zur „Feuersteiner Erklärung am 28.4.1987 die Bundeskonferenz der GKS in Übereinstimmung mit den Einwänden der deutschen Kommission Justitia et Pax — Sachverständigengruppe „Sicherheitspolitik“ vom 16.2.1987 abgegeben hatte. Außerdem beziehen wir uns auf die „Standortbestimmung 1982 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) — FRIEDEN IN UNSEREN TAGEN — FRIEDEN IN DER ZUKUNFT“ (Hrsg. Bundesgeschäftsführer der GKS, Adenauerallee 115, Postfach 190199, 5300 Bonn 1).

Aus Gründen des nur in beschränktem Maße zur Verfügung stehenden Raumes müssen wir uns auf folgende Einwände beschränken, die auch nur in knapper Form begründet werden können. Insbesondere gehen wir nicht auf die im Zusammenhang mit einer geforderten *Neuordnung des zivilen Ersatzdienstes* gemachten Aussagen und Forderungen ein, die wir in der gemachten Form ebenfalls ablehnen müssen (Nr. 53 ff).

1. Die BDKJ-Stadtversammlung ist „auf der Grundlage“ ihrer „Situationsbeschreibung und“ ihrer „Orientierung an der christlichen Friedenslehre“ zu „Konsequenzen“ gekommen (Nr. 33). Nun wird aber wie schon in der „Feuersteiner Erklärung“ von Pax Christi *die politisch-militärische Situation einseitig dargestellt (Teil B der BDKJ-Stellungnahme) und die Botschaft der Heiligen Schrift und die kirchliche Friedenslehre verkürzt und fehlerhaft interpretiert (Teil C)*. Möglicherweise liegen hier und in der „einäugig“ vorgenommenen „Analyse“ (Nr. 44) die Ursachen für die nach unserem Verständnis vom Friedensdienst mit und ohne Waffe falsche Schlußfolgerung von der „Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe“ als dem „deutlicheren Zeichen“ (Nr. 47).

a. *Militärische Abschreckung* muß danach beurteilt werden, ob sie ihrem Ziel, den Krieg zu verhüten und die Kriegswahrscheinlichkeit zu verringern, noch dient und weiterhin dienen kann. Die BDKJ-Stadtversammlung Köln unterstellt in ihrer Stellungnahme (Nr. 9 und 34) dem Streben nach einem Gleichgewicht der militärischen Kräfte in West und Ost und dem Streben nach einer funktionierenden Abschreckung durch die NATO als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens, es erhöhe die Kriegswahrscheinlichkeit. Mit dem Ziel der Kriegsverhütung, indem sie nämlich gleiche Sicherheit für alle europäischen Länder auf möglichst niedrigem Rüstungsstand erreichen und erhalten will, setzt sie sich nicht auseinander. Im Gegensatz zu der in Nr. 10 vertretenen Auffassung „meinen“ nicht nur „die Verfechter der heute gültigen Militärstrategien“, sondern ist es erwiesen, daß 40 Jahre Frieden in Europa auf diese „einzigartige politisch-militärische Situation“ mit ihrer in anderen Teilen der Welt nicht vorhandenen Stabilität zurückzuführen sind („Weißbuch 1983 — Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“, Nr. 22, Hrsg. Der Bundesminister der Verteidigung). Die in Nr. 10 erwähnten 130 Kriege mit über 25 Millionen Toten haben nämlich ausnahmslos in Regionen der Welt mit labilen politisch-militärischen Kräfteverhältnissen stattgefunden.

Außerdem wird in der Stellungnahme der Eindruck erweckt, als wäre das Streben nach militärischem Gleichgewicht in sich schon moralisch fragwürdig, weil es als die Ursache der Rüstung angesehen wird. Nach Auffassung des Zentralkomitees der deutschen Katho-

liken (ZdK) („Die ethischen Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik — Eine Erklärung der Kommission 1 ‚Politik, Verfassung, Recht‘“ vom 13.2.1981) ist das „Gleichgewicht der militärischen Stärke nichts anderes als die Anwendung des Prinzips der Gegenseitigkeit“, das für alle Machtausinandersetzungen aus vernünftigen und sittlichen Gründen maßgebend sein muß. Beides jedoch: das militärische Gleichgewicht als stabilisierender Faktor und das Prinzip der Gegenseitigkeit sind Voraussetzungen für eine Abrüstung bzw. Rüstungskontrolle. Papst Johannes Paul II. läßt am 14.6.1982 durch seinen Kardinalstaatssekretär Casaroli vor der 2. außerordentlichen Abrüstungskonferenz der UNO sagen: „Eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung kann unter den gegenwärtigen Bedingungen — natürlich nicht als Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung — noch für moralisch annehmbar gehalten werden.“

Insbesondere wird es in der Stellungnahme der BDKJ-Stadtversammlung unterlassen, auf die eigentlichen Ursachen der Spannungen zwischen West und Ost einzugehen (Nr. 14bis16), nämlich auf den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen der Erhaltung der Menschenrechte und ihrer Unterdrückung, zwischen der Achtung des Völkerrechts und der Unterjochung ganzer Völker bis hin zum Völkermord. Wer diese Unterschiede nicht beachtet und allein Waffen und Soldaten als Ursache von Spannungen bezeichnet, verkürzt und verfälscht die Gesamtproblematik von Freiheit, Sicherheit und Frieden.

b. Der Hinweis auf die Liebe Jesu und seine Forderung nach *Gewaltlosigkeit* des einzelnen in der Bergpredigt sind richtig, reichen an dieser Stelle jedoch nicht aus (Nr. 20—23).

In Nr. 23ff werden die „Abschreckungstheorie“ und der „Rüstungswettlauf“, mithin also die Politik des Staates und das politische Handeln seiner Mandatsträger zum Wohl der Gemeinschaft, angesprochen. Es fehlen also hier Aussagen der Hl. Schrift und der kirchlichen Glaubens- und Sittenlehre zum Verhältnis des neutestamentlichen Gewaltverbots zur „Goldenen Regel“ (Mt 7,12) und zum übergeordneten Doppelgebot der Liebe (Mt 22,37—40) mit der Pflicht des einzelnen und des Staates zu Gerechtigkeit und Schutz der ihm Anvertrauten gegen Angriffe und ungerechtfertigter Gewalt (Ps 82,4) (bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens, vgl. 1 Joh 3,16). Es geht hier um das „*Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung*“ und die Pflicht des einzelnen und des Staates zur Durchsetzung von Recht und Sicherheit für Schutzbefohlene (vgl. Röm 13). Dabei dürfen die *Grenzen des Verteidigungsrechtes* nicht verschwiegen werden.

Die kirchliche Friedenslehre verurteilt eindeutig im Rahmen sittlich erlaubter Verteidigung solche Kriegshandlungen, die auf unterschiedslose Vernichtung der Zivilbevölkerung ausgerichtet sind („Diskriminationsprinzip“, Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“ vom 7. 12. 1965 [GS], Nr. 80), oder deren Übel, die in ihrer Ausübung zu erwarten sind, größer sind als die Übel, vor denen die Verteidigung schützen soll („Proportionalitätsprinzip“, Papst Pius XII. in seiner Weihnachtsbotschaft 1953). Sie verurteilt jedoch nicht bestimmte Waffensysteme. Sie läßt — von „Gau-

dium et spes“ bis hin zu den Hirtenbriefen der amerikanischen und deutschen Bischöfe — bewußt offen, ob eine begrenzte atomare Antwort auf einen Angriff sittlich vertretbar ist.

Indem die Delegierten der BDKJ-Stadtversammlung in ihrer Stellungnahme durchgängig den Einsatz von Nuklearwaffen mit der ethisch verbotenen unterschiedslosen Massenvernichtung von Kombattanten und Nichtkombattanten gleichsetzen, verkürzen sie diese Lehre: „Allerdings — der Krieg ist nicht aus der Welt geschafft. Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen. Die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese Sache ernst nehmen. . . “ (GS, Nr. 79 [4]).

2. Der GKS-Kreis Köln kommt gerne der Bitte der Delegierten der BDKJ-Stadtversammlung nach, sich für den „*Abbau von Feindbildern*“ und für „*Völkerverständigung*“ sowie „für Abrüstung“ und „die Erhaltung der Menschenwürde“ einzusetzen (Nr. 50).

Wir Soldaten der Bundeswehr haben kein Feindbild. Wir bemühen uns dienstlich und außerdienstlich im Rahmen unserer Möglichkeiten, Frieden und Versöhnung zu fördern. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten arbeitet mit im „Apostolat Militaire International“ (AMI) und ist korporatives Mitglied im „Maximilian-Kolbe-Werk“. Deshalb bekennen wir katholische Soldaten uns zu allen Schritten, die zu mehr Vertrauen der Menschen untereinander und zwischen Völkern und Staaten führen. Es wird darauf ankommen, alle Menschen und Staaten davon zu überzeugen, daß Krieg kein Mittel mehr ist, um Konflikte zu lösen (Standortbestimmung 1982 der GKS, Nr. 26).

3. Aus nachfolgenden Gründen *weist der Kreis Köln der Gemeinschaft Katholischer Soldaten* die Feststellung der BDKJ-Stadtversammlung zurück, „die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe“ sei „das deutlichere Zeichen, um als Christ den heutigen militärstrategischen und sicherheitspolitischen Bedingungen etwas entgegenzusetzen“ (Nr. 47):

a. Mit der Feststellung von der „Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe als dem deutlicheren Zeichen“ gibt die BDKJ-Stadtversammlung Köln als ein parlamentarisches Gremium auf der unteren Ebene eines Verbandes der katholischen Kirche per Mehrheitsbeschluß *eine ethische Beurteilung* ab. Sie bewertet in ethischer Hinsicht sowohl die Handlungsweisen, Wehrdienst zu leisten oder zu verweigern, als auch die Menschen, die Wehrdienst leisten oder verweigern, nämlich die Soldaten und die Wehrdienstverweigerer.

Hierzu besitzen die Delegierten der Stadtversammlung weder die Kompetenz noch die Legitimation. Die Definition ethisch gebotener Handlungsweisen kann in der katholischen Kirche nur durch das kirchliche Lehramt erfolgen, also durch Papst und/oder Bischöfe. Ohnehin können sittliche Normen niemals das Ergebnis von Mehrheitsbeschlüssen sein.

b. Gleichzeitig werden mit der Feststellung von der „Verweigerung des Kriegsdienstes... als dem deutlicheren Zeichen“ die Handlungsweise, den Wehrdienst zu verweigern, *als ethisch wertvoller*, und der Wehrdienstverweigerer als der moralisch bessere Mensch *beurteilt*. Das beinhaltet, daß gleichzeitig BDKJ-Mitglieder und andere katholische Christen, die den Dienst als Soldaten oder zivile Mitarbeiter in den Streitkräften oder in der Bundeswehrverwaltung leisten, „ausgegrenzt“ werden.

Wie bereits unter a. ausgeführt, besitzt der BDKJ keine ethische Entscheidungsbefugnis. Schon gar nicht hat er das Recht, als *ein* Verband unter vielen in der katholischen Kirche, die Gewissensentscheidung der Nicht-Wehrdienstverweigerer sowohl unter den Mitgliedern als auch unter den Nichtmitgliedern als ein „nicht so deutliches“ Zeichen für den Frieden zu disqualifizieren.

Außerdem verstößt die BDKJ-Stadtversammlung damit eindeutig gegen die Botschaft der Bibel und gegen die Lehraussagen unserer Kirche, die Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung unter den derzeitigen demokratischen und rechtsstaatlichen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland ethisch gleichermaßen erlauben. Im Fall der militärischen Abschreckung, deren erstrebtes Funktionieren im Rahmen der Strategie der Kriegsverhinderung der NATO für die Delegierten der Stadtversammlung als Begründung dient (Nr. 44ff), schreibt der Erzbischof von Köln am 14.3.1983 an die Priester und Diakone im Erzbistum Köln: „Bei den Auseinandersetzungen um die Abschreckung als Mittel der Kriegsverhütung handelt es sich um eine Frage, in der Christen ‚bei gleicher Gewissenhaftigkeit‘ zu verschiedenen Urteilen kommen können.“

Auch im „Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden — Gerechtigkeit schafft Frieden“ vom 18.4.1983 werden bei den Aussagen zu den „Diensten für den Frieden“ (Nr. 5.3.3.) Wehrdienst und Zivildienst als ethisch gleichwertig im Hinblick auf die Sicherung und Förderung des Friedens anerkannt. Beide haben gleichermaßen mit Spannungen zu leben, insbesondere mit dem „bleibenden Dilemma allen Dienens für den Frieden“, indem der Unterschied zwischen der „Verheißung und Erfüllung des Friedens und den Verhältnissen dieser Weltzeit bestehen“ bleibt.

c. Die BDKJ-Stadtversammlung betreibt, ohne dazu legitimiert zu sein, die *Beeinflussung von persönlichen Gewissensentscheidungen* der Mitglieder und aller anderen katholischen Christen, auch wenn betont wird, daß dieses nicht beabsichtigt sei (Nr. 6 und 63). Indirekt ruft sie zur „Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe“ auf.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG) sieht für die Inanspruchnahme des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung „Gewissensgründe“ vor (Art. 12a [2] GG). Gewissensgründe sind jedoch immer persönlich. Kein Verband und keine Gruppe kann und darf sie pauschal für seine Mitglieder oder andere Personen formulieren. Etwas anderes ist es, wenn der einzelne sich bei seiner Gewissens„bildung“ beraten läßt; „entscheiden“ muß er sich jedoch persönlich. So wie er auch seine getroffene Gewissensentscheidung vor Gott und den Menschen persönlich zu verantworten hat.

Das Grundgesetz sieht ferner die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe als Ausnahme vor. Die Regel ist die Ableistung des Wehrdienstes. Darauf ist der deutsche Verteidigungsbeitrag zur NATO abgestellt. Strategie und Streitkräfte der NATO sind auf den deutschen Beitrag angewiesen und so bemessen, daß sie das oberste Ziel der Strategie, die Kriegsverhütung durch Abschreckung und Gleichgewicht, erreichen und die nationale Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Mitgliedstaaten bewahren können. Würden alle wehrpflichtigen Männer der Bundesrepublik Deutschland dem Aufruf der BDKJ-Stadtversammlung Köln folgen und das „deutlichere Zeichen der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe“ setzen, wäre der deutsche Verteidigungsbeitrag nicht mehr sichergestellt und das Erreichen des Zieles der NATO, Kriegsverhütung durch Abschreckung und Gleichgewicht, nicht mehr gewährleistet. Der Verlust der Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit mit einem Leben in Unfreiheit ohne verfassungsmäßig garantierte Grundrechte — auch ohne das der Kriegsdienstverweigerung — wären die Folge. Strategie und Streitkräfte der NATO bedrohen niemanden, sondern sollen einen möglichen Angreifer abhalten, indem sie ihm klarmachen, daß er seine Ziele durch Anwendung militärischer Gewalt nicht erreichen kann und sich im Fall eines Angriffs selbst einem unkalkulierbaren Risiko aussetzt.

Vor dem Hintergrund obiger Ausführungen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Befolgen von Gesetzen in einem demokratischen Rechtsstaat, wie in diesem Fall das Befolgen von Soldatengesetz und Wehrpflichtgesetz der Bundesrepublik Deutschland, niemals unsittlich sein kann, sondern der Bürger darauf vertrauen darf, daß die durch den Bundespräsidenten verkündeten Gesetze mit dem „aus der Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (Präambel des GG) beschlossenen Grundgesetz übereinstimmen, bedarf es normalerweise nicht solcher Stellungnahmen der Verbände wie in diesem Fall. So betrachtet und unter Berücksichtigung der oben gemachten Aussagen, insbesondere unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Stellungnahme der BDKJ-Stadtversammlung Köln nicht mit den Aussagen der heiligen Schrift und der kirchlichen Lehre übereinstimmt, wird leicht deutlich, daß aus der von den Delegierten beabsichtigten „Orientierungshilfe für die eigene Gewissensentscheidung“ (Nr. 6) nach unserer Auffassung in unverantwortlicher Weise eine „Gewissensverunsicherung“ aller wehrpflichtigen katholischen Männer geworden ist.

4. „Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten sieht sich in ihren Auffassungen in Übereinstimmung mit der katholischen Friedenslehre. Katholische Soldaten leisten ihren Dienst zur Erhaltung des Friedens in Freiheit guten Gewissens. Sie sind überzeugt, daß ein Christ Soldat und ein Soldat Christ sein kann — auch unter den heutigen politischen und militärischen Verhältnissen, unter denen die Abschreckung als Mittel der Kriegsverhütung und damit Friedenssicherung eine „noch“ vertretbare Strategie ist.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten sieht den Dienst des Soldaten in der Bundeswehr im Rahmen der NATO unter der Erklärung des II. Vatikanischen Konzils: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit

der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (GS 79) (Stellungnahme der Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zur „Feuersteiner Erklärung“ von Pax Christi.)

- 1) Die Stellungnahme wurde auf Bitten des BDKJ in der Stadt Köln für eine Veröffentlichung in „Inform“, Hrsg. BDKJ in der Stadt Köln und Kath. Jugendamt in der Stadt Köln, verfaßt. Vorher hatte am 18.3.1987 auf Einladung des BDKJ in der Stadt Köln ein gemeinsames Gespräch über den von der BDKJ-Stadtversammlung Köln am 2.12.1986 verabschiedeten 1. Entwurf der Stellungnahme der BDKJ-Stadtversammlung im BDKJ-Stadtleitungsrat stattgefunden. Anfang Oktober 1987 wird der GKS-Kreis Köln eine öffentliche Podiumsdiskussion mit Vertretern des BDKJ in der Stadt Köln über das Thema der Stellungnahme durchführen. Die fmdl. Zusage des BDKJ in der Stadt Köln dazu liegt bereits vor.

Wider die Unheilspropheten!

Klaus Liebetanz

Gedanken eines Soldaten zum 7. Schöpfungstag

Unsere Zeit ist voller Unheilspropheten. Selbst auf Kirchen- und Katholikentagen wird lautstark und vielfältig vom Untergang der Menschheit durch einen bevorstehenden Atomkrieg und von der irreparablen Zerstörung der Natur durch einen Kollaps des Weltökosystems gesprochen.

Ein Theologe geht sogar so weit, daß er das Problem der Übervölkerung der Erde mit dem Verhalten der Cholerabakterien vergleicht. Diese plündern den Körper des Menschen aus und brechen seinen Widerstand, bis der Tod des Menschen eintritt. So entziehen sich die Bakterien ihre Lebensgrundlage und sterben selbst ab.

Man hat den Eindruck, daß diese Unheilspropheten vergessen haben, daß sie Theologen sind.

Sie trauen Gott und den Menschen offenbar nicht mehr zu, diese Welt in seinem Sohn zur Vollendung zu führen.

Wie falsch und einseitig solche Unheilsprophetien sein können, zeigt uns selbst ein so genialer Philosoph und Zeitkritiker wie Karl Marx.

Er behauptete in seinem kommunistischen Manifest von 1848, daß die Zustände für den Proletariat in den am weitesten industrialisierten Ländern so unerträglich werden würden, daß es dort zur Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats kommen würde. Wir Nachgeborene wissen, daß sich Karl Marx mit seiner Verelendungstheorie geirrt hat. Die demokratisch gewählten Regierungen und die Gewerkschaften haben in den am weitesten industrialisierten Ländern die Lage der Arbeiterschaft verbessert.

Die nachfolgenden Gedanken wollen den Ernst der zur Zeit bestehenden großen Probleme der Friedenssicherung, der ungerechten Verteilung der Güter zwischen Nord und Süd und der Umweltverschmutzung weder verdrängen noch bagatellisieren.

Diese Probleme sollen in einen größeren Zusammenhang gestellt werden.

Grundgedanken zum 7. Schöpfungstag

In der Genesis des Alten Testaments wird — für uns heutige Menschen mißverständlich — der Eindruck erweckt, als ob der Schöpfer die Welt mit allen Pflanzen, Lebewesen und schließlich den Menschen allein und unmittelbar in 6 Tagen geschaffen habe.

Aus den modernen Naturwissenschaften wissen wir, daß unser Weltsystem vor ca. 4600 Millionen Jahren begann. Winzige Fossilien weisen darauf hin, daß vor ca. 3 200 Millionen Jahren Bakterien und Algen auf der Erde lebten. Vor ca. 200 Millionen Jahren begann das Zeitalter der Dinosaurier, und vor ca. 4 Millionen Jahren lebten die ersten aufrecht gehenden Menschenaffen. Vor ca. 40 000 Jahren trat erstmals der *Homo sapiens* in Erscheinung, und auf diesen führt sich die heutige *Species Mensch* zurück.

Aus den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaften können wir entnehmen, daß Gott in seiner Schöpfung nicht allein und unmittelbar wirkt. Tiefer betrachtet macht ihn das noch großartiger.

Er läßt Lebendiges Lebendes hervorbringen. Er bedient sich schließlich der Liebe von Mann und Frau, um einen Menschen hervorzubringen, und beteiligt sie so an der Schöpfung.

Die Geschichte der Lebewesen zeigt eine — trotz und wegen dramatischer Rückschläge — ständige Entwicklung vom Niederen zum Höheren.

Der Mensch ist das erste Lebewesen, das verstandbegabt ist, seinen Instinkt beherrschen und damit über seine unmittelbare Umwelt hinaus die Welt gestalten kann.

Wie uns die frühere und heutige Geschichte lehrt, ist der Mensch herrschsüchtig und ich-bezogen. Er ist sogar in der Lage, die menschliche Gemeinschaft zu zerstören.

Mit der Menschwerdung des „Wortes Gottes“ zu Beginn unserer Zeitrechnung ist eine neue Zeit angebrochen. Es ist im übertragenen Sinn der 7. Schöpfungstag.

Wir Menschen sind aufgerufen, als Gehilfen Gottes und Geschwister unseres Herrn Jesus Christus, die Welt nach dem Willen Gottes zu gestalten:

Eine Welt ohne Krieg und eine Welt, in der alle Menschen in persönlicher Würde leben können.

Eine Entwicklung dahin ist zweifellos in der westlichen Welt durch Technik und Humanisierung der Arbeitswelt eingeleitet.

Obwohl die großen Kirchen an offiziellen Mitgliedern verloren haben, sind viele christliche Grundgedanken in das allgemeine Bewußtsein übergegangen, ohne daß den meisten Menschen bewußt ist, woher diese Überzeugungen stammen.

So ist beispielsweise in unseren Breiten die Fortsetzung der Politik mit kriegesischen Mitteln als unstatthaft verurteilt worden.

Krieg als Lösung von Problemen wird als keine moralisch akzeptable Möglichkeit mehr angesehen.

Das gleiche gilt auch von der Sozialpolitik. Das bloße „Recht“ des Stärkeren gilt als unakzeptabel. Der Schutz von Minderheiten ist allgemein anerkannt.

Behinderte erfahren eine nie dagewesene Achtung und Fürsorge.

Der Mensch als Mitarbeiter Gottes beim 7. Schöpfungstag

Wir sind echte Mitarbeiter Gottes und nicht Marionetten.

Gott will, daß wir unsere Freiheit, Intelligenz und Phantasie ins Spiel bringen, und setzt uns deshalb keine fertigen Lösungen vor.

Besonders deutlich ist das in der Friedenssicherung und in der Entwicklungshilfe, wo es keine Patentrezepte gibt, wie alle Anhörungen im Bundestag zeigen.

Häufig kommen wir nur durch geduldiges Tragen des Kreuzes zu Zwischenzielen. Das Tragen des Kreuzes ersetzt jedoch nicht das intensive Suchen nach besseren Lebensmöglichkeiten und deren Verwirklichung.

Aus der Botschaft Jesu Christi geht hervor, daß es der ausschließliche Wunsch Gottes ist, daß wir seine Gehilfen werden und dem Beispiel seines Sohnes folgen.

Bei seinem ersten öffentlichen Auftreten in der Synagoge von Nazareth erläutert Jesus sein Programm:

„Gott wirkt durch mich. Er hat mich gesandt, seine Liebe den Armen zu bringen, Gefangenen Freiheit zu geben und den Blinden das Licht, Mißhandelte zu erlösen und die Zeit anzukündigen, in der Gott Heil gibt!“ Lk 4, 18–19.

Er zitiert dabei Isaias 61,1f.

Entwicklung von Technik und Demokratie

Zur Entwicklung von Technik und Demokratie hat ohne Zweifel die evangelische, protestantische Ausprägung der Christen besonders beigetragen, weil sie die Eigenverantwortlichkeit und die Aufgabe in der Welt für den einzelnen Menschen mehr in den Vordergrund stellte als die katholische Kirche des Mittelalters. Hierzu hat die Determinationslehre Calvins in besonderer Weise beigetragen.

Dies zeigt die Geschichte der letzten 400 Jahre.

In der römisch-katholischen Kirche hat sich die Auffassung von der Aufgabe des einzelnen in der Welt in der Soziallehre der Kirche und unüberhörbar deutlich im 2. Vatikanischen Konzil verändert.

Erste Früchte zeigen sich in Südamerika mit der Befreiungstheologie der Basisgemeinden und den großen Demokratisierungsprozessen in Brasilien und Argentinien. Das gleiche gilt für die Rosenkranz-Revolution auf den Philippinen und bald auch für Süd-Korea.

An dieser Entwicklung der Weltkirche haben evangelische und katholische Christen besonderen Anteil.

Das 2. Vatikanische Konzil wurde wesentlich von den Erfahrungen der deutschen und niederländischen Christen geprägt.

Gesinnungswandel bei den Deutschen

Der Verlauf des 2. Weltkrieges und seine Folgen haben die Deutschen in eindeutiger Weise spüren lassen, daß die konsequente Verfolgung von eigensüchtigen, egoistischen nationalen Zielen im Extremfall zur Katastrophe und zum Untergang eines Staates führt.

Erinnern wir uns. 1940 wird der „Führer“ des Deutschen Reiches auf dem Höhepunkt seiner Macht vom Generaloberst Keitel als „größter Feldherr aller Zeiten“ betitelt. Viele Deutsche sehen in ihm gläubig eine Art deutscher Messias. Heil Hitler! Nur wenige Jahre später im Mai 1945 findet man von ihm nur noch ein Häufchen Asche neben der ausgebombten Reichskanzlei in einem zerstörten Deutschland.

Selten ist ein Volk so belehrt worden.

Aus dieser Erfahrung heraus haben die gewählten Vertreter des parlamentarischen Rates die Präambel des Grundgesetzes formuliert und die Bundesrepublik Deutschland auf den Frieden verpflichtet:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung *vor Gott* und den Menschen ... dem Frieden in der Welt zu dienen.“

Die Bedrückung durch die Nationalsozialisten hat zu einer starken Zusammenarbeit von Christen aller Konfessionen in Deutschland geführt.

Christen sind zur maßgeblichen Kraft in der jungen Demokratie geworden.

Ende der fünfziger Jahre wurde es den christlichen Kirchen immer klarer, daß materieller Wohlstand auch eine Verpflichtung für die Armen und Unterdrückten bedeutet.

Es wurden die kirchlichen Hilfswerke Misereor, Brot für die Welt und Adveniat gegründet.

Diese Hilfswerke haben einen großen Anteil daran, daß sich die südamerikanische Kirche von den Interessen der Großgrundbesitzer lösen konnte.

Die Theologie der Befreiung hat seinen theoretischen Anfang in Westdeutschland genommen.

Auch die Rosenkranz-Revolution auf den Philippinen wäre ohne den von deutschen Christen finanzierten Sender Radio Veritas nicht so landesweit vorangekommen.

1961 — zwei Jahre nach der Fastenaktion Misereor und „Brot für die Welt“ — wurde das bundesdeutsche Entwicklungsministerium eingerichtet. Es wurde später in Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit umbenannt.

Die deutsche Entwicklungshilfe hat sich ständig weiterentwickelt und gilt heute weltweit als vorbildlich. Unter anderem werden seit Jahren alle vom bundesdeutschen Steuerzahler finanzierten Entwicklungsprojekte auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft.

Diese geschilderten Tatsachen sollen uns deutsche nicht zu Stolz und Überheblichkeit veranlassen, sondern uns vor Augen führen, daß Gott die katastrophale Niederlage des Deutschen Reiches zum unverhofft Besseren gewendet hat.

Fairerweise darf nicht unerwähnt bleiben, daß die deutschen Aktivitäten zur Eindämmung der Wüstenausdehnung und zur Bekämpfung der rücksichtslosen Abholzung der tropischen Regenwälder nur einen Bruchteil der gesamten internationalen Bemühungen darstellt. Nähere Einzelheiten können bei der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit in 6236 Eschborn 1, Postfach 5180 kostenlos in Erfahrung gebracht werden.

Die Friedensaufgabe der Bundeswehr

Der Auftrag der neuen deutschen Streitkräfte besteht nicht mehr darin, deutsche Interessen in der Welt zu vertreten.

Es ist vielmehr einzige Aufgabe der Bundeswehr zusammen mit unseren NATO-Verbündeten, in angemessener Weise den Zustand des Nichtkriegs in Europa aufrechtzuerhalten, um den Politikern eine realistische Entspannungspolitik zu ermöglichen.

Die Aufrechterhaltung des Nichtkriegs in Europa ist zweifellos eine der herausragenden Leistungen der neuen deutschen Streitkräfte, ihrer Verbündeten und der politischen Führung der Bundesrepublik Deutschland.

Das 2. Vatikanische Konzil bestätigt die Friedensaufgabe der Soldaten:

„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (Gaudium et Spes Nr. 79).

Die bundesdeutschen Soldaten können aber auf Dauer nicht eine „Insel der Seligen“ schützen. Das Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben ist unteilbar.

Zunehmend wird es dabei darauf ankommen, daß die Soldaten der Bundeswehr auch aktiv an der Gestaltung von gerechteren Zuständen in der Welt beitragen, und zwar nicht als Revolutionstruppen, sondern in Form der friedlichen, zivilen Entwicklungshilfe.

Die zivile Berufsausbildung von Soldaten der 3. Welt durch deutsche Soldaten wird zum Bewußtseinswandel der Soldaten in den Gastländern beitragen.

Erste Erfolge sind bereits in verschiedenen afrikanischen Ländern festzustellen.

Die persönliche Bereicherung mit Mitteln der militärischen Macht soll nicht mehr im Mittelpunkt des Denkens stehen, sondern der Dienst am Volk.

Damit können Bundeswehrangehörige zu Mitarbeitern Gottes an einer gerechteren Welt werden.

Untergang oder Vollendung

Die Unheilspropheten beschwören die Kräfte des Untergangs. Sie wollen häufig nicht wahrnehmen, daß es neben den zweifellos vorhandenen großen Problemen und starken negativen Entwicklungen auch positive Kräfte gibt, die die Welt zur Vollendung führen.

Die entscheidende Frage ist und bleibt, was halten wir von Gott?

Ist Gott eine Art „Weihnachtsmann de Luxe“, der mit den wichtigen Fragen und Entwicklungen unserer Zeit nichts zu tun hat, oder ist er Schöpfer und Vater, der diese Welt in seiner unsichtbaren Hand hält, bewahrt und in seinem Sohn vollendet?

Die Aussage des Alten und Neuen Testaments sind eindeutig:

Isaias, der 700 Jahre vor Christi Geburt den leidenden Gottesknecht und Messias präzise vorausgesagt hat, prophezeit außerdem:

„Zwischen den Völkern wird er richten, entscheiden für viele Nationen. Ihre Schwerter schmieden sie zu Pflugscharen um und ihre Speere zu Winzermessern. Nimmer wird Volk gegen Volk das Schwert erheben und nicht mehr lernt man die Kriegskunst“ (Isaias 2, 4–5).

Im Neuen Testament heißt es bei Paulus:

„Er — Christus — ist der Anfang, der erste auch, der Leben aus dem Tode empfang, damit er überall und in allem der erste sei. Denn die ganze Fülle Gottes nahm Wohnung in ihm, damit durch ihn das All zurückfinde zur Verbindung mit Gott, alles, was auf Erden und im Himmel ist, durch ihn, der Frieden stiftete durch seinen Tod am Kreuz.“ (Kol 1,18 bis 20).

Und für schlichtere Gemüter — zu denen sich auch der Verfasser dieser Zeilen zählt — sagt es der Herr so:

„Das Himmelreich ist gleich einem Sauerteig, den mengt ein Weib unter 3 Maß Mehl, bis das ganze durchsäuert ist.“

Wohlan, ihr Mitarbeiter Gottes, ihr Soldaten der Bundeswehr, wandelt im Lichte des Herrn!

Aus der nahen und weiten Welt

— *Einst und heute* — Gedanken —

Japanische Kameraden und ein russischer Pope

(Mamkas „Behüt’ Dich Gott“)

Helmut Richter

Sommer 1948. — Wie an den Sonntagen zuvor erhalten wir auch heute Hilfe auf dem Kolchos. Für uns, dem kleinen diesjährigen Kommando, bedeutet der Besuch der Kameraden, die jeweils aus einem der sieben Lager Saporoschjes in die Dnjeprniederung hinausgefahren werden, eine willkommene Abwechslung. Heute kommen die Helfer aus dem Lager I, und zum zweiten Male sind es unsere Schicksalsgefährten und früheren Verbündeten aus dem fernen Osten. Während der Mittagszeit fangen die Japaner, ebenso wie vor drei Wochen ihre Landsleute, Schlangen und tauchen nach Muscheln.

Paul und ich stöberten heute morgen einen Igel auf, und während ich nun mit dem Messer die stachelige Haut löse, kommen einige Söhne Nippons herbei, um mir zuzuschauen. Wie ich höre — unsere Verständigung geschieht in russischer Sprache, die von den Asiaten jedoch etwas zu schnell ausgesprochen wird — haben sie sich an Igelfleisch noch nicht versucht, und man hält ebensowenig davon wie wir von Schlangenbraten.

„Hier, das Fleisch ist viel besser“, erklärt einer unserer heutigen Besucher, wobei er eine erschlagene und enthäutete Natter vorweist. Wir Deutschen schütteln lachend die Köpfe. Doch einer dieser netten kleinen Männer bietet seine ganze Überredungskunst auf, um mich zu überzeugen. Aus Höflichkeit lasse ich mich schließlich zu einem Feuer ziehen, wo drei seiner Kameraden mit Wohlbehagen an Spießen geröstete Schlangenstückchen verzehren. Sofort bietet man mir an, doch ich wehre ab. Die freundlichen Leute lächeln ebenfalls verständnislos und lassen deutlich erkennen, wie gut es ihnen schmeckt. Schließlich reicht mir jemand ein winziges Stückchen zur Probe. Man lacht und bedrängt mich.

Na, ja — warum nicht! Mein Gaumen und mein Magen sind sicherlich nicht anders beschaffen als bei den netten Japanern, zumal wir schon mehr als drei Jahre unter ungewöhnlichen Bedingungen leben. Es ist für mich eine Überraschung, denn das Fleisch ist keineswegs unschmackhaft und erinnert mich an Aal und Kaninchen.

Die vier asiatischen Kumpel nicken wohlwollend. Man reicht mir sofort ein größeres Stück und hätte gern noch mehr abgeben. Aber ich will die Männer aus dem Inselreich nicht um ihr kärgliches Zusatzessen bringen, und zudem ist Schlange nun doch nicht ganz mein Fall. Ich bedanke mich mit auf der Brust gekreuzten Armen und einer leichten Verbeugung, was mir große Sympathie einbringt.

Soeben will ich mich verabschieden, als ein anderer Japaner lächelnd auf mich zukommt. Es ist ein ganz besonderes Lächeln... und plötzlich erkenne ich in meinem Gegenüber Akira, meinen vorjährigen Gesprächspartner. Wir lernten uns während der Ruhrepidemie im Hospitallager kennen, als wir gemeinsam gegen den Weg zum großen Friedhof kämpf-

ten. Beide sind wir freudig überrascht, und kräftig drücke ich Akiras Hände. Seine Kameraden bekunden lebhaftes Interesse und freuen sich mit uns. Eine angeregte Unterhaltung hebt an, in deren Verlauf ich mich bei Akira nach seiner hübschen Schwester Machiko erkundige, mit der ich damals in Postwechsel treten sollte.

Die Söhne Nippons klopfen mir lachend und voller Sympathie auf die Schultern. Akira zieht behutsam das Foto hervor, welches die fernöstliche Schöne, die mit einem Kimono bekleidet ist, auf der Treppe des Hauses sitzend zeigt.

Als die Japaner am Spätnachmittag die drei Lastkraftwagen besteigen, werde ich beauftragt, bis zum acht Kilometer entfernten Kankrinowka mitzufahren, um beim Veterinär, der häufig zu Besuch kommt, reparierte Stiefel abzuholen.

Der Natschalnik (Chef) reicht mir eine Blechkanne für kisloje Moloko (saure Milch) und sagt, daß ich zudem einen kleinen Eimer, gefüllt mit Wischni, mitzubringen habe. Das genannte Wort ist mir nicht geläufig, und somit erklärt der Alte, daß es malenkie krasnye Frukty (kleine rote Früchte) sind. „Wischni“, sagt der Russe mehrmals, und ich weiß nun, daß es Kirschen bedeutet.

Der Motor des LKW's heult, und ich beeile mich, hinaufzukommen, wobei mir Akira und seine Gefährten hilfreich die Hände entgegenstrecken. Obwohl wir uns während der Fahrt angeregt unterhalten, stelle ich fest, wie fruchtbar die Niederung zum größten Teil ist und wie alles in üppigem Wuchs der Ernte entgegenreift.

Einer der freundlichen Japaner, der seine Landsleute, die im Schnitt klein sind, fast um Haupteslänge überragt, erkundigt sich, ob ich mir im Dorf schon ein Djewuschka (Mädchen) angeschafft habe, und macht hierzu einige entsprechende, unter Soldaten übliche Bemerkungen. Seine Landsleute lachen, und ein verschmitztes Grinsen bleibt eine Weile auf ihren Gesichtern.

Wir verlassen die Dnjeprniederung und kommen in die freie Steppe. Der schwere dunkle Boden unter den Rädern des LKW's wurde von der brennenden Sonne derart festgebakken, daß man meint, die Straße sei asphaltiert. Durch das Befahren bildete sich auf der glänzenden Oberfläche eine Schicht feinen Staubes.

Eine in nächster Nähe parallel zu uns verlaufende Rollbahn weist sogar zwei Spuren auf, von denen die eine etwa einen Meter höher als die andere liegt. Auf der unteren Bahn überholt uns langsam ein Lastwagen, der mit einem Traktor beladen ist. Neben letzterem steht ein Pope, der wahrscheinlich die beiden Männer, die sich lachend im Führerhaus unterhalten, um Mitnahme gebeten hat. Worüber man sich im vorderen Teil des Wagens erheitert, wissen wir zwar nicht, jedenfalls empört uns das Verhalten eines anderen Chauffeurs, der auf der höher gelegenen Spur neben dem erwähnten LKW fährt. Hierbei hält er eine derartige Distanz, daß die aufgewirbelte dunkelbraune Staubfahne vom leichten Wind genau zu dem ungeschützt stehenden Priester getragen wird, der bereits über und über mit Staub bedeckt ist.

In diesen wenigen Augenblicken präge ich mir für immer das mit einer dicken Dreckkruste belegte Gesicht des Popen sowie seine aufgerichtete Gestalt ein. Hoch, schlank und gerade wie eine Kerze, die mit ihrem Licht gegen die Finsternis leuchtet, steht der Diener Gottes in diesem Staubregen, gleich einem Trutzbild gegen die Welt des Atheismus.

Wir erreichen Kankrinowka. Vor dem Haus des Weterinar (Veterinär) halten die Lastwagen, und die Japaner unseres Fahrzeuges drücken mir herzlich die Hand. In drei Sprachen wünscht man mir alles Gute, denn auch einige deutsche Brocken werden hervorgebracht. Akira faßt mich bei den Armen und zieht mich an sich: „Bald sind wir daheim, du in Deutschland und wir in Japan. Deinen 21. Geburtstag feierst du zu Hause!“ — Bereits auf der Dorfstraße stehend, rufe ich ihm zu, er möge Machiko von mir grüßen. Die Japaner lachen, rufen und winken. Dann muß ich diese netten Menschen verlassen.

Die Frau des Tierarztes trat inzwischen in den Hof, denn sie hat uns erwartet. Mit sehnsüchtigen Augen schaue ich auf den mit Sauerkirschen gefüllten Eimer, während mir die Russin die Kanne mit Dickmilch füllt. Die Lastwagen halten immer noch auf der Straße, und einer der Wachsoldaten tritt in den Hof, um zu sagen, daß er die Kirschen mit zur Stadt nehmen wolle, um sie direkt bei der Frau meines Chefs abzugeben. Dieser Vorschlag veranlaßt mich zu einer derart bekümmerten Miene, daß die Dame des Hauses herzlich lachen muß. Doch ehe ich mich auf den Rückmarsch begeben, reicht mir die gute Frau eine handvoll der kleinen roten Früchte, und ich danke aus übervollem Herzen. Als ich mich verabschiede, gibt mir die Mamka zu meiner Verwunderung ein leise ausgesprochenes „Behüt dich Gott“ mit auf den Heimweg. Dann schlendere ich langsam durch das ukrainische Dorf in Richtung Niederung.

(Aus „Stacheldraht und Hoffnung am Dnjepr“, Großformat, 456 Seiten, 35 Fotos, Selbstversand: Ed. Richter, Goethestr. 14, 4780 Lippstadt)

Jahrestagung des Apostolat Militaire International

Willy Trost

In diesem Jahr fand die Generalversammlung des Apostolat Militaire International auf Einladung der portugiesischen Militärseelsorge in der Zeit vom 16. bis 20. Juni 1987 in Fatima statt.

Gerade im Marianischen Jahr wurde diese Versammlung als zeichenhaft empfunden. Das Rahmenprogramm war ganz auf Fatima und die Geschichte der Marienerscheinungen in diesem Raum abgestellt. So gehörten auch selbstverständlich zur Tagung die Teilnahme an der Fronleichnamsprozession und an der Lichterprozession bei diesem Marienheiligtum.

Die Vertreter der GKS in diesem Jahr waren: der stellvertretende Bundesvorsitzende Oberstleutnant Willy Trost, der Vorsitzende des Bereiches Ausland und Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses, Oberstleutnant Krompaß, und der Vorsitzende des Bereiches See, Stabsbootsmann Thye.

Für die Angehörigen der GKS begann die Reise in Köln, von wo aus gemeinsam mit Hilfe der Lufthansa die Reise vorerst nach Lissabon erfolgte. In Lissabon wurden wir von den portugiesischen Freunden schon erwartet, die uns zum Hotel brachten, in dem wir dann eineinhalb Tage gemeinsam mit den Österreichern und den Italienern untergebracht waren.

Nach einem Höflichkeitsbesuch des Präsidenten des A.M.I., Divisionär Majcen, und des österreichischen und deutschen Delegationsleiters beim Stabschef der portugiesischen Streitkräfte und beim Patriarchen von Lissabon, begann am 16. Juni von Lissabon aus mit einem A.M.I.-Bus die gemeinsame Fahrt der Delegation nach Fatima. Schon bei dieser Fahrt, wie auch bei jeder weiteren sich bietenden Gelegenheit, waren unsere portugiesischen Freunde darauf bedacht, uns soviel wie möglich von den Schönheiten und der Verschiedenheit der Landschaft ihres Landes zu zeigen. Der Eindruck, der sich allen Mitgliedern der Delegation einprägte, war: ein gesegnetes Land, gastfreundliche und fröhliche Menschen, die jederzeit bereit waren, von dem wenigen, das sie haben, mit ihren Gästen gerne zu teilen.

Am Mittwoch, den 17. Juni, begann dann die Generalversammlung nach der Heiligen Messe in der Erscheinungskapelle von Fatima mit den Berichten des Präsidiums und der Mitgliedsländer. An dieser Konferenz nahmen Delegierte aus Italien, Frankreich, Österreich, Portugal, Spanien und der Bundesrepublik Deutschland teil. Im nächsten Jahr wird Ruanda gemeinsam mit den französischen Freunden und ein Vertreter der südamerikanischen Militärbistümer mit den spanischen Freunden an der A.M.I.-Konferenz vom 1. bis 3. Juni 1988 in Frankreich teilnehmen.

Auf der Grundlage der Berichte wurde vom Geistlichen Beirat des A.M.I. Pater Professor Martinez aus Spanien ein Entwurf für eine Stellungnahme und Wünsche des A.M.I. zum

„instrumentum laboris“ der Bischofssynode über die Stellung der Laien in der Kirche 1987 vorgestellt.

Das „instrumentum laboris“ enthält auch für das A.M.I. einige besondere wichtige Punkte. Dies sind unter anderem: Nr. 59 spricht die Organisation der katholischen Verbände an. In der Nr. 60 werden Kriterien für die Anerkennung katholischer Verbände aufgezeigt und auf die Wichtigkeit der Ausbildung der Mitglieder hingewiesen. In der Nr. 64 sind als besondere Forderungen aufgeführt die Ablehnung von Diskriminierungen aller Art, die Solidarität mit den Verfolgten und Unterdrückten. Hier wird die Forderung an alle Mitglieder der Kirche gerichtet, sich ständig weiterzubilden und für die Ziele und Aufgaben der Kirche für Frieden, gegen Krieg und seine Folgen einzutreten.

Gerade zum Thema „Laienapostolat“ und „Kirche in den Streitkräften“ nutzten die Delegierten ihr Treffen zu einem intensiven Gedankenaustausch. Zu beiden Themen wurden bereits in den vergangenen Jahren Stellungnahmen entworfen, den zuständigen kirchlichen Gremien und der Konferenz der internationalen katholischen Organisation vorgelegt. Beschlossen wurde in Fatima, daß weitere Stellungnahmen der Länder zum „instrumentum laboris“ dem A.M.I.-Beratungsbüro in Rom zugeleitet werden.

Von den Delegierten Italiens wurde vorgeschlagen, daß A.M.I. sich neben den vorgenannten Themen in der Zukunft vermehrt mit der Frage der Bildung und den Problemen des Einsatzes von Streitkräften im Nuklearzeitalter befaßt. Der christliche Soldat erwarte gerade auf diese Frage eine Antwort auch durch seine Kirche.

Bei der satzungsgemäß vorgeschriebenen Wahl für das Präsidium wurde Österreich einstimmig gebeten, für drei weitere Jahre den Präsidenten zu stellen. Der bisherige Präsident, Divisionär (Generalmajor) Karl Majcen, nahm nach Zustimmung der österreichischen Delegation die Wiederwahl an. Auch das Generalsekretariat wird weiterhin von Österreich wahrgenommen und von Oberst d.G. Rolf M. Urrisk geleitet werden. Die Delegierten erwarten, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in drei Jahren bereithalten wird, den Präsidenten des A.M.I. zu stellen.

Die Anwesenheit von Prälat Reitzer in Fatima bot Gelegenheit zu einer ausführlichen Information über den „europäischen Hilfsfonds“. Der europäische Hilfsfonds ist ein gemeinsames kirchliches Werk der Bischofskonferenzen Deutschlands und Österreichs. Er bemüht sich um Kontakt und Hilfe für die Kirche in Europa mit dem Schwerpunkt Osteuropa. Auch Griechenland, die Türkei sowie Portugal, Spanien und Malta werden mit gezielten Projekten unterstützt.

Noch ist das A.M.I. nicht Mitglied der Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen, weil bisher das Geld für den Beitritt in die OEC und der Jahresbeitrag noch nicht vorhanden sind.

Es wurden auch die Möglichkeiten der Ausweitung der Arbeit des A.M.I. auf andere Kontinente erörtert. Der Geistliche Beirat Professor Dr. Martinez aus Spanien äußerte sich optimistisch über die Möglichkeit im Hinblick auf Lateinamerika. Unter der Federführung

des Militärerzbischofs von Santo Domingo wollen die südamerikanischen Länder dem A.M.I. beitreten und dazu dann einen gemeinsamen Repräsentanten zu den jährlichen A.M.I.-Konferenzen schicken. Die französische Delegation äußerte sich sehr optimistisch im Hinblick auf die zu erwartende Teilnahme von Ruanda und evtl. Nigeria ab 1988.

Die Generalversammlung des A.M.I. kam gemeinsam zu der Auffassung, daß die weitere Arbeit auch des A.M.I. als internationale katholische Organisation stark von den Ergebnissen der Bischofssynode über das Laienapostolat und die Umsetzung der Konstitution „*Spirituale militum curae*“ in den einzelnen Ländern beeinflusst wird. Daher wurde bereits jetzt vorgesehen, bei der nächsten Konferenz, die 1988 in Toulouse stattfinden wird, zu diesen Fragen Bilanz zu ziehen. Die Delegierten des A.M.I. werden unmittelbar nach ihrer Teilnahme an der Internationalen Militärwallfahrt nach Lourdes in Toulouse ihre Generalversammlung durchführen. Damit will das A.M.I. auch der 30. Wiederkehr des gemeinsamen Treffens katholischer Soldaten aus vielen Ländern an einem anderen berühmten Marienwallfahrtsort Europas seine Reverenz erweisen.

In diesem 70. Jahr nach der Erscheinung Marias in Fatima, beim 20. Jahrestreffen des A.M.I. in Portugal, waren neben den Besprechungen in der Generalversammlung auch die Begegnung, das gemeinsame Tun und Beten ein wesentlicher Punkt und von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Dies zeigte sich besonders bei dem Abschiedsabend, einem gemeinsamen Abendessen in Fatima. Nach dem Präsidenten des A.M.I., Divisionär Majcen, bedankte sich auch die deutsche Delegation bei den portugiesischen Freunden für ihre herzliche Aufnahme und die Durchführung dieser Jahreshauptversammlung. Oberstleutnant Trost überreichte dem portugiesischen Militärgeneralvikar für die GKS die Sonderanfertigung einer Keramik mit dem neuen Zeichen der GKS. Der Vorsitzende der GKS im Bereich See, Stabsbootsmann Günter Thye, übergab im Namen der GKS im Wehrbereich I und Bereich See einen Scheck über DM 1000,—. Dieser Betrag ist eine erste Spende für schwerverwundete, portugiesische Soldaten, die seit Jahren im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg behandelt werden. Mit der Spende soll die finanzielle Versorgung dieser Soldaten und ihrer Angehörigen ein wenig verbessert werden. Diese erste Sammlung erfolgte bei der großen Diasporasternfahrt im Mai nach Flensburg und der anschließenden Seefahrt mit einem Gottesdienst sowie durch Einzelspenden und soll fortgesetzt werden. Vielleicht schließen sich noch andere Bereiche an?

(Spenden für diese Hilfsaktion werden erbeten auf das Spendenkonto der GKS
Kto-Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn.)

Auch durch die Übergabe dieser Spende zeigte sich, daß die spirituelle Stimmung im A.M.I. eine Gewähr dafür ist, daß das A.M.I. wachsen wird und daß die Generalversammlung 1988 hoffentlich ein großer Schritt vorwärts wird zur Einbindung des A.M.I. in die Konferenz der internationalen katholischen Organisationen.

P.S.

Planungen und Termine:

A.M.I.-Jahreskonferenz: 1.—3. Juni 1988 in Toulouse

Hauptthema: *Militum curae*

1989: in Spanien, Hauptthema: „Stellung der Laien in der Kirche“
A.M.I.-Konferenzen 1990 in Österreich
1991 in Deutschland
1992 in Italien
1993 in Portugal

AKS und Katholische Aktion

Michael Haubl

Katholische Laienorganisationen hatten schon in der Monarchie eine lange Tradition, zum Beispiel in den zahlreichen Bruderschaften der vorjosefinischen Zeit.

Viele von ihnen blieben auch über das Ende der Monarchie hinaus bestehen, sowohl in Österreich wie auch in den anderen Nachfolgestaaten.

Im Bereich des Bundesheeres war aus einer 1926 gegründeten marianischen Soldatenkongregation der „Katholische deutsche Reichs-Soldatenbund“ hervorgegangen, dem zeitweise bis zu 7000 Mitglieder angehörten.

Die nationalsozialistische Herrschaft löste die katholischen Verbände auf, natürlich auch im Bereich der Wehrmacht. Fortan unterdrückte sie jede Bestrebung, religiöse Vereinigungen neu zu bilden.

Als sich nach Ende des Krieges wieder die Möglichkeit zu Zusammenschlüssen ergab, blieb vielfach vorerst das traditionelle Erscheinungsbild erhalten. Die Bischöfe stützten sich damals stark auf die Katholische Aktion und ihre Gliederungen ab. Das Ziel, den Staatsvertrag zu erringen, verband die Menschen in Österreich besonders stark, und es bildeten sich Gebetsinitiativen, wie der im Jahr 1947 gegründete und noch heute bestehende Rosenkranz-Sühnekreuzzug, die sich das Gebet um den Staatsvertrag zur Aufgabe machten.

Die Katholische Aktion entstand als Zusammenschluß der einzelnen katholischen Laienorganisationen, wobei die einzelnen Gliederungen bestimmten formalen und inhaltlichen Erfordernissen genügen müssen, um in ihr Aufnahme zu finden.

Die Mitgliedschaft ist nicht einheitlich geregelt, einige Gliederungen kennen keine formelle Mitgliedschaft.

Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen aus drei Quellen:

- Mittel der österreichischen Bischofskonferenz,
- Spenden und
- Mitgliedsbeiträge, die aber nur bei einigen Gliederungen eingeführt sind.

Die Organisation der Katholischen Aktion folgt der territorialen Pfarr-, Dekanats- und Diözesaneinteilung. Auf Bundesebene wurden die Gliederungen in der „Katholischen Aktion Österreichs“ zusammengefaßt.

Es sind aber nicht in jeder Pfarre und nicht in jedem Dekanat alle Gliederungen vertreten.

Durch die Aufstellung des Bundesheeres im Jahr 1956 und die Ernennung des ersten Militärvikars, des Erzbischofes von Wien, Kardinal DDr. Franz König, im Jahr 1960 ergab sich eine neue Situation: Neben der Konsolidierung der Diözesanstruktur Österreichs*) entstand im Bundesheer eine personal und nicht territorial orientierte kirchliche Organisation, die von Anfang an der kategorialen Seelsorge diente.

Nach den Bestimmungen des Konkordates vom 5. Juni 1933 erstreckte sich der Jurisdiktionsbereich des Militärvikars nur auf die Berufs- und Zeitsoldaten sowie auf deren Familien.

Mit der Bildung der Militärpfarren ergab sich die Notwendigkeit einer Unterstützung der Militärseelsorger durch ihre Gemeindemitglieder.

Die Situation eines katholischen Soldaten in der im Aufbau befindlichen Armee brachte aber manche Frage nach dem Sinn und der Legitimität von Streitkräften, nach der Position des Soldaten in der staatlichen Gemeinschaft, nach der Verwirklichung von Gewaltenteilung und Kontrolle in einer Demokratie, schließlich nach der Bewertung der Gewissensfreiheit und der persönlichen Verantwortung des einzelnen mit sich.

Manche dieser Fragen wurden wohl vor dem Hintergrund des vorangegangenen Krieges auch retrospektiv gestellt — waren darum aber auch für die junge Generation von Soldaten, die diesen Krieg nicht miterlebt hatte, für ihr christliches und berufliches Selbstverständnis wichtig.

Aus anfänglich vereinzelt Gruppen in den Militärpfarren als „Kristallisationspunkten“ entstand die „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten“ (AKS). Die Arbeitsgemeinschaft wurde im Jahr 1962 als Mitglied in die Katholische Aktion Österreichs aufgenommen. Die Arbeitsgemeinschaften bei den einzelnen Militärpfarren waren jedoch nie Gliederungen der Katholischen Aktion der einzelnen Diözesen, sondern wurden immer als die „Katholische Aktion der 10. Diözese“ angesehen, eine Bezeichnung, die auf die besondere Regelung der Militärseelsorge neben den neun Diözesen (entsprechend der Anzahl der Bundesländer) Bezug nimmt.

Das II. Vatikanum brachte eine grundlegende Änderung im Bereich der Mitwirkung und Mitverantwortung der Laien. Die Bildung der Pfarrgemeinderäte stellte die katholische Laienverbände vor Identitätsprobleme, waren doch nun viele Aufgaben, die sie bisher erfüllt hatten, in die Verantwortung der Pfarrgemeinderäte übergegangen. Diese Situation traf für die gesamte Katholische Aktion zu — und auch für die AKS.

*) Diözese Eisenstadt seit 1960, Diözese Innsbruck seit 1964, Diözese Feldkirch seit 1968

Bevor das Verhältnis der AKS zur Katholischen Aktion skizziert wird, sollen deren wichtigste Gliederungen und Werke vorgestellt werden:

Die „Katholische Jungschar“ wendet sich an alle Kinder im schulpflichtigen Alter. Sie will die persönliche Glaubensentscheidung der Kinder (mit)vorbereiten. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht die Gruppe Gleichaltriger.

Die „Katholische Jugend/Land“ will Jugendlichen in ländlichen Gebieten Chance für Glaubensentfaltung, Zusammenleben und Engagement sein.

Die „Katholische Arbeiterjugend“ ist Kirche in der Arbeiterschaft und Arbeiterschaft in der Kirche. Sie will den jungen Arbeiter zu einem geglückten Leben befähigen. Sie will einen Menschen, der fähig ist zur Solidarität über die nationalen Grenzen hinweg, der sich nicht als Mittel gebrauchen lässt und den Sinn des Lebens erfragt. Die Katholische Arbeiterjugend will den jungen Arbeiter, deren Leben sowie die gesellschaftliche Wirklichkeit mit dem Evangelium konfrontieren. Die Bildungsmethode ist die gemeinsame Aktion und die regelmäßige Reflexion in der Runde.

Die „Katholische Studierende Jugend“ möchte Schülern die Möglichkeit geben, ihre eigene Lebenssituation mit dem Glauben zu konfrontieren.

Die „Katholische Hochschuljugend“ möchte Zentrum der Gemeinschaft und Inspiration für Christen an den Universitäten sein.

Der „Katholische Akademikerverband“ bietet für Akademiker, Künstler und Intellektuelle die Möglichkeit, sich gemeinsam mit zentralen Fragen und Nöten der Zeit auseinanderzusetzen.

Die „Katholische Arbeitnehmerbewegung“ will — ähnlich wie die Katholische Arbeiterjugend — den erwachsenen Arbeitnehmern eine stärkere Beheimatung in der Kirche ermöglichen und ihnen Hilfen für ihr Apostolat in Wirtschaft und Gesellschaft geben.

Die „Katholische Frauenbewegung“ bemüht sich in ihren Gruppen und Runden besonders um die Entfaltung der christlichen Frauenpersönlichkeit; sie bemüht sich um die Vertretung der gesellschaftlichen Belange der Frauen in der Öffentlichkeit und trägt durch ihre Aktion „Familienfasttag“ zu einer umfassenden Entwicklungsförderung bei.

Die „Katholische Männerbewegung“ erstrebt die Präsenz der Männer in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Sie bietet in ihrer Bildungsarbeit die Voraussetzung für das Engagement und trägt die Aktivitäten der österreichischen Kirche in den Gemeinden mit.

Der „Verein Christlicher Unternehmer“ will zur Formung echter Unternehmerpersönlichkeit nach christlichen Grundsätzen und zur Zusammenarbeit der Sozialpartner in christlichem Geist beitragen und so an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der christlichen Soziallehre mitarbeiten.

Die „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Journalisten“ ist bemüht, ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, berufsspezifische Probleme aus christlicher Sicht zu diskutieren.

Das „Katholische Bildungswerk“ versucht mit seinem Bildungsangebot bei der Lebenswelt des Erwachsenen anzusetzen und Prozesse einzuleiten, die für seine persönliche Entwicklung, für sein Leben in der Familie, für seine Freizeit, für sein Leben in der Gemeinschaft und für seine eigene Sinnfindung wesentlich und förderlich sind.

Das „Katholische Familienwerk“ ist um Ehe- und Familienpastoral, um Ehevorbereitung und Ehebegleitung sowie um Ehe-, Familien- und Lebensberatung im Rahmen von katholischen, staatlich anerkannten Beratungsstellen bemüht.

Die „Arbeitsgemeinschaft für Buch und Schrifttum“ wendet sich in erster Linie an Multiplikatoren im weitesten Sinn durch Information, Orientierung und Vermitteln von Normen. Dies erfolgt durch Fernkurse, Seminare und Publikationen.

Die Diözesansportgemeinschaften sind offizielle kirchliche Einrichtungen zur sportlichen Betreuung der Gliederungen der Katholischen Aktion.

Der Ausbildung der haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter der Katholischen Aktion dient die „Akademie des Apostolates“.

Die Apostolische Konstitution „*spirituale militum curae*“ bewirkte wichtige Änderungen im Bereich der Militärseelsorge, insbesondere durch die Erweiterung des Jurisdiktionsbereiches auf die zivilen Angehörigen des Bundesheeres sowie deren Angehörige.

Das Amt des Militärbischofes von Österreich, die Stellung des Militärordinariates unterstreichen die größere Selbständigkeit gegenüber den Diözesen. Damit wurde die AKS nach außen hin noch deutlicher „Katholische Aktion“ des Militärbischofes. In den Beziehungen zur Katholischen Aktion ergeben sich die folgenden Positionen, die kurz dargestellt werden sollen:

Auf Bundesebene ist die AKS vollkommen in die „Katholische Aktion Österreichs“ — die Dachorganisation der katholischen Verbände — integriert.

Auf Ebene der Diözese hat die AKS keinen einheitlichen Status in ihren Beziehungen zur Katholischen Aktion — es bestehen je nach Diözese unterschiedliche Regelungen.

Im Bereich der Erzdiözese Wien zum Beispiel werden Vertreter der AKS zu den Sitzungen des erweiterten Diözesanausschusses eingeladen, haben aber in diesem Gremium kein Stimmrecht. Auf Dekanatsebene besteht keine organisatorische Entsprechung in der AKS. Trotzdem bestehen da oder dort Kontakte, zum Beispiel zur Katholischen Männerbewegung.

Auf Pfarrebene hängt die Verbindung noch mehr von den örtlichen Gegebenheiten ab.

Grundsätzlich realisiert die AKS in ihrem Bereich die Zielsetzungen der Katholischen Aktion, so behandelt die AKS z. B. das Jahresthema 1987 der Katholischen Aktion „Weitergabe des Glaubens“; auch die Teilnahme und Durchführung von Veranstaltungen durch die AKS im Rahmen des Katholikentages 1983 gehört dazu. Andererseits bestehen in manchen Fragen, bedingt durch die unterschiedlichen spezifischen Zielsetzungen der einzelnen Gliederungen, unterschiedliche Ausgangspositionen und Standpunkte, ja es gibt auch

durchaus gegensätzliche Auffassungen in manchen Sachfragen, so z.B. in der Frage der Abfangjäger. Für die AKS als eine Vereinigung katholischer Soldaten spielt hier natürlich die besonders von Jugendfunktionären vertretene geänderte Bewertung des Staates an sich und der Streitkräfte im besonderen eine wesentliche Rolle. Eine — sicherlich aus mehreren Quellen gespeiste — Entwicklung, die sich im Schlüsseljahr 1968 auf breiterer Basis deutlich manifestiert hat.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß sich die AKS als eine Gliederung der Katholischen Aktion Österreichs versteht, die ihren spezifischen Beitrag in dieser Bewegung leisten will und sich andererseits zur Vielfalt bekennt.

20 Jahre Staatsvertrag zur Exklave Büsingen

*Ein deutsches Gemeindegebiet in der Schweiz — Büsingen am Hochrhein —
mit hochinteressanten Besonderheiten*

Wolfgang Altendorf

Geschichtsträchtig ist alles, was man hier „anfaßt“, und eigentümlich noch heute. Büsingen, die deutsche Ortschaft am Hochrhein, in der Nähe von Singen, rings von schweizerischem Gebiet umgeben und vollständig eingeschlossen, von der Bundesrepublik her gesehen eine „Exklave“, für die Schweizer eine „Enklave“, lebt allerdings gut damit. Im letzten Krieg brannten hier die Lichter wie in der Schweiz: es gab keine Verdunkelung, und so blieb die Nachtruhe der Büsinger, ganz im Gegensatz zu ihren Landsleuten im nahen Deutschland, ungestört. Selbst die zur Wehrmacht eingezogenen Büsinger durften, wenn sie Heimat-Urlaub hatten — und das bis Kriegsende — durch Schweizer Gebiet zurück zu ihren Angehörigen. Im deutschen Zoll ließ man die Waffen stehen, zog einen zivilen Mantel über die Uniform und konnte so die Grenze passieren. War der Urlaub beendet, kehrte man auf dieselbe Weise wieder zur Einheit zurück. 60 Büsinger fielen in diesem vergangenen Krieg. Einige Büsinger nutzten die Gelegenheit, die sich aus der eigentümlichen Lage ihrer Ortschaft ergab, um sich in die Schweiz abzusetzen. Heute hat Büsingen 1221 Einwohner; 500 weitere sind dort polizeilich gemeldet. Die bauliche Ausdehnung fällt ins Auge, schmucke Refugien, deren Fensterläden häufig heruntergelassen sind. Die Vergangenheit ist offenbar noch längst nicht vergessen, und Bundesbürger hoffen, falls es wieder einmal kritisch werden sollte, nach Büsingen retirieren zu können — in ihre dortigen Häuser. Aber das dürfte voraussichtlich dann doch nicht so ganz einfach sein.

Die Schweiz hält sich an ihre Grundsätze

Als der Krieg zu Ende war, gab es separatistische Regungen. Die Schweiz hielt sich auch hier an ihre Grundsätze. Einmal galt es die Neutralität über alle geschichtlichen Veränderungen hinweg strikt zu wahren, und außerdem — dies wurde auch ausgesprochen — ver-

zichtete man auf „die günstige Gelegenheit“. Man wollte nicht „als Leichenfledderer auftreten“, zu einer Zeit, da der deutsche Nachbar am Boden lag. Die schweizerisch-kantonalen Verfassungen überdies schließen eine territoriale Erweiterung grundsätzlich aus. Das war nun ein guter Boden, um alle schwierigen Probleme, die sich mit der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland in der Nachfolge des Reiches ergeben mußten, zu regeln.

Am 1.1.1947 wurde die Aufhebung der Zollkontrolle zur Schweiz hin in einer Abmachung zwischen schweizerischen Instanzen und Organen der französischen Besatzungsbehörde, die dagegen keinen Einwand erhob, beschlossen. Wohl auch wegen dieser praktischen und akzeptablen Lösung und aus weiteren Gründen, die noch angesprochen werden, blieb der am 23. November 1964 mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft schließlich ausgehandelte Staatsvertrag „über die Einbeziehung der Gemeinde Büsingen am Hochrhein in das schweizerische Zollgebiet“ fast drei Jahre liegen. Er avancierte erst am 19. Juli 1967 durch Verkündung im Bundesgesetzblatt Nr. 33 in der Bundesrepublik zum Gesetz. Die Ratifikationsurkunden dieses „Büsinger Vertrags“ wurden dann am 4.9.1967 ausgetauscht. Am 4.10.1967 trat er endgültig für beide Seiten in Kraft. Er umfaßt, mit dem Schlußprotokoll, 11 Seiten und 44 Artikel, woraus man wieder einmal ersieht, wie kompliziert sich die gesetzliche Regelung bereits gut eingespielter Gewohnheiten gestaltet.

Wie kam es überhaupt dazu?

Die Frage, wie es überhaupt zu dieser Einschließung deutschen Gebietes kam, führt bis in den Dreißigjährigen Krieg, bis zu den Auswirkungen des Westfälischen Friedens und der nachfolgenden, von bemühter Vernunft getragenen Regelungen des Zusammenlebens der Konfessionen zurück. Daß dies im einzelnen sich schwer anlassen würde, sah man auch damals voraus, und gerade hier, wo das Gefälle zwischen den Glaubensauffassungen besonders gravierend erschien. So kam es immer wieder, besonders an den „konfessionellen Nahtstellen“ zu Reibereien, die sich durchaus an einzelnen menschlichen Schicksalen zu symbolisieren vermochten, wie etwa an jenem des Eberhard Im Thurn, der einem der ältesten adeligen Geschlechter Schaffhausens entstammte, wohl — wie es heißt — „nach den Thürmen genannt, in denen die Im Thurns in Schaffhausen wohnten“.

Eberhard wurde 1658 geboren und heiratete 1682 Agatha Katharina von Waldkirch, von der er vier Söhne und vier Töchter bekam. Er besaß ein Lehen von Nellenburg, vom katholischen Österreich schließlich durch Erbschaft einverleibt, nämlich Büsingen, so daß es zwangsläufig mit den kompromißlos reformierten Gebieten um Schaffhausen Konflikte geben mußte. Sie wurden besonders auch von der Geistlichkeit beider Konfessionen geschürt. Eberhard geriet mit dem Pfarrer von Schaffhausen in Streit, der seinerseits Unterstützung bei den Brüdern Agatha Katharinas, seiner Frau, fand, die ihrem Schwager nicht gut gesonnen waren und ihre Neffen und Nichten dem katholischen Einfluß entziehen wollten. Es gelang ihnen mit Duldung des Rates der Stadt Schaffhausen, Eberhard gefangen zu setzen und ihn von 1693 bis 1699, unter menschenunwürdigsten Verhältnissen, einzukerkern. Vielfältige Interventionen und schließlich handgreifliche Pressionen Österreichs und Nellenburgs führten endlich zu seiner Freilassung am Neujahrstag 1699.

Schaffhausen verlor die hohe Gerichtsbarkeit über die ihm pfandweise überlassenen Dörfer, und als sie 1723 wieder zurückgegeben wurde, fehlte Büsingen. Es sollte wegen des Im Thurn-Streites „zum ewigen Ärgernis für Schaffhausen“ österreichisch bleiben. 1741 genehmigte Maria Theresia, in Geldnöten wegen der schlesischen und der Erbfolgekriege, die Genehmigung zum Verkauf Büsingsens an Schaffhausen, der nicht zustandekam, da sich diesmal Schaffhausen weigerte, Büsingen zu übernehmen. Napoleon schließlich ordnete im Preßburger Frieden (1805) die Zuweisung Büsingsens an Württemberg und 1810 — im Austausch — an Baden an, was sich auch durch die Ergebnisse des Wiener Kongresses nicht änderte.

„Der Büsinger Krieg“

Im Gefolge der revolutionär-republikanischen Aufstände der Jahre 1848 und 1849 kam es zu einem Konflikt, der sich tatsächlich zu einem „Krieg“ ausweiten mochte, von dem die Schweiz sich ernstlich bedroht sah. Freischärler drangen auf Schweizer Gebiet ein; ihre geschlagenen Truppen strömten über die Grenze; das Gerücht kam auf, in Büsingen herrschten die Revolutionäre, so daß 170 hessische Soldaten auf dem modernen Dampfschiff „Helvetia“ und auf dem Hochrhein ohne schweizerische Genehmigung die Grenze passierten. Sie landeten in der Früh in Büsingen, „um dort die Ordnung wiederherzustellen“, und machten den Veterinär Güntert zum Gefangenen, den sie auf das Dampfschiff verbrachten. Die Schweizer umstellten Büsingen. Die Sache schwoll gefährlich an. Während die Schweiz fast 25 000 Mann mobilisierte, scharten sich auf deutscher Seite 2½ tausend zusammen. Erst 7 Tage später konnte der Konflikt diplomatisch vernünftig, auch Dank des Einlenkens der Schweiz, beigelegt werden. Es wurden entsprechende Erklärungen abgegeben, die beide Seiten befriedigten. Auf dem Landweg kehrten die Hessen, allerdings mit ihrem Gefangenen Güntert, nach Gailingen, auf deutsches Gebiet zurück. Nach 6 Wochen konnte der Tierarzt unbeschadet wieder nach Büsingen heimkehren.

Der Staatsvertrag

Die Schweizer, insbesondere die Schaffhauser, arrangierten sich schließlich mit dieser Enklave. Man kam gut miteinander aus, und als sich nach dem letzten Krieg die Bundesrepublik Deutschland endlich konsolidiert hatte, war die Zeit reif für einen Staatsvertrag, der doch im wesentlichen das bewährte Eingespielte festschrieb. Weshalb der Vertrag so lange Zeit nicht ratifiziert wurde, lag wohl vorrangig an einem „Junktim“. Es liefen noch weitere Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz, die verschiedene Grenzbereinigungen zum Thema hatten. Hier gab es einige Komplikationen, so daß sich auch die Inkraftsetzung des „Büsinger Vertrages“, mit diesen Regelungen verknüpft, verzögerte. Die Verzögerung allerdings erbrachte den Beweis, daß der Alltag in Büsingen auch ohne Vertrag im wesentlichen komplikationslos blieb, hauptsächlich und wohl vor allem wiederum durch die Kulanz der Schweiz, der die Ruhe im politischen Bereich und die Entwicklung der Gemeinde im Einzug Schaffhausens am Herzen lag. Vernünftiger-

weise akzeptierte man in diesem Staatsvertrag für Büsingen die schweizerischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften für Zölle, der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, für die landwirtschaftlichen Produkte, für die Forstwirtschaft, für die Bereiche des Gesundheitswesens, der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge, der fiskalischen Belastungen (wie Tabak, Getränke), für die Verkehrskontrolle mit Edelmetall, die Herstellung von Münzen und die technische Kontrolle in den Herstellungen der Uhrenindustrie. Büsingen gehört also voll zum Zollgebiet der Schweiz. Die Zollkontrolle findet vor Büsingen statt; sie entfällt für Büsingen zur Schweiz hin. Wichtig erscheinen die Strafverfolgungshandlungen, die Rechtshilfen und die anderen komplizierten juristischen Dinge, die einen breiten, in die Details führenden Raum im Vertrag einnehmen, wie etwa, daß bei gerichtlich angeordneten Wohnungsdurchsuchungen ein deutscher Beamter hinzuzuziehen ist und vieles andere. Arbeitsrechtlich sind die Büsinger, sofern 10 Jahre in der Gemeinde ansässig, den Schweizern in einem bestimmten schweizerischen Bezirk gleichgestellt, Schweizer können ebenso in Büsingen arbeiten; die Bewilligungen sind auf 5 Jahre begrenzt und werden auf Antrag jeweils um 5 Jahre verlängert. Die in Büsingen zugelassenen Kraftfahrzeuge tragen deutsches Kennzeichen mit dem Merkmal „Büs-“. Schweizerische Beamte, die in Büsingen tätig werden müssen, können Dienstkleidung tragen. Ihre Gesamtzahl darf 10 nicht überschreiten. Das gleiche gilt für deutsche Beamte auf schweizer Gebiet.

Deutsche Post und Sonderregelung für Sendungen in die Schweiz

In Büsingen selbst dürfen nicht mehr als 3 deutsche Beamte pro 100 Einwohner gleichzeitig anwesend sein, derzeit also 36. In der Exklave befindet sich ein deutsches Bundespostamt, bei dem man deutsche Postwertzeichen mit Schweizer Franken kauft. Seit Januar 1986 werden beim Postamt Büsingen deutsche Wertzeichen auch gegen DM verkauft, seit Oktober 1986 ist Büsingen, postalisch, Schweizer Inland: Sendungen, die in die Schweiz gehen, erhalten auf den deutschen Briefmarken die Überstempelung „Sondertarif“ und werden dann zum normalen Schweizer Inlandtarif befördert. Das bedeutet eine erhebliche Verbilligung der Doppelbriefe, Päckchen und Pakete; allerdings behalf man sich auch schon früher, indem man solche Sendungen beim Postamt in Schaffhausen aufgab. Die Büsinger sind in der Mehrzahl als schweizerische Arbeitnehmer bei den schweizerischen Betriebs- oder privaten Krankenkassen versichert. Nach Auskunft der AOK für den Landkreis Konstanz, befindet sich ein Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland in Beratung, die die Beziehung beider Staaten bei der Leistungserbringung der Krankenkassen regeln soll. Für gewöhnlich be gibt sich jener Büsinger Bürger, der in der AOK versichert ist, wenn erforderlich, zur Behandlung in das Städt. Krankenhaus nach Singen in Baden-Württemberg. Bei Notfall und stationärer Behandlung in Schaffhausen erstattet die AOK schon heute diese Ausgaben mit Pflegesätzen, wie sie beim Städt. Krankenhaus Singen anfallen würden.

Hohe Zahl Wahlberechtigter

Das Einwohnermeldewesen der Gemeinde wird, wie Bürgermeister Weiß ausführt, vom Regionalen Rechenzentrum in Freiburg bearbeitet. Die Zahl der polizeilich gemeldeten

Bürger, also incl. der dort lebenden Schweizer, beträgt 1730. Es dominiert die evangelische Kirchengemeinde, die zwei Gotteshäuser besitzt: die Dorfkirche und die historisch bedeutsame Bergkirche St. Michael. Die kleine katholische Kirchengemeinde hat kein eigenes Gotteshaus in Büsingen. In der Methodistenkirche — einer Filialgemeinde der schweizerischen Methodisten Schaffhausen — hält diese Religionsgemeinschaft ihre Gottesdienste ab. Außerdem befindet sich in Büsingen die Europäische Bibelschule mit einem Seminar der Kirche des Nazareners, eine Tochter der US-amerikanischen Mutterkirche und von ihr in Trägerschaft unterhalten.

Bei der Wahl des Baden-Württembergischen Landtags waren bei einer ansässigen Wohnbevölkerung von 1166 Personen 1023 wahlberechtigt, ein erstaunliches, sonst kaum registriertes Verhältnis. Die politischen Parteien sind in Büsingen nicht in lokalen Organisationen installiert. Der Gemeinderat unter Bürgermeister Weiß umfaßt 2 Wählervereinigungen mit je 5 Vertretern. Die CDU errang am 25. März 1984 (Landtagswahl) 517 Stimmen, die SPD 75, die FDP/DVP 25, die Grünen 42 und die DKP 2 Stimmen.

Bemerkenswert auch die Gastronomie in Büsingen. Im Hotel „Alte Rheinmühle“ verfügt die kleine Gemeinde über ein komfortabel-rustikal ausgestattetes und schön gelegenes Haus mit direktem Blick auf den Hochrhein und hohem gastronomisch-kulinarischen Niveau, dem bisher viele Auszeichnungen beider Länder zuteil wurden. Reizvoll, interessant und auch ideal gelegen, wird es gerne zu Tagungen, Seminaren und für Familienfeiern genutzt. Die Gäste kommen aus der Schweiz, der Bundesrepublik und auch aus Frankreich.

St. Georgs-Kirche in der Burg zu Wr. Neustadt

Kathedrale des Militärbischofs von Österreich

Michael Haubl

Ein halbes Jahr nach seiner Bischofsweihe hat der Militärbischof von Österreich am 1. Juli 1987 in feierlicher Weise von der St. Georgs-Kirche in der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt als seiner Kathedralkirche Besitz ergriffen.

Dem Festakt wohnten der Bundesminister für Landesverteidigung, Hofrat Dr. Robert Lichal, Kardinal DDr. Franz König, Kurienkardinal Dr. Opilio Rossi, der frühere apostolische Nuntius in Österreich, Erzbischof Dr. Hans Hermann Groer, sowie die Führungsspitze des Bundesheeres bei.

Dieses Ereignis in der Kirche der Theresianischen Militärakademie in Wr. Neustadt mag Anlaß sein, sich die Geschichte dieser Kirche — die eng mit dem Schicksal der Burg und der Stadt Wr. Neustadt verbunden ist — zu vergegenwärtigen.

Die Stadt Wiener Neustadt verdankt ihre Gründung militärischen und wirtschaftlichen Erwägungen. Die Festung Pitten, die etwa 20 km südostwärts von Wr. Neustadt liegt, entsprach nicht mehr den militärischen Erfordernissen. So fiel im Jahr 1194 der Entschluß,

diesen wichtigen Raum durch eine neue Festung zu sichern. Die Stadtbefestigung wurde mit einem Teil des Lösegeldes finanziert, das Herzog Leopold V. für den englischen König Richard I. Löwenherz erhielt.

Einer neuen Philosophie des Festungsbaues folgend, wurde durch Herzog Friedrich II. (1230 bis 1246) mit dem Bau einer neuen Burg in der Südostecke der Stadtmauer begonnen. Lag die mit der Stadt angelegte erste Burg im Zentrum, so wurde die neue Burg an der am stärksten bedrohten Stelle errichtet.

In der Burg bestanden zunächst die Gottesleichnamskapelle und eine der hl. Ursula geweihte Kapelle. Friedrich IV. begann etwa um das Jahr 1449 mit dem Bau einer großen, an der Westseite der Burg gelegenen Kirche.

Diese Kirche wurde über der Toreinfahrt geplant und errichtet, so daß sich der Altar gleichsam zwischen „Himmel und Erde“ befindet. Vielleicht liegt diesem Kirchenbau noch die karolingische Idee zugrunde, Westwerk und Chor als Symbole für Kaiser und Papst, „diese beiden das Abendland mitgestaltenden Kräfte“, aufzufassen.

Kaiser Friedrich der III. ließ schließlich die hofseitige Ostwand der Kirche mit der prachtvollen Wappenwand schmücken, die aus 107 in Stein gehauenen Wappen gebildet wird. Auch wenn es sich beim größten Teil dieser Wappen um Phantasiewappen handelt, kann nach Lhotsky die Wappenwand doch als „politisches Denkmal“ gedeutet werden.

Im Jahr 1470 wurde Wr. Neustadt Bistum.

1479 übersiedelt auf Wunsch von Kaiser Friedrich III. der St. Georgs-Ritterorden von Millstadt nach Wr. Neustadt, wo ihm die bisher von Augustiner-Chorherrn betreute Kirche übertragen wird. Vermutlich erhielt die Kirche erst aus diesem Anlaß das Patrozinium des hl. Georg.

Da der St. Georgs-Ritterorden aber vom Kaiser den Dom zugesprochen erhielt, kam es von Beginn an zu starken Spannungen zwischen Diözese und Ritterorden. Der Kaiser mißachtete die Entscheidung von Papst Julius II., die den Dom der Diözese zusprach, und befahl die Übergabe des Domes an den St. Georgs-Ritterorden. Ab 1530 mehren sich Zeichen des Verfalles im Ritterorden. Zeitzeugen berichten immer häufiger über die unchristliche und unritterliche Lebensweise der „Kreuzherren“.

Mit Dekret vom 26. Juli 1598 wird der St. Georgs-Ritterorden schließlich aufgehoben, sein Besitz geht an das Jesuitenkolleg in Graz über.

Die herrlichen Glasfenster an der Altarseite der Kirche sind wohl in der Zeit, in der der Ritterorden die St. Georgs-Kirche innehatte, entstanden.

Die St. Georgs-Kirche ist Grablege eines deutschen Kaisers — des Kaisers Maximilian I., des letzten Ritters.

Ursprünglich hatte der Kaiser die Hofkirche in Innsbruck zu seiner Bestattung bestimmt, daher wurden die Figuren des Totenzuges, die berühmten „schwarzen Mander“, in Innsbruck hergestellt. Kurz vor seinem Tod in Wels im Jahr 1519 traf der Kaiser die Verfü-

gung, als Büsser, ohne jeden Prunk in der St. Georgs-Kirche unter dem Hauptaltar bestattet zu werden. In der Kirche weist auch heute noch nichts auf diese Grablege hin. Eine Übertragung der Figuren des Totenzuges nach Wr. Neustadt unterblieb.

Einen Markstein in der Geschichte der Burg bildet die Verfügung Maria Theresias vom 14. Dezember 1751 über die Errichtung der „Adeligen Militärschule oder Akademie zur Wienerischen Neustadt“, in die sehr bald auch Bürgerliche aufgenommen wurden.

Diese Widmung als Militärakademie ist, mit einigen Unterbrechungen, bis heute bestehen geblieben.

Im Jahr 1754 kam die Militärakademie unter die Jurisdiktion des Bischofs von Wr. Neustadt, die St. Georgs-Kirche blieb aber von der Stadtpfarre getrennt.

Im Jahr zuvor wurde der Friedhof der Akademie angelegt.

Maria Theresia verfügte 1771 die Erhebung der St. Georgs-Kirche zur Pfarrkirche. Auf die Besetzung der Pfarrstelle sollte in Hinkunft nur die Akademiedirektion und der Kaiserhof Einfluß haben.

Von 1775 bis 1783 war Wr. Neustadt auch Sitz des neu errichteten Feld-Vicariats. Bischof Johann Heinrich von Kerens, zunächst Bischof von Ruremond in Geldern, kam im Jahr 1773 als Administrator nach Wr. Neustadt und wurde im Jahr 1775 zum Bischof der Diözese Wr. Neustadt ernannt. Zugleich wurde ihm das neue Amt des Apostolischen Feld-Vicars übertragen.

Die josefinische Kirchenreform von 1783 brachte die Verlegung des Bistums von Wr. Neustadt nach St. Pölten, das damit vorübergehend Sitz des Apostolischen Feld-Vicariats wurde.

Das Ende der Monarchie im Jahr 1918 und das Ende der kaiserlichen Armee bedeutete auch die Einstellung der Offiziersausbildung an der Burg. Erst im Jahr 1934 zog die Militärakademie wieder in der Burg zu Wr. Neustadt ein. Von 1922 an war die Offiziersausbildung an der Heeresschule in Enns erfolgt.

Die Annexion Österreichs im Jahr 1938 bedeutete auch eine Cäsar in der Geschichte der Burg.

Aus der österreichischen Militärakademie wurde zunächst eine deutsche Kriegsschule, deren zweiter Kommandeur der damalige Oberst Erwin Rommel war. Später waren in der Burg die Heeresunteroffiziersvorschule XVII und ab 1942 die Schule für Fahnenjunker der Infanterie stationiert.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, im März 1945, wurde die Burg durch Bomben zerstört; schon drei Jahre später wurde mit dem Wiederaufbau begonnen.

Im Jahr 1950 wurde der Sarkophag Kaiser Maximilian I., der nach der Zerstörung der St. Georgs-Kirche in das benachbarte Neukloster verbracht worden war, wieder in der St. Georgs-Kirche beigesetzt. Im Jahr darauf wurde die Kirche wieder geweiht.

In den Jahren 1956 bis 1958 erfolgte die Offiziersausbildung des Bundesheeres in Enns.

Am 14. Dezember 1958, dem Tag der Gründung der Theresianischen Militärakademie, zog wieder die Militärakademie in der Burg ein.

1963 wurde die St. Georgs-Kirche zur Kirche des Militärvikars bestimmt, im Jahr 1967 erfolgte die Erhebung zur Tochterkirche des Lateran.

Santiago de Chile

Liebe Freunde in Deutschland!

Mein letzter Brief war nach dem Papstbesuch in Chile. Er war voll Freude und Begeisterung. Nun wird dieser Brief etwas trauriger sein. Sie werden sehr wahrscheinlich in der Presse gelesen haben, daß es bei uns ganz schlimme Überschwemmungen gegeben hat. Der Winter wollte in diesem Jahr einfach nicht kommen und schließlich kam er aber auf einmal!

Im ganzen Land fing es am 9. Juli an zu regnen, und zwar ungewöhnlich stark. Es hat eine Woche ununterbrochen geregnet, so daß mehrere Flüsse schreckliche Überschwemmungen verursacht haben. Viele Städte und Dörfer standen vollkommen unter Wasser. Viele Menschen sind dabei verunglückt und hunderttausend haben alles verloren. Die Betroffenen sind in Schulen und Pfarreien untergebracht worden. Die Bilder des beiliegenden Blattes sind ein Zeugnis davon. (Konnten nicht abgelichtet werden, waren aber grauenvoll. Die Redakt.)

Das einzig Positive von solchen Katastrophen ist die Tatsache, daß sich in der Not alle Chilenen einigen, um den Leidenden zu helfen. Eine Solidaritätswelle durchzieht das ganze Land.

Nun etwas zu meiner neuen Tätigkeit: Seit dem Papstbesuch bin ich neben der Pfarrei und den Vorlesungen im Priesterseminar und in der katholischen Fakultät in der Nationalkommission für die Katechese tätig. Dort bin ich die Hälfte meiner Zeit und habe ein sehr vielfältiges Arbeitsfeld. Diese Arbeit läßt mich das ganze Land bereisen, was anstrengend, aber schön ist.

Wir sind dort 4 Personen: 2 Ordensschwestern, ein Salesianer Pater und ich. Wir sind ein Gremium, das im Dienst der Bischofskonferenz steht, und erhalten unsere Arbeit von dem Bischof, der die Pastorkommission der Bischofskonferenz leitet. Hauptsächlich geht es um Kurse, die wir in den verschiedenen Diözesen halten und um Arbeitsmaterial für die Katechese, die wir schreiben.

Die normale Arbeit in meiner Pfarrei leidet sehr stark unter diesen neueren Verhältnissen. Ich bin dort nur spät abends und an den Wochenenden. Dazu muß ich oft für Kurse ein paar Tage weg sein. Es läßt sich aber leider nicht ändern.

Durch die Arbeit in der Vorbereitung des Papstbesuches und durch die jetzige Aufgabe habe ich einen tieferen Einblick in unsere Kirche gewonnen und bin dafür sehr dankbar. Ich hoffe, in den kommenden Briefen etwas mehr darüber berichten zu können. Hoffentlich haben Sie aber Verständnis, wenn ich nicht allzu oft schreiben kann. Der nächste Brief wird wahrscheinlich zu Weihnachten kommen.

Die Arbeit mit den Drogenabhängigen und der „Weberinnen Marias“ geht weiter und gut voran, aber auch nicht ohne Schwierigkeiten.

Beten Sie bitte für unser hartgeprüftes Land und auch dafür, daß wir einen friedvollen Weg zurück zur Demokratie finden.

Mit freundlichen Grüßen und im Gebet verbunden, Ihr

P. Eduardo Cano

* * *

25 Jahre Kommission für Zeitgeschichte

Elke A. Fettweis

Nur wer aus der Geschichte lebt, kann die Zukunft meistern

An den Leistungen, nicht an den Absichten wollte man gemessen werden, hieß es in den sechziger Jahren in der ersten Publikation der ‚Kommission für Zeitgeschichte‘. Seit nunmehr 25 Jahren widmet sich die Kommission, deren Mitglieder Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Kirche sind, der systematischen Erforschung der politischen und sozialen Geschichte des deutschen Katholizismus. Im Vordergrund stehen in der Forschung und den inzwischen 87 Bänden der ‚blauen Reihe‘ Themenkomplexe wie ‚Das Verhältnis von Staat und Kirche‘, ‚Die Kirche in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus‘, ‚Die katholische Emigration‘, ‚Das politische Wirken der Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert‘ sowie ‚Die deutschen Katholiken nach 1945‘. Wissenschaftliche Korrektheit und Solidität bilden nach den Worten des Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Kommission Professor Dr. Konrad Repgen dabei die Basis. Mit einem Festakt begingen am 29. Oktober ’87 Mitglieder und zahlreiche Freunde der Kommission — darunter Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bayerns Staatsminister a.D. Hans Maier, der den Festvortrag hielt, — das Jubiläum.

Deutlich wird immer wieder der Sinn einer solchen Einrichtung. Denn wie sollte man aus der Geschichte lernen, wenn man über sie nichts weiß.

Aus GKS und PGR

General Wilhelm Heß wird 80 Jahre alt

Seit sich Laien in der Militärseelsorge engagieren, solange taucht der Name Wilhelm Heß auf. Seit Bestehen der Bundeswehr hat er sich zur freudigen Mitarbeit in der Kirche bekannt. Und wer sein Leben verfolgt hat, weiß aus seinem Bekenntnis, aber auch von Kameraden, daß General W. Heß auch als Hauptmann und Stabsoffizier in Frieden und Krieg seinen Glauben gelebt und verteidigt hat.

Am 22.10.1907 hat Wilhelm Heß das Licht der Welt in Bamberg erblickt. Seine Jugend war überschattet vom ersten Weltkrieg und von der Not der Nachkriegszeit.

Er trat dann in die Polizei des Landes Bayern ein und war 18 Jahre im höheren Polizeidienst tätig.

Im zweiten Weltkrieg Soldat, war er zuletzt Oberst im Generalstab.

Nach erneutem Dienst in der Polizei wurde er als einer der ersten Fachleute zur Bundeswehr 1956 einberufen.

Vielen ist noch in guter Erinnerung, wie er am ersten Soldatengottesdienst, den der damalige Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Frings hielt, teilnahm.

Und dann war er immer dort, wo Laien sich auf der Nahtstelle Kirche/Soldat Gedanken um Erhalt und Ausfaltung unseres Glaubens bemühten. Er wies von Anfang an, vor allem aber als Kommandeur der Offizierschule München, auf die ethische Dimension soldatischen Dienens hin. Den Primat der Ethik forderte er nicht nur im militärischen, sondern auch im politischen Handeln. Aber er stellte nicht nur solche Forderungen an andere, sondern in erster Linie an sich.

Ob beim Weltlaien-Kongreß in München, ob in Lourdes oder bei Jahresversammlungen des KOK oder später der GKS, General Heß stand mit seiner Persönlichkeit und mit seiner Amtsautorität zum Bekenntnis des Glaubens.

Seine Fähnriche berichteten oft von seiner massiven Art, geistige Entscheidungen zu verlangen. Aber sie versagten ihm niemals die Hochachtung, ja teilweise Bewunderung.

Nach seiner Pensionierung ruhte er nicht auf seinen Verdiensten aus. Im Gegenteil, er stand und steht den jüngeren Kameraden bis zum heutigen Tag mit Rat und Tat zur Verfügung.

Den Teilnehmern an der 26. Woche der Besinnung 1986 in Freising ist noch deutlich in Erinnerung, wie er in Demut und Festigkeit das Walten Gottes in seinem Leben bezeugte.

Wenn er in diesen Tagen einen weiteren Teil seiner verantwortlichen Mitarbeit in der Gesellschaft für Wehrkunde abgegeben hat, dann zeugt das von jener Bescheidenheit, aber auch Gelassenheit, die den General Heß immer ausgezeichnet hat. Aus der Fülle seines Wissens, aus der Summe seiner Erkenntnis hat er immer angeboten. Wer aus diesem Angebot schöpfte, war gut beraten. Aber nie hat er aus seinem Können einen Alleinvertre-

tungsanspruch hergeleitet. Er war und ist zutiefst überzeugt, daß er „nur“ Verwalter eines Lebens ist, das ihm Gott auf Zeit geliehen hat. Und er hat sich bemüht, mit diesen Pfunden zu wuchern. Wer seinen Lebensweg verfolgt, wird erkennen, daß „Vater Heß“, wie er oft liebevoll von seinen Fähnrichen genannt wurde, Zins und Zinseszins „erwirtschaftet“ hat. Seine Persönlichkeit kann nicht beschrieben werden, ohne die Blicke noch auf eine besondere Eigenschaft zu lenken. Er hat immer großes Vertrauen. Sein Urvertrauen in Gottes lenkende Hand ermöglicht es ihm auch, den Geschöpfen Gottes Vertrauen entgegenzubringen.

Er vertraut seinen Mitmenschen, seinen Untergebenen, und er vertraut auch denen, die nach ihm Verantwortung übernehmen.

Und aus dieser Haltung ist seine Einstellung zur Jugend positiv und hilfreich.

Es bleibt der Redaktion zum 80. Geburtstag von Generalmajor a. D. Wilhelm Heß nur eines, zu danken für die hilfreiche Treue in Gedanken, Worten und Werken. Wir wünschen, daß dem „Geburtsstagskind“ noch gute Jahre voll innerer Zufriedenheit im Kreise seiner geliebten Familie beschieden sind.

H.F.

St. Meinolf

Familienfreizeit 1987 des A.M.I.

Hans-Georg Krompaß

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führte in Absprache mit dem Generalsekretariat des Apostolat Militaire International (A.M.I.) vom 10.—25. August 1987 in der Bildungs- und Erholungsstätte der katholischen Militärseelsorge St. Meinolf am Möhnesee eine Familienfreizeit für Familien aus dem Bereich des A.M.I. durch.

In A.M.I. sind die Laienorganisationen im Bereich der katholischen Militärseelsorge aus 6 europäischen Ländern (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Österreich, Portugal und Spanien) zusammengefaßt.

Diese Familienfreizeit sollte dazu dienen, daß Familien aus den Ländern des A.M.I. mit ihren Kindern gemeinsam Ferien verbringen, einander besser kennenlernen, miteinander spielen, singen und beten. Auf diese Weise konnte A.M.I. an der Basis verwirklicht werden und neue Impulse erhalten.

Munster

Müssen Fremdwörter sein?

Hans Stilbach

Die deutsche Sprache ist so reich an Wörtern und Ausdrucksmöglichkeiten, daß wir es gar nicht nötig haben, in so großem Umfang Fremdwörter zu gebrauchen, wie es heute üblich geworden ist.

Natürlich gibt es Gebiete der Wissenschaft, der Medizin, der Technik und der Naturkunde, wo zum Zwecke der internationalen Verständigung eine einheitliche Sprachregelung notwendig ist. Man kann aber feststellen, daß in unserer Umgangssprache allzu viele Worte und Begriffe vor allem aus der englischen Sprache übernommen wurden. Tanz- und Unterhaltungskapellen tragen zumeist englisch klingende Namen.

Auch im gesellschaftlichen Leben wird unsere Muttersprache immer mehr überfremdet. — Man geht zu einer „Party“, nimmt einen „Drink“.

Künstler geben sich fremdländisch klingende Namen, um besser „anzukommen“. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, weshalb man junge Menschen als „Teenager“ und „Twens“ bezeichnet oder weshalb ein Schwimmbecken im Garten ein „Swimmingpool“ sein muß. — Man könnte lange Listen aufstellen von Wörtern, die heute in unserem Sprachgebrauch immer wieder auftauchen, deren Sinn aber viele Menschen gar nicht verstehen.

Wir sollten andere Sprachen achten und zu verstehen suchen, wir sollten sie jedoch nicht mit unserer deutschen Sprache vermengen!

Bad Neuenahr-Ahrweiler

St. Rochusfest in Bingen/Rhein am 16. August 1987

Peter Groß

Eine Woche lang wird alljährlich dieses Fest des Nothelfers gegen die Pest auf dem Rochusberg bei Bingen gefeiert.

Am Hauptsonntag findet eine große Prozession von der Stadtbasilika hinaus zur Rochuskapelle und anschließend ein Pontifikalhochamt statt.

Erstmals nahmen in diesem Jahr französische und deutsche Soldaten in Uniform, darunter auch eine Delegation des GKS-Kreises Bad Neuenahr-Ahrweiler, an den Feierlichkeiten teil.

Die Initiative dazu war gemeinsam ausgegangen vom Bingerer Pfarrer Herd, dem Bingerer Bürger und Bonner Ministerialdirigenten Schönfeld sowie dem Brigadegeneral a.D. Gärtner.

An folgende Ziele hatten die drei Initiatoren gedacht:

- Unterstützung des Wallfahrt-Brauchtums in der Kirche
- Ganz selbstverständliche Integration von Christen in Uniform in die Pilgergemeinde
- Zusammenführung von gläubigen Soldaten verschiedener Nationen. Besonders für deutsche und französische Soldaten hat der Rochusberg auch große historische Bedeutung. Sie haben hier zweimal, 1689 und 1795, gegeneinander gekämpft.

Unser GKS-Kreis unterstützt alle diese Ziele vorbehaltlos, und wir sind der Meinung, daß die Idee in der Zukunft auch von anderen Kreisen her verstärkt aufgegriffen werden sollte. Wir haben uns vorgenommen, auch im nächsten Jahr wieder beim Rochusfest mitzumachen, und hoffen, daß dann aus dem doch kleinen Häuflein des Beginns schon eine ansehnliche Truppenstärke wird.

Daß neben den kirchlichen Feierlichkeiten das Fest auch noch den leiblichen Bedürfnissen Rechnung trägt, haben wir zu unserer Verblüffung bemerkt, als die Prozession kurz vor ihrem Ziel, der Rochuskapelle, durch eine mehrere hundert Meter lange Straße von Festzelten kam. Sie alle warteten auf die Stunde, da die vom geistlichen Dienst des Vormittags erschöpften und hungrigen Pilger sich in sie hinein ergießen würden. Und der Trubel am Nachmittag war auch entsprechend, als wir vor unserer Heimfahrt nach den geistlichen Anstrengungen noch den einen oder anderen Schoppen (Achtung: 0,4 l!) des überaus süffigen Binger Weins zur Brust nahmen.

Also Termin vormerken: **21.8.1988 Rochuswallfahrt!**

Poing

Hilferuf für die Dritte Welt

Arthur Schopf

Bischof Lucien Metzinger aus Peru befand sich anfangs d.J. auf einer längeren Vortragsreise durch Bayern, um im Namen des Misereor-Hilfswerks der deutschen Kirchen Unterstützung für die große Not der lateinamerikanischen Völker — vor allem in Peru und Bolivien — zu erbitten. Bischof Metzinger, ein gebürtiger Lothringer (Jahrgang 1910) war zum Kriegsende als französischer Offizier Häftling im Konzentrationslager Dachau gewesen. Von 1954—1958 bekleidete er den Lehrstuhl für Theologie an der Universität in Lima/Peru. Dann wurde ihm 1958 — im Gründungsjahr von „Misereor“ — die Prälatur Ayaviri in Peru übertragen. Seit damals setzt er sich für die Menschenrechte und Menschenwürde der armen Indios tatkräftig ein.

Die Bevölkerung des einst wohlhabenden Inka-Reiches geriet seit dem Einfall der Spanier unter Francisco Pizarro (1532) im Laufe der Jahrhunderte durch schrankenlose Ausbeutung immer mehr in ein unbeschreibliches Elend. Heute sind 75% der Indios arbeitslos und erhalten keine Unterstützung. Das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt 7,5 US-Dollar. Auf den kahlen und felsigen Hängen der 750 km langen und 250 km breiten Hochebene der Anden leben sie mit ihren Alpacas (Kameltieren) und Lamas als Campesinos (Landarbeiter), größtenteils von Mais- und Kartoffelanbau. Über 90% haben kein elektrisches Licht und auch kein Trinkwasser, das sie oft sehr weit heranholen müssen. Nur in Gemeinschaftsarbeit können die mittellosen Indios ihre Probleme bewältigen und für ihren kargen Lebensunterhalt sorgen. Dazu kommt ein schwungvoller Rauschgifthandel, der das Volk im Urwald vergiftet und ein erbarmungsloser Terrorismus in den Händen der sogenannten „Coca-Maffia“.

14 Millionen Dollar an Auslandsschulden schweben wie ein Damoklesschwert über dem ausgebluteten Land, in dem 20 Millionen Menschen leben. Als Beweis für die astronomische Inflationsrate in Peru schildert Bischof Metzinger eine drastische, aber wahre Geschichte: „Da die Währung fast wertlos geworden ist, mußte ein Mann sein Geld von der Bank mit dem Schubkarren holen. Auf dem Heimweg kehrte er kurz in einem Gasthof ein. Als er wieder herauskam, lag das Geld auf der Straße, aber der Schubkarren war weg.“ Auf die Frage, ob die Hilfe von Misereor angesichts dieser prekären Situation nicht nutzlos sei, antwortete der Bischof: „Nein, das ist kein Tropfen auf einen heißen Stein, da es ja

nicht nur um Geld, sondern auch um Austausch geht.“ So wurde mit Hilfe von Misereor in Ayaviri, dem ehemaligen Bistum des Bischofs, ein Institut für ländliche Entwicklung errichtet, das die jungen Campesinos in ihren Dörfern ermutigen soll, eigene kleine Projekte voranzutreiben, um so allmählich aus ihrer wirtschaftlichen Unfreiheit herauszukommen. Eine weitere Aufgabe der Kirche ist die ambulante Betreuung von Kranken und die Ausbildung von Helfern, da in Peru im allgemeinen für 30 000 Einwohner nur ein Arzt zur Verfügung steht.

Die katholische Kirche sieht eine echte Verpflichtung darin, mit Hilfe von Misereor die Not dieser ärmsten Länder der Erde ein wenig lindern zu können. So gibt es Zeichen der Hoffnung und Ermutigung, wie das Erwachen der Indios zur Eigenständigkeit und die dankbare Haltung der jetzigen Regierung — unter dem 1985 neu gewählten Präsidenten Alan Gracia —, die neue Wege aus der Not sucht. Bischof Metzinger ist aber überzeugt, daß die Kirche von Peru und Lateinamerika auch den Christen in Europa und in Deutschland etwas zu geben hat: Das Verständnis der Kirche als Volk Gottes, in dem alle mitarbeiten. Da sind die Laien nicht nur Objekte und die Kompetenz nicht eine Frage der theologischen Bildung, sondern des Geistes Gottes, vor allem aber die Gemeinschaft, in der man in Lateinamerika lebt und die man in Europa weithin verloren hat. Die äußerlich arme Kirche der Dritten Welt weist uns hier einen anderen, den besseren Weg!

Bonn

Auf den Spuren der Apostel Paulus — Ein Reisebericht

Leonhard Schmidt

An einem regenverhangenen Montag im Juni reisten 26 Teilnehmer aus dem Seelsorgebezirk Bonn mit Pfarrhelfer Leonhard Schmidt und dem Kath. Standortpfarrer i. Nebenamt für Euskirchen, Pater Arno OFM, in die Türkei.

Das Land in Kleinasien ist Wiege vieler Kulturen, deren Spuren man in jeder Ecke des weit ausgedehnten Landes finden kann. Hattier, Hethiter, Lyder, Urartäer, Griechen, Römer, Seldschuken, Osmanen und nicht zuletzt das frühe Christentum haben eindrucksvolle Zeugnisse hinterlassen.

Die Stätten der jungen Kirche zu sehen und das Land kennenzulernen, durch das Paulus bei seinen Missionsreisen zog, waren der Leitgedanke für diese Reise.

Nach dem Drei-Stunden-Flug erwartet uns Hasmet, ein türkischer Fremdenführer, der uns auf der Rundreise begleitet. Er kennt nicht nur Geschichte und Kultur seines Landes, sondern auch einige sehr gute Restaurants. Auf dem Weg zum Hotel bekommen wir den ersten Eindruck vom Verkehr der 6-Millionen-Stadt Istanbul.

Im klimatisierten Mercedes-Reisebus fahren wir an der Küste des Marmarameeres nach Galipoli, wo wir mit der Fähre über die Dardanellen setzen. Im Altertum auch Helespont genannt, verbindet diese 65 km lange, an der schmalsten Stelle 1,3 km breite Meerenge das Marmarameer mit der Ägäis. Alexander d. Gr. setzte 334 v. Chr. hier nach Kleinasien über.

In Troja erinnert ein hölzernes Pferd an die Iliade Homers vom Kampf der Trojaner. 1873 entdeckte Heinrich Schliemann hier bei Ausgrabungen den „Goldschatz des Priamus“. Der Zauber der Landschaft beeindruckt uns mehr als die wenigen Reste des antiken Troja. Vom Hügel schweift der Blick über die Ebene von Skamandros bis zu den Dardanellen. Roter Klatschmohn blüht und Eidechsen rascheln im Gras.

An der Küste entlang, vorbei an der Insel Lesbos, gelangen wir nach Ayvalik, dem Ziel unserer ersten Tagesetappe. Das Meer lädt zum erfrischenden Bad ein.

Vom Burgberg in Pergamon hat man einen herrlichen Blick auf die weite Selinus-Ebene. Hier stand der berühmte Zeus-Altar, die Fundamente sind heute noch zu sehen. Eine Rekonstruktion ist im Pergamon-Museum in Ost-Berlin zu sehen. Das Asklepeion von Pergamon war eine berühmte Kur- und Heilstätte der Antike. Der Arzt Galan, geb. 129 n. Chr., verschaffte dem Asklepeion durch seine Heilmethoden Ansehen im gesamten römischen Reich. Die Rote Halle, ein gewaltiger Backsteinbau am Fuße des Burgberges, einst als heidnischer Tempel errichtet, wurde in byzantinischer Zeit in eine Basilika umgebaut und war dem Apostel Johannes geweiht.

Weiter geht die Fahrt entlang der Küste, vorbei an blühendem Oleander, der Stadt Izmir entgegen. Am Stadtrand entstehen neben kleinen, mit roten Ziegeln gedeckten Häusern, moderne Hochhäuser. Sie passen nicht in die Landschaft. Doch die alten Häuser haben keine Kanalisation und werden von ihren Bewohnern deshalb gern verlassen.

Izmir, das alte Smyrna, ist die einzige Stadt an der ägäischen Küste, die — im Altertum gegründet — heute noch Bedeutung hat. Wir fahren vorbei am NATO-Hauptquartier Europa-Süd hinauf zur Zitadelle. Während der Teepause auf der schattigen Terrasse genießen wir den prachtvollen Blick auf die neben Istanbul heute bedeutendste türkische Hafenstadt am Mittelmeer. Am Abend erreichen wir unser Strandhotel in Kusadasi, wo wir uns vor dem Abendessen auf der Gartenterrasse noch in den Wellen des Meeres tummeln.

Wir ahnen noch etwas vom Glanz der früheren Hauptstadt der Provinz Asia, als wir durch die säulengeschmückten Straßen von Ephesus gehen, einer Stadt die schon bedeutend war, ehe Athen und Rom überhaupt existierten. Hier hatte der Kult der Göttin Artemis (röm. Diana) seine Heimat. Der Artemis-Tempel war mit 127 fast 20 m hohen Säulen das größte Bauwerk der griechischen Welt und zählte zu den sieben Weltwundern der Antike.

Ephesus war aber auch, ebenso wie Pergamon und Smyrna, Sitz einer wichtigen frühchristlichen Gemeinde. Paulus war fast 3 Jahre in Ephesus. Von hier schrieb er den Brief an die Galater und den 1. Korintherbrief. Seit den Tagen des Paulus war Ephesus Mittelpunkt der kleinasiatischen Kirche.

In der Zeit des zu Ende gehenden ersten nachchristlichen Jahrhunderts ließ sich der römische Kaiser Domitian als „sichtbare Erscheinung des Himmelskönigs Zeus“ verehren. In Ephesus wurde ein riesiger Tempel zur Verehrung Domitians errichtet, in dem die viermal lebensgroße Figur des Kaisers stand. Er setzte der Jupitersäule in Rom sein Bild auf und ließ sich überall „Gott der Herr“ nennen. Das bedeutete auch eine Kampfansage an das Christentum, dessen geistlicher Führer der Apostel Johannes in Ephesus war.

Auf der Sträflingsinsel Patmos vor der türkischen Küste schrieb der greise Johannes seine großartigen Visionen in der Offenbarung nieder. Die Offenbarung des Johannes ist die

Antwort des himmlischen Christus auf die Kampfansage Domitians — eine Botschaft an die kleinasiatische Kirche von dem „wahren Herrn der Welt“. Die Reste der Johannesbasilika mit dem Grab des Johannes, von Kaiser Justinian errichtet, sind heute noch auf dem Hügel unterhalb der Zitadelle zu sehen.

Am Nachmittag des Fronleichnamstages fahren wir hinauf zum Nachtigallenhügel und feiern bei dem vermeintlichen Wohn- und Sterbehaus der Maria einen Gottesdienst.

Von der Schönheit der Landschaft fasziniert, stehen wir in Priene. Die Stadt ist an den Hängen des Mykalegebirges auf Terrassen nach den Plänen des Hippodamus von Milet im Schachbrettmuster errichtet. Alle Straßen kreuzen sich im rechten Winkel. Man kann heute noch die vollständige Anlage einer antiken griechischen Stadt erkennen. Zwischen Pinien und Disteln erheben sich die Reste des Athena-Tempels. In Priene prägte Bias, einer der sieben Weisen des Altertums, im 5. Jh. v. Chr. den Satz „Reden ist Silber — Schweigen ist Gold“. Weit reicht der Blick über die Baumwollfelder in die fruchtbare Ebene des Maiandros.

Milet, ehemalige Hafenstadt am Golf von Latmos, hat ebenso wie Priene heute keine Verbindung mit dem Meer. Die ehemalige Insel Lade, bei der im 5. Jh. v. Chr. eine Seeschlacht der Perser gegen die Griechen tobte, ist heute nur noch als Hügel im Gelände zu erkennen. Der Fluß Maiandros hat das ganze Gebiet verlandet. In Milet legte Thales die Grundgesetze der Geometrie fest. Der Apostel Paulus hielt hier seine ergreifende Abschiedsrede an die Gemeinde von Ephesus, bevor er nach Jerusalem weiterzog. Auf der Kuppel der Ilias-Bey-Moschee nisten Störche. Keiner stört sie; es ist ruhig in Milet. Bunte Schmetterlinge umflattern die großen blauen Distelblüten. Nirgends ist der Wandel und die Vergänglichkeit großer Kulturen anschaulicher als hier an der Küste der türkischen Ägäis.

Wir stehen vor dem Apollon-Tempel von Didyma mit seinen gewaltigen Säulen. Das Orakel von Didyma war nach dem Orakel von Delphi das bedeutendste der griechischen Welt. — Der freie Nachmittag wird zum Baden oder zum Einkaufsbummel in Kusadasi genutzt.

Am nächsten Morgen fahren wir durch das fruchtbare Tal des Mäander und über das karische Hochland nach Aphrodisias. Hier wurde nicht nur Marmor exportiert, es gab auch eine Bildhauerschule, deren wunderbare Arbeiten wir heute noch sehen können. Das Stadion ist in seiner ursprünglichen Form fast vollständig erhalten.

In Laodicea, einer der sieben Städte der Apokalypse, feiern wir am späten Nachmittag Gottesdienst in den Ruinen eines Theaters.

Pamukkale, das antike Hierapolis, mit seinen Kalksinterterrassen und dem blühenden Oleander, bietet einen großartigen Anblick. Die Thermalschwimmbecken des Hotels erhalten ihr Wasser aus einem Quellteich, dessen Wasser schon in der Antike als heilkräftig bekannt war. Das antike Hierapolis, an der alten Straße nach Ephesus gelegen, lebte von der Herstellung von Textilien und vom Handel. Es war aber auch eine Totenstadt. Man kam hierher, um hier zu sterben und begraben zu werden; unzählige Gräber verschiedenster Form sind heute noch zu sehen.

Über Burdur fahren wir nach Antalya. Paulus ging hier mit Barnabas und Markus von Seleukia kommend an Land, um nach Konja und Lystra weiterzuziehen. während des 2. Kreuzzuges war Antalya wichtiger Seestützpunkt der Kreuzritter.

Wir fahren mit Booten an der 20 m hohen Steilküste entlang. Nach einem Bummel durch den Hafenbereich geht es weiter durch eine fruchtbare Ebene nach Perge. Palmen und üppige Vegetation machen die Gegend um Antalya besonders reizvoll.

Im Theater von Perge sehen wir schöne Marmorskulpturen mit Darstellungen aus der griechischen Götterwelt. Im 2. Jh. v. Chr. lebte hier Apollonius v. Perge, einer der bedeutendsten Mathematiker des Altertums. In frühchristlicher Zeit war Perge Sitz einer der ältesten Gemeinden Kleinasiens. Paulus und Barnabas predigten hier. Eindrucksvoll sind die Reste der beiden Rundtürme des Stadttores aus hellenistischer Zeit.

In Aspendos sehen wir das besterhaltene Theater Kleinasiens aus dem 2. Jh. n. Chr. Es wurde von den Seidschuken restauriert. Die Akustik ist heute noch ausgezeichnet.

Side, einst und heute wunderschön gelegener Badeort — Marcus Antonius und Kleopatra badeten hier —, wurde etwa 1000 v. Chr. gegründet, 33 v. Chr. von Alexander d. Gr. erobert und war in römischer Zeit bedeutender Hafen und Sklavenmarkt. Vom Theater aus haben wir einen prachtvollen Blick über die Bucht und den Strand. Wir übernachteten in Alanya, der schönsten Stadt an der türkischen Riviera. Beim Frühstück auf der Dachterrasse des Hotels genießen wir den Ausblick auf Altstadt und Zitadelle.

Über Gazipasa gelangen wir zum südlichsten Punkt der Türkei. Direkt am Meer liegt das mächtige Schloß Anamur, eine gewaltige Festungsanlage aus dem 13. Jh. Die Strecke bis Silifke ist landschaftlich reizvoll, stellt aber an unseren Fahrer höchste Ansprüche. Ostwärts schlängelt sich die Straße an felsigen Steilhängen in einer Höhe zwischen 100 und 300 Meter am Meer entlang. Gegen 14.00 Uhr erreichen wir unser Strandhotel und nutzen den Nachmittag zum Baden. Tasucu ist eine kleine Hafenstadt mit Fährverbindung nach Zypern. Die Geschäfte haben bis 23.00 Uhr geöffnet.

Silifke erinnert uns an Friedrich Barbarossa, der hier im Jahre 1190 im Fluß Saleph ertrunken ist. Während der Fahrt nach Mersin tauchen links und rechts der Straße immer wieder Ruinen aus griechischer, römischer und byzantinischer Zeit auf. In der Gegend um Kokyros liegen die Ruinen von 5 Kirchen unmittelbar nebeneinander. Vermutlich handelt es sich um Märtyrerkirchen. Unterwegs begegnen wir Kindern, die in eine Koranschule gehen. Sie strahlen uns an und zeigen auch bereitwillig ihre Schulbücher.

In vorchristlicher Zeit war die türkische Südküste fest in der Hand von Piraten. Die Säulen von Pompeopolis erinnern an den römischen Feldherrn Pompeus, der im 1. Jh. v. Chr. dem Piratenunwesen an der Kilikischen Küste ein Ende bereitere. An einer Tankstelle in Mersin werden wir von türkischen Verkehrspolizisten zum Tee eingeladen.

In Tarsus ist der Apostel Paulus geboren, hier erlernte er den Beruf eines Zeltmachers. Alexander d. Gr. wäre 333 v. Chr. hier fast an Fieber gestorben. Antonius und Kleopatra verbrachten hier ihre Flitterwochen. Wir sehen ein Stadttor und einen Brunnen aus römischer Zeit. Auch heute ist Tarsus noch die Stadt der Handwerker.

Wir biegen nach Norden ab; die Taurusberge kommen in Sicht. Durch Schluchten und immer höher ansteigende Berge fahren wir durch die Kilikische Pforte, durch die im Laufe der Geschichte Könige mit ihren Heeren zogen. Zuletzt waren es die deutschen Truppen im 1. Weltkrieg auf ihrem Rückmarsch aus Mesopotamien. Ein verwitterter Gedenkstein erinnert daran. Die Straße wird zu 90 Prozent von Lastwagen befahren, sie ist wichtige Verbindung von der Hafenstadt Mersin zur Hauptstadt Ankara. Je weiter wir nach Nor-

den kommen, desto mehr ändert sich die Landschaft. Bäume verschwinden plötzlich ganz aus dem Blickfeld. Kahle Berge tauchen auf. An einem ist mit weißen Steinen die Parole „Wald stoppt Erosion“ geschrieben.

Wir übernachten in Aksaray, einem Städtchen, das noch kein Straßenpflaster hat. Zweimal am Tag werden die Straßen von der Feuerwehr mit Wasser besprengt. Pferdewagen und Eselkarren gehören neben dem Auto zur Normalität im Straßenverkehr.

Hinter Aksaray folgen wir der alten Seidenstraße in östliche Richtung. Reste von Karawansereien sind Beweise für den damals schon guten Ausbau der wichtigen Handelsstraße nach China. In Nevşehir, der Provinzhauptstadt, mit seinen quadratischen und flachen, für die Gegend typischen Steinhäusern biegen wir nach Süden ab. Kaymaklı ist eine unterirdische Stadt, die bis zu 75 m Tiefe aus dem Felsen gehauen wurde. Sie diente den Christen als Zufluchtsstätte vor arabischen Überfällen.

Wir sind in der bizarren, eigenartigen Mondlandschaft Kappadokiens mit seinen Höhlenwohnungen und Felsenkirchen. In Ortahisar, einem Dorf am Fuße eines steil aufragenden Felsens, der von unzähligen Höhlen zernagt ist, besuchen wir ein türkisches Haus. Wir kosten Rosinen und von dem selbstgebackenen hauchdünnen Fladenbrot. Nach dem Mittagessen in einem unterirdischen Restaurant, besuchen wir die Felsenkirchen von Göreme mit ihren schönen Wandmalereien. Die bedeutendsten Kirchen sind vom 11.–13. Jh. entstanden. Die ersten Bewohner flüchteten im 7. Jh. aus Furcht vor den Arabern in diese Gegend. Bevor wir zurück nach Aksaray fahren, halten wir noch einmal an. Phantastisch ist der Blick über Tausende von Felsenkegeln, von der Sonne angestrahlt, die einem anderen Planeten entstammen könnten.

Am nächsten Morgen fahren wir durch eine flache Trockensteppe nordwestwärts am Ostufer des Salzsees (Tuz Gölü) entlang. Noch ist der See als blaue Wasserfläche zu erkennen, aber seine Ränder sind schon weiß. Durch die starke Verdunstung erscheint er im Spätsommer als weiße Fläche.

Diesen Weg hat Paulus von Tarsus aus genommen, wenn er zu den Gemeinden in Galatien reiste.

In Ankara fahren wir zuerst zum Atatürk-Mausoleum, einer gewaltigen Anlage, die an den türkischen Staatsgründer erinnert. Höhepunkt des Tages ist der Besuch im Museum für Völkerkunde, auch Hethitermuseum genannt, welches einzigartige Schätze aus den Fundstätten Anatoliens zeigt: Werkzeuge, Keramik, Stier und Hirsch das bevorzugte Kultobjekte der Hethiter in Bronze, Reliefs aus Stein, Statuetten, Glasgefäße sowie Schmuck aus Gold.

Die Hethiter waren das erste Volk, das den Kriegswagen benutzte und dadurch 1285 v. Chr. die Ägypter besiegte. Der erste schriftliche Friedensvertrag der Geschichte, geschlossen zwischen dem Hethiterkönig Muwatallis II. und dem Pharao Ramses II. in Keilschrift, der damaligen Diplomatensprache, wird heute in Istanbul gezeigt.

Neben der Haci-Bayram-Moschee, einer moslemischen Wallfahrtsstätte zu Ehren des Stadtheiligen von Ankara, steht der Tempel des Augustus und der Roma, der heute nicht mehr besonders eindrucksvoll aussieht. Seine Mauern tragen jedoch einen historischen Text. Es ist ein Bericht über die Taten des Kaisers Augustus, der unter Titus abgefaßt, in lateinischer und griechischer Sprache in die Wände gehauen wurde.

Am späten Nachmittag fahren wir erst in nördlicher, dann in westlicher Richtung nach Bolu. Überraschend wechseln die Landschaftsbilder. Fahren wir kurz nach Ankara noch über die baumlose anatolische Hochebene, so gleicht die Gegend um Bolu eher deutschen Mittelgebirgen. Das Koru-Motel, wo wir übernachteten, ist von Kiefern umrahmt und hat eine wunderschöne Schmetterlingssammlung.

Am Mittag des folgenden Tages erreichen wir Istanbul. Im Altertum Byzanz, im Mittelalter Konstantinopel genannt, heute größte Stadt und Wirtschaftszentrum der Türkei, als einzige Stadt der Welt auf zwei Kontinenten erbaut, ist Brücke zwischen Ost und West.

In Kadiköy, dem alten Calzedoni, auf der asiatischen Seite des Marmarameeres essen wir zu Mittag, bevor wir zur Besichtigungstour aufbrechen: Chora-Kirche mit ihren herrlichen Mosaiken, Sergius- und Bachus-Kirche, die Süleyman-Moschee, eine der schönsten Moscheen der Stadt, die vom Architekten Sinan für Sultan Süleyman den Prächtigen erbaut wurde. Der Ägyptische Bazar an der Galaterbrücke duftet nach Gewürzen und allen Wohlgerüchen des Orients.

Der Perserkönig Dareios ließ am Bosporus die erste Brücke bauen. Diese Pontonbrücke, die aus seinen Schiffen bestand, ermöglichte es ihm, sein Heer von Asien nach Europa zu bringen. Ca. 2500 Jahre später hat man am Bosporus eine neue Brücke gebaut. Sie wurde zum 50. Jahrestag der Gründung der türkischen Republik am 29. Oktober 1973 eröffnet.

Am Abend essen wir in einem Gartenlokal unter der Bosporus-Brücke. Am Vormittag des vorletzten Tages besuchen wir den Großen Bazar.

Die Sultan-Ahmet-Moschee, wegen ihrer herrlichen blauen Kacheln auch Blaue Moschee genannt, ist die einzige Moschee mit 6 Minaretten. Gegenüber liegt die Hagia Sophia, die Kirche der Heiligen Weisheit. Mit einer Hauptkuppel und acht Nebenkuppeln war sie vom 6.–16. Jh. der größte Sakralbau überhaupt. Auf den Straßen immer wieder Teeverkäufer, Souvenirhändler und Schuhputzer, denen wir uns kaum entziehen können.

Stunend stehen wir vor den Schätzen des Topkapi-Serail-Palastes. Bei ihrem Glanz erblasen selbst die englischen Kronjuwelen: Faustgroße Edelsteine funkeln in den Vitrinen, diamantengeschmückte Schwerter, Thronessel aus purem Gold. Von hier aus regierten die osmanischen Sultane ihr Weltreich, das von Nordafrika bis vor die Tore Wiens reichte und erst vor 300 Jahren zerbrach.

Am späten Nachmittag feiern wir im Hotel mit Pater Arno unseren letzten Gottesdienst. Danach starten wir zur Fahrt am europäischen Bosporus-Ufer nach Tarabya, wo wir in einem Fischrestaurant mit Blick auf den Sommersitz der deutschen Botschaft unser letztes Abendessen in der Türkei einnehmen.

Wir sind auf unserer Reise nur freundlichen und hilfsbereiten Menschen begegnet. Viele von ihnen waren als Gastarbeiter in Deutschland. Nachdenklich frage ich mich: Wie begegnen wir bei uns unseren türkischen Mitbürgern?

Köln

Pfarrfest der Kath. Militärpfarrgemeinde Köln am 12. Juli 1987

Hans-Dieter Vogels

Alle Jahre wieder!, so könnte man beim Lesen der Überschrift „salopp“ sagen.

Sicherlich haben Sie recht, wenn Sie im ersten Moment so reagieren.

Aber — mit der Durchführung des Pfarrfestes soll ja etwas erreicht werden. Das Pfarrfest soll nicht stattfinden „weil es immer so war“, sondern es soll zeigen und zum Ausdruck bringen, daß es eine Militärpfarrgemeinde Köln gibt, deren Mitglieder sich nicht nur gelegentlich bei den monatlich stattfindenden Familiengottesdiensten in der Militärpfarrkirche in Köln-Longerich treffen, sondern versuchen wollen, das jährliche Pfarrfest zu einem Treffen für „viele“ zu machen, für Freunde, Bekannte und auch „Unbekannte“. Es soll ein Tag der Begegnung sein, ein Tag, an dem man einmal für Stunden den Alltag vergessen kann, an dem man scherzt, lacht, spielt, auch ißt und trinkt, rund um: ein Tag, an dem man sich freut!

So begann auch der Tag dieses Pfarrfestes unter dem Motto, das unser Militärpfarrer Jürgen Erdmann in seiner Predigt angesprochen hatte: Freut euch! Da sich auch das Wetter an diesem Tage unserem Motto angeschlossen und das Vorbereitungskommando hervorragende Arbeit geleistet hatte, war der Grundstein für das Gelingen des Festes schon gelegt.

Für das leibliche Wohl war durch Grillspezialitäten, Salate, frisch gebackenes Brot und herrlichen Kuchen, der von den Frauen in unserer Pfarrgemeinde gebacken worden war, bestens gesorgt; es wurde gespielt und gelacht.

Eine besondere Überraschung bescherte uns dann in den frühen Nachmittagsstunden unser Herr Pfarrer. Er „servierte“ uns einen echten „Leierkastenmann“. Dieser erfreute uns einige Stunden lang mit seinen Melodien und war natürlich der Liebling der Kinder.

Als Fazit kann gesagt werden, daß es ein schöner Tag war. Ein Tag, an dem man sich freuen konnte, ein Tag unter dem Motto: Freut euch! Freut euch, alle Jahre wieder!

PS: Ein klein wenig „Enttäuschung“ gab es jedoch auch. Leider hatten nur einige wenige „Unbekannte“ den Weg zu uns gefunden. Dies soll aber kein Grund sein, das jährliche Pfarrfest in Frage zu stellen. Im Gegenteil, es kann nur Ansporn sein, die Bemühungen um rege Teilnahme im nächsten Jahr zu verstärken.

Dernau

Begegnung zwischen GKS und AKS in Wien

Manfred Britten

Bereits im Frühjahr 1986 begann der Kreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Bad Neuenahr-Ahrweiler mit gedanklichen Vorarbeiten für eine Begegnungsreise zur Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) der Republik Österreich in Wien.

Erste Gespräche fanden während der Woche der Begegnung in Freising statt. Oberst Herbert Punz vom Bundesministerium für Landesverteidigung konnte als Projektoffizier der

AKS in Wien gewonnen werden. Im August 1986 erfolgte in Raabs/Waldviertel im Hause Oberst Punz ein ausführliches Gespräch mit dem Reiseleiter Hptm Manfred Britten.

Quartiermachen für 50 Teilnehmer war das größte Problem. Man hatte sich ja zum Ziel gesetzt, mit der Teilnahme an der Fronleichnamsprozession (18. Juni) im 1. Wiener Bezirk St. Stephan die Begegnung zwischen Mitgliedern der AKS und der GKS zu beginnen. Dank des unermüdlichen Einsatzes des Oberst Punz gelang es, im Bildungshaus St. Bernhard in Wiener Neustadt die Gruppe unterzubringen.

Nun war — ähnlich wie bei Rom-Reisen — das Wichtigste, das Quartier, vorhanden.

In den folgenden Monaten wurde die Reise in Details vorbereitet. Am 17. Juni 1987 war es dann soweit. In den frühen Morgenstunden setzte sich in Mayschoß ein Omnibus in Bewegung, um über Bad Neuenahr und Koblenz insgesamt 50 Personen aufzunehmen, die, begleitet vom Standortpfarrer im Nebenamt, Herrn Dechant Josef Molzberger, nach einer Reise von 15 Stunden das Ziel Wiener Neustadt erreichten.

Die Reisezeit wurde durch Hinweise auf Städte beiderseits der BAB und deren Geschichte verkürzt.

Wer wußte denn schon, daß bereits Karl der Große die ersten Ansätze für den Rhein-Main-Donau- oder Ludwigskanal schaffen ließ? Dieser „Karlsgraben“ oder Fossa Carolina kann mit Resten noch am Bahnhof Grönhard nördlich von Treuchtlingen besichtigt werden.

Auch Schwabach wurde berührt. Hier entstanden im Jahre 1529 die 17 Schwabacher Artikel, die die Vorlagen für die im Jahre 1530 von Melanchthon verfaßte Augsbургische Konfession bildete.

In Wiener Neustadt angekommen, unternahmen die Mitglieder der GKS Bad Neuenahr-Ahrweiler nach dem Abendessen noch einen kleinen Rundgang durch diese verhältnismäßig junge Stadt mit der Militärakademie, einem Dom und einem Kloster.

Der nächste Morgen sah die Gruppe schon sehr zeitig auf den Beinen. Mußte man doch, um rechtzeitig zur Fronleichnamsprozession in Wien sein zu können, um 7.00 Uhr abfahren.

Um 7.45 Uhr wurde die Gruppe von Oberst Herbert Punz und seiner Frau Regina am Philippshochhaus im Wiener Süden im Empfang genommen.

Es gab ein freudiges Hallo, weil sich doch einige alte Bekannte wiedertrafen. Die Fahrt bis zum Stephansdom wurde gleich zur ersten kurzen Einweisung in die Stadt Wien genutzt.

Im Stephansdom fand die Gruppe mit Kameraden des österreichischen Bundesheeres im vorderen Bereich, unmittelbar hinter den Ritzern vom H. Grab und den Malteser-Ritzern Platz für das Pontifikalamt, das von S.E. Kardinal König (Alterzbischof von Wien) zelebriert wurde. Dies war sicherlich eine ganz selbstverständliche Integration der Soldaten in die Kirche, wie sie in Deutschland wohl nur selten noch vorkommt.

Kardinal König ging in seiner Predigt auf die Bedeutung des Brotes in der Eucharistiefeier ein und schlug einen Bogen in die Erfordernisse, die heute zu beachten sind, um in der Welt auch in Zukunft Brot für alle zu haben. Er sagte u. a.: „Zuerst sterben die Wälder und danach die Felder, und dann ist es um das Brot, das tägliche Brot, schlecht bestellt.“

Leider mußte die Prozession durch den 1. Wiener Bezirk wegen des schlechten Wetters ausfallen. Die Lesungen und der feierliche Segen an den einzelnen Stationen wurde darum innerhalb des Domes durchgeführt.

Anschließend erfolgte eine kurze Besichtigung des Stephansdomes. Der Polyglott beschreibt für den *Stephansdom* 45 Sehenswürdigkeiten; darum nur einige Maße: Länge 107 m, Breite 34 m, Höhe 39 m. Der „Steffl“, wie die Wiener liebevoll den Turm nennen, ist 136,7 m hoch.

Danach bewunderten wir die *Pestsäule* mit den allegorischen Darstellungen „Schöpfung, Pest, Passahfest, Abendmahl, Sintflut und Pfingsten“.

Nicht weit davon steht die *Peterskirche*, deren Gründung, im Jahre 792, auf Karl den Großen zurückgeführt wird. Im Innern sind reiche Stuckverzierungen und Fresken.

Am „*Stock im Eisen*“ vorbei ging es in die Kärntnerstraße, „Die Einkaufsstraße“ Wiens.

Nach dem Mittagessen war die erste Stadtrundfahrt, die mit einem Besuch der wiedereröffneten *Schatzkammer* endete.

Der Reichtum dieser Schatzkammer ist nicht nur auf den materiellen Wert zurückzuführen. Besonders der historische Wert geht ins Unermeßliche. Die Ausstellungsräume sind nach Epochen unterteilt. So sahen wir die „Insignien der Erbhuldigung“ wie Reichsapfel, Szepter und Lehenstschwert, aber auch Stäbe für Zeremonienmeister, Wappen der Herolde usw. neben reich verzierten Taufgewändern aus dem 18. Jahrhundert (Maria-Theresia) und das einfache Taufkleidchen, das bei der Taufe Franz-Josefs 1830 verwendet wurde.

Besonders beeindruckt waren wir von der Achatschale antiken Ursprungs mit einem Durchmesser von 75(!) cm und dem „Ainkhürn“ (Einhorn), den 2,43 m langen Zahn eines Narwals.

Es würde zu weit führen, alle Schätze dieser Schatzkammer aufzuzählen.

Bevor die Gruppe in eine wohlverdiente Zeit zur freien Verfügung gehen konnte, galt der Habsburger Gruft oder auch *Kapuzinergruft* ein kurzer Besuch. Seit 1633 wurden in dieser Gruft 140 Mitglieder der Habsburger Dynastie, darunter 10 Kaiser und 15 Kaiserinnen beigesetzt. Angefangen mit Kaiser Matthias, gestorben 1619, bis zu dem im Jahre 1916 verstorbenen Kaiser Franz-Josef. Auch der so tragisch ums Leben gekommene Erzherzog Rudolf liegt in dieser Gruft (Mayerling/Gräfin Vetsera).

Am Freitag war die Gruppe zunächst in der *Hofburg* und in der *Spanischen Hofreitschule*. Dort wurde der Morgenarbeit zugeschaut. Anschließend wurde die *Michaelerkirche* besucht. Bis zur nächsten Stadtrundfahrt hatten die Teilnehmer Gelegenheit, die Bauten zu besuchen, die am Tage vorher während der Stadtrundfahrt vorgestellt wurden.

Am Nachmittag besuchte man *Schönbrunn* und ließ sich 40 Schauräume zeigen, bevor es zum *Begegnungsabend mit Angehörigen der AKS Wien* und Niederösterreich nach Perchtoldsdorf ging.

Die Begegnung mit der AKS gab eine Fülle gegenseitiger Informationen. Es war nicht allein die gemeinsame Sprache, auch der gemeinsame Glauben und die gleiche Sorge um den Erhalt des Friedens in dieser Welt ließ lebhaft Diskussionen und Gespräche aufkommen. Interessant waren insbesondere die unterschiedlichen Ausprägungen der Militärselbsorge

in den beiden Ländern, in Österreich mit einem eigenen hauptamtlichen Militärbischof an der Spitze, während S.E. Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel als Bischof von Bamberg die Funktion „Militärbischof der Bundeswehr“ im Nebenamt ausübt.

Im Verlaufe des Abends dankte der 2. Sprecher des GKS-Kreises Bad Neuenahr-Ahrweiler, Oberstlt. Dipl.-Ing. Peter Groß, Oberst Punz für sein Engagement, mit dem er die Gruppe unter Assistenz seiner Gattin Regina betreut hatte. Neben dem Königsteiner Engel (Bronzeplakette) wurde ein Bildband von Deutschland überreicht. Nach einigen Stunden, die mit Gegeneinladung und Adressenaustausch endeten, trennte man sich in der Absicht, solche Treffen zu wiederholen.

Am nächsten Morgen wurde nach kurzem Bummel über den *Naschmarkt* und Flohmarkt der Stadt Wien die *Karlskirche* besichtigt. Danach das obere *Belvedere*, das Lustschloß Prinz Eugens. Über die Höhenstraße des Wienerwaldes am *Cobenzl* vorbei führte die Fahrt zum *Kahlenberg* mit dem herrlichen Blick über Wien. Dann ging's weiter nach *Klosterneuburg*, um sich an den herrlichen Emailarbeiten des *Verduner Altars* zu erfreuen. Die *Albrecht-Kapelle* des Klosterneuburger Stifts und der *Kaisersaal* wurden auch besichtigt. Eine Besonderheit gilt es noch zu erwähnen: Der Dachreiter des Stifts Klosterneuburg ist der deutschen Kaiserkrone nachgebaut, jedoch wesentlich größer. Zum Schluß wurde der *Prater* besucht, um vom Riesenrad die Stadt Wien zu sehen.

Am Sonntag früh führte die Rückfahrt durch die *Wachau* am Stift Göttweig und *Krems* vorbei nach Mitterarnsdorf. Dort wurde in einer kleinen Dorfkirche ein feierliches Hochamt von Dechant Molzberger aus Anlaß der Silberhochzeit eines GKS-Mitgliedes zelebriert.

Nach einer anstrengenden Fahrt von 16 Stunden traf man wieder in Bad Neuenahr ein.

Insgesamt gesehen festigte diese Reise den Zusammenhalt des GKS-Kreises sehr, brachte neue Freundschaften zustande und knüpfte Verbindungen zu Kameraden in einem anderen Land, man tauschte Erfahrungen und Gedanken für die Laienarbeit in der Militärseelsorge aus.

Was hatte sich der GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler vorgenommen?

- Begegnung zu suchen mit katholischen Laien unter Soldaten in einem benachbarten Land.
- Erlebnisse und Erfahrungen in der Laienarbeit unter Soldaten verschiedener Nationen auszutauschen.
- Betehende Freundschaften zu festigen und neue zu finden.
- Wien und Österreich kennen zu lernen.

Nach übereinstimmender, fast enthusiastischer Meinung der Teilnehmer sind alle Ziele erreicht worden.

Hamburg

Ein besonderer Tag für die Militärseelsorge in Hamburg

Jürgen Voßberg

Am 11. August 1987 feierte der Kath. Standortpfarrer Hamburg III an der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese, Militärdekan Pater Dr. Hans-Dieter Langer OP, sein silbernes Priesterjubiläum in der Pfarrkirche „Maria Grün“. Der besondere Tag begann mit einem feierlichen Dankgottesdienst, an dem 19 katholische Priester am Altare die Eucharistie feierten. Zwei evangelische Geistliche, der ev. Kollege von Dekan Dr. Langer, Militärpfarrer Dr. Pawlas und der evangelische Propst des Kirchenkreises Blankenese, Schmidt-pott, waren ebenfalls anwesend.

Unter den Geistlichen waren der Generalvikar des Katholischen Militärbischofsamts Prälat Dr. Miermann und sein Vorgänger im Amt, Prälat Dr. Gritz, der auch die Festpredigt hielt, sowie der Kath. Wehrbereichsdekan I, Msgr. Stenzaly. Daneben waren viele Mitbrüder aus der Militärseelsorge, Geistliche der Zivilgemeinden aus dem Raume Hamburg und Mitbrüder aus dem Dominikanerorden, dem Pater Langer angehört.

Die Kirche war voll besetzt mit Ehrengästen, Verwandten, Freunden und Soldaten mit ihren Angehörigen, die dem Jubilar durch ihre Anwesenheit ihre Verbundenheit ausdrückten. So auch der Ministerialdirigent Dr. Mensching vom Bundesministerium der Verteidigung VR I. Der Gottesdienst war ein ergreifendes Erlebnis. Der würdige Rahmen der Feier, die herausragende Predigt von Dr. Gritz, die musikalische Untermalung durch den Organisten Hptm Schramm, Leiter des Heeresmusikkorps 6, und das andächtige Mitgehen der Gemeinde in Gesang und Gebet werden bei allen Beteiligten noch lange nachwirken.

Die Kollekte war für die Soldatenkrebshilfe des Bw-Krankenhauses Hamburg bestimmt und erbrachte über 450,— DM.

Die Festpredigt stellte den Auftrag des Predigerordens, im Volksmund auch Dominikanerorden genannt, die Person des Pater Dr. Langer und das Evangelium in einen besonderen Zusammenhang. Die Wechselwirkungen, die vom Gotteswort, dem Predigerorden und von der Person des Jubilars ausgingen, wurden der Festgemeinde durch den ehemaligen Militärgeneralvikar Dr. Gritz auf sehr anschauliche Weise dargestellt.

Er verwies auf die Notwendigkeit, heute kontemplativ über die Aussagen des Evangeliums Christi erneut nachzudenken und die Erkenntnisse daraus dem Volk Gottes mitzuteilen. Das Beziehungsgeflecht, welches zwischen dem Evangelium, den Priestern und den Menschen als Gottesgemeinschaft besteht, wurde durch Dr. Gritz auf sehr hohem Niveau dargestellt.

Der anschließende Empfang in der Führungsakademie der Bundeswehr gab den weltlichen Rahmen. Zu Beginn spielte das Luftwaffenmusikkorps 4 unter der Leitung von OTL Russeck dem Dekan Dr. Langer eine Serenade. Bei schönem Wetter standen der Jubilar und die Gäste auf der Terrasse und lauschten den Klängen der belebenden Musik. Nach alter Tradition der deutschen Militärmusik durfte der Jubilar sich drei Märsche wünschen.

Diese waren:

- „Stadt Hamburg an der Elbe Auen“ (Pater Dr. Langer ist gebürtiger Hamburger)
- Der „Hohen Friedberger“ (Lieblingsmarsch des Jubilars)
- Der „Bayerische Defiliermarsch“ (die Hanseaten waren nie „Preußen“)

Der Wehrbereichsdekan Msgr. Stenzaly würdigte den Lebensweg von Pater Dr. Langer. Er zeigte auf, daß Dr. Langer sein bisheriges Leben unter die drei Kriterien Lern-, Lehr- und Wanderjahre gestellt habe, aber dabei immer den Menschen als Geschöpf Gottes im Auge hatte. Die Hälfte seines priesterlichen Lebens hat Dekan Dr. Langer der Militärseelsorge gewidmet, davon 8 Jahre an der Führungsakademie in Hamburg.

Der Militärgeneralvikar Dr. Niermann überbrachte den Dank und die Glückwünsche des Militärbischofs und des Katholischen Militärbischofsamtes für den Jubilar. Er stellte besonders die Qualifikation von Pater Dr. Langer als Mensch, Priester und Wissenschaftler heraus und verband den Wunsch, daß sich auch weiterhin Ordenspriester dem Dienste in der Militärseelsorge zur Verfügung stellen mögen. Pater Dr. Langer sei ein Glücksfall für die Bw gewesen, weil er als Militärpfarrer auch für die Bereiche Philosophie, Theologie und Sozialethik kompetent ist.

Darauf folgte eine kurze Ansprache des Priors aus dem Konvent der Dominikaner in Vechta, Pater Heinz-Joseph Babel OP.

Auch er dankte Pater Dr. Langer für seinen persönlichen Einsatz in der früheren theologischen Ausbildung seiner Ordensbrüder und für seinen Dienst in der Militärseelsorge. Er überbrachte die besonderen Wünsche seiner Ordensbrüder. Gleichzeitig versprach er, die Bitte um weitere Abstellung von Patres zur Militärseelsorge seinem Provincial vorzutragen.

In seiner Dankansprache würdigte der Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Söder, die Leistungen von Dekan Dr. Langer. Als Mensch und Priester sei er stets ein Mittler zwischen den Soldaten und ihrem schweren Beruf gewesen. Besonders in schwierigen Zeiten, wo die Bedeutung des Soldatenberufes von vielen Kreisen der Gesellschaft nicht mehr richtig eingeordnet wird, braucht der Soldat den Zuspruch seiner Kirche. Diese Verpflichtung und Herausforderung habe sich Dekan Dr. Langer in vorbildlicher Weise gestellt. Auch sei Dr. Langer ihm immer ein guter Ratgeber und Gesprächspartner gewesen. Dafür dankte der General dem Dekan Dr. Langer ganz besonders.

Viele Ehrengäste, Freunde, Verwandte und Soldaten brachten persönliche Glückwünsche dem Jubilar entgegen und übergaben Erinnerungsgaben und Geschenke.

In seinen abschließenden Worten bedankte sich Pater Dr. Langer bei seinen verstorbenen Eltern, bei seinen Mitbrüdern des Dominikanerordens und bei seinen Amtsbrüdern in der katholischen und evangelischen Militärseelsorge für das brüderliche Miteinander, das ihn bisher getragen habe, und bei allen Gästen für die guten Wünsche.

Für ihn sei der 11. August ein denkwürdiger Tag gewesen, der in seinem Herzen noch lange nachwirken wird. Sein besonderer Dank galt dem „Confrater“ Prälat Dr. Martin Gritz, der ihm in der Predigt viele gute Worte und Mahnungen mit auf den weiteren Lebensweg gegeben hat. Ihm, dem ehemaligen Generalvikar des Katholischen Militärbischofsamtes sei er zu tiefem Dank verpflichtet, zumal Prälat Dr. Gritz 1975 Pater Dr. Langer persönlich für die Kath. Militärseelsorge gewinnen konnte.

Der Abend klang aus in einem vielseitigen Gespräch des Jubilars mit seinen Gästen und der Gäste untereinander. Bis spät in die Nacht harrten viele Freunde im Gespräch bei gutem Büfett und erfrischenden Getränken aus. Dieser Tag war ein Tag der Freude für alle Beteiligten. Die guten Wünsche begleiten Pater Dr. Langer auf seinem weiteren priesterlichen Lebensweg.

Bonn

Kurze Hintergrundinformation zu den „Studenten für den Frieden“

Oliver Beste

Herausgefordert durch die nicht immer von Sachlichkeit geprägte Anzeigenkampagne einiger Wissenschaftlerinitiativen etc. zur Debatte um die „Doppelte Null-Lösung“ entschloß sich eine Gruppe von Studenten, den Beweis anzutreten, daß sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit nicht allein von Professorentiteln, Unterschriftenmengen und emotionalen Appellen beeindrucken läßt, sondern auch für kritische Argumente offen ist.

Diese Studentengruppe, die seit Jahren darum bemüht ist, mit ihren sicherheitspolitischen Analysen wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden, veröffentlichte im Juni unter dem Signal „Studenten für den Frieden“ in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN, der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG und der WELT Anzeigen zur umstrittenen Frage „nuklearer Entwaffnung“ Westeuropas.

Der Widerhall war überraschend stark. Von Rundfunkmeldungen (z.B. SWF 3) und Briefkästen voller Zuschriften rangierten die Reaktionen bis zu Kommentaren in der Fachliteratur. Trotz breiter Fächerung (von Dr. Manfred Wörner bis zu Petra Kelly) sprachen über 95 % der Briefschreiber ihre Zustimmung aus.

Diese unerwartete Bestätigung gab den letzten Anstoß, ein langfristiges Informationskonzept in die Tat umzusetzen und die „Studenten für den Frieden“ als gemeinnützigen Verein zu gründen.

Aufgabe und Ziel ist die Verbreitung sicherheitspolitischer Kenntnisse in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Hierbei soll bei aktuellen Anlässen bevorzugt mit unkonventionellen Methoden gearbeitet werden — immer unter der Prämisse strikt sachlicher Argumentation in parteipolitischer Unabhängigkeit.

Die „Studenten für den Frieden“ hoffen, daß sich ihre Arbeit durch Spenden von Privatpersonen finanzieren läßt.

Dörverden

Beteiligung des ACS (Arbeitskreis Christlicher Soldaten) Dörverden am Markt der Möglichkeiten mit einer Kojen am DEKT in Frankfurt (17.–21. 6. 87)

K.L.

Thema der Kojen lautet:

„Soldaten und friedliche Entwicklungshilfe“

Der ACS möchte auf das wichtige Problem des starken NORD-SÜD-Gefälles hinweisen. Es bleibt weiterhin ein Skandal, daß der Norden im Überfluß lebt und im Süden viele Millionen Menschen ein weithin menschenunwürdiges Leben führen.

Wir wollen aber nicht nur in der Kritik stecken bleiben, sondern praktische Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der Bundeswehr aufzeigen.

Wir möchten dabei in erster Linie zu einer *Bewußtseinsveränderung in der Bundeswehr beitragen*, weg von einer sicherheitspolitischen Besessenheit, die wie das Kaninchen auf die Schlange starrt, und hin zu einem offenen Blick für die eigentlichen großen Fragen unserer Zeit, nämlich u. a. die aktive Friedensgestaltung durch Entwicklung.

In Vorbereitung auf den Kirchentag haben wir uns intensiv mit den verschiedenen Ansichten prominenter Befürworter und Gegner der Entwicklungshilfe auseinander gesetzt. Wir haben uns dabei an die Anhörung der 9 Experten im Deutschen Bundestag vom 17. März 1986 gehalten.

Unter Berücksichtigung des Standes der entwicklungspolitischen Diskussion stellen wir 4 Möglichkeiten der Entwicklungshilfe im Rahmen der Bundeswehr vor:

1. Patenschaften mit Projekten der „3. Welt“

z.B. hier: Monatliche Spenden zugunsten einer Slumsiedlung in OSORNO (ca. 1000 km südlich von SANTIAGO), wobei es uns auf die Wechselbeziehung zwischen Spendern und Empfängern ankommt.

2. Katastrophenhilfe durch die Bundeswehr

hier: Flugzeugeinsatz im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe in ÄTHIOPIEN durch das Dropping-Verfahren.

Hierbei beginnt sich die Prophetie des ISAIAS (2.4) zu erfüllen: „Ihre Schwerter schmieden sie zu Pflugscharen um und ihre Speere zu Winzermessern.“

3. Zivile Berufsausbildung von afrikanischen Soldaten

durch Offiziere und Feldwebel der Bundeswehr in den Beratergruppen in Afrika, damit die afrikanischen Soldaten nach ihrem Ausscheiden aus der Armee, einer qualifizierten Tätigkeit nachgehen können.

4. Unser Zukunftsthema lautet: Einsatz von ehemaligen, qualifizierten Zeitsoldaten als Entwicklungshelfer/Experten in Ländern der 3. Welt

in Verbindung mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und den verschiedenen Entwicklungsdiensten im Rahmen des Berufsförderungsdienst der Bundeswehr.

Hier ist schon ein Teilerfolg erzielt worden:

a) Beim Bundeswehrverwaltungsamt ist seit Mitte 86 ein Beamter im höheren Dienst ausschließlich mit der Frage befaßt, wie im Rahmen des Berufsförderungsdienstes und der Berufsberatung qualifizierte, dienstausscheidende Soldaten für die Entwicklungsdienste gewonnen werden können.

b) Am 10.12.86 haben schon 32 Vertreter der 36 Berufsförderungsdienste der Bundeswehr an einer Informationstagung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in ESCHBORN bei FRANKFURT teilgenommen.

Der ACS will als besondere Aussage herausstellen:

Ein überzeugendes Beispiel für christliche Friedensliebe ist das ernsthafte Engagement in der friedlichen Entwicklungshilfe.

Wir führen dazu eine szenische Darstellung auf (Soldat, Alternativer und Student aus der „3. Welt“).

Quintessenz des Streitgespräches: Unsere westliche Strategiediskussion stillt nicht den Hunger in der „3. Welt“.

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zum Selbstverständnis des ACS Dörverden

Wir haben natürlich nicht die naive Auffassung, daß die Bundeswehr in naher Zukunft nahtlos in einen Entwicklungsdienst umfunktioniert werden kann. Aufgabe Nr. 1 der Bundeswehr muß weiterhin die Erhaltung des Nichtkriegs durch ständiges Herstellen einer hohen, verifizierbaren Verteidigungsfähigkeit sein.

Wir können uns der Irrlehre nicht anschließen, daß der große Frieden bereits ausgebrochen sei und man nur noch die Waffen niederlegen müßte.

Wir verstehen uns als christliche Realisten, die die kleinen mühevollen Schritte bevorzugen. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, zunächst erst einmal Forderungen an die anderen zu stellen.

Wir träumen von einer gerechteren Welt, aber ohne die Wirklichkeit — insbesondere die erbsündliche — mit unseren Wunschvorstellungen zu verwechseln.

Wir fühlen uns als Mitarbeiter Gottes beim 7. Schöpfungstag.

Wer sind wir?

Wir sind ein Gesprächskreis, der allen Dienstgradgruppen offensteht und hauptsächlich von Wehrpflichtigen besucht wird. Daher wechselt die Besetzung häufig; es haben also viele „Generationen“ von Soldaten an unserem Projekt mitgearbeitet.

Auszeichnungen

Mit großer Freude haben viele Mitglieder unserer Gemeinschaft erfahren, daß unser Ehrenvorsitzender Oberst a.D. Georg Heymen mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet wurde.

Staatsminister Zettelmeyer (München) hob in seiner Laudatio das starke Engagement von Georg Heymen für die Arbeit der Gemeinschaft Kath. Soldaten in der Bundeswehr hervor.

Seit vielen Jahren ist unser Bundesvorsitzender tätig im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, im Ausschuß „Dienste für den Frieden“ und in der Kommission „Justitia et Pax“.

Er hat in beispielhafter Weise die vielfältigen außerberuflichen Aktivitäten im kirchlichen Bereich mit seinen dienstlichen Aufgaben zum Zusammenklingen gebracht.

In den kath. Verbänden warb er für das Verständnis für die Bundeswehr. In der Bundeswehr vertrat er die ethischen Belange des Glaubens. Darüber hinaus hat er durch die Förderung internationaler Kontakte Beiträge zur Völkerverständigung geleistet. Georg Heymen ist heute in der Erwachsenenbildung tätig und steht uns immer noch als Helfer und Ratgeber zur Seite. Insbesondere seine Tätigkeit für die Akademie Oberst Helmut Korn ist ein weiterer Beitrag in seinem Bestreben, dem Grundwert Leben in und außerhalb der Gesellschaft den Stellenwert zu geben, den dieser Grundwert für uns alle haben muß.

H. F.

(Herzliche Gratulation, die Redaktion)

Walter Theis, Militärdekan und lange Jahre geistlicher Beirat der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), erhielt von der Gemeinschaft den Prototyp ihres neuen Erkennungszeichens, ein Bronzekreuz mit den miteinander verbundenen Buchstaben GKS. Die GKS schätzt Monsignore Theis als loyalen und diplomatischen Mittler zwischen ihrer Laienorganisation in der Militärseelsorge und dem Militärbischofsamt.

(Aus Generalanzeiger Bonn, 17./18. Oktober 1987)

„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Wilhelm Lehmkämpfer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.